

01-- Bindung an die Urteile des **BVerfGE**.

Gemäß § 31 Abs. 1 BVerfGG sind alle Verfassungsorgane des Bundes und der Länder sowie alle Behörden und Gerichte an die Entscheidungen des BVerfG gebunden.

____ (**BVerfGE** 3, 288 (319f):6, 309 (338,363))

„Gesetze ohne Geltungsbereich besitzen keine Gültigkeit und Rechtskraft.“

02-- **BVerwGE** 17, 192 = DVBl 1964, 1247

„Jedermann muss, um sein eigenes Verhalten darauf einrichten zu können, in der Lage sein, den räumlichen Geltungsbereich eines Gesetzes ohne weiteres feststellen zu können.

Ein Gesetz das hierüber Zweifel aufkommen lässt, ist unbestimmt und deshalb wegen Verstoßes gegen das Gebot der Rechtssicherheit ungültig.“

03-- Proklamation Nr. 2 der Militärregierung

Deutschland

– Amerikanische Zone - vom 19.09.45 von SHAEF-Oberbefehlshaber Eisenhower:

„Innerhalb der amerikanischen Besatzungszone werden hiermit Verwaltungsgebiete gebildet, die von jetzt ab als Staaten bezeichnet werden“.

Sowie zum Beispiel:

„BAYERN: umfasst ganz Bayern, wie es 1933 bestand, ausschließlich des Kreises Lindau.“

Aufgrund der Schreibweise – BAYERN – nur rein juristisch.

Ohne jegliche staatliche Rechtskraft, die USA sind seit 1871 auch nur noch eine Aktiengesellschaft,

sie konnten und durften keinerlei rechtsgültige Änderungen am immer noch bestehendem deutschem Kaiserreich, vornehmen.

04-- 1944 Eisenhower zum Beamtentum seit 1933.

Beamte sind seit 1933 keine Menschen.

Beamte sind **rechtlose** N S D A P – **Rechtsverbrecher**.

Historie der Rechtslagen – Anhang F.

1

05-- 1946 SHAEF – Gesetz.

Beamte besitzen den Gelben Schein;

Beamte sind **Kriegsverbrecher** der Kategorie I und II.

06-- 1947 Tillesen Urteil vom 06.01.1947.

Deutsche Gerichte dürfen N S D A P – Statuten (05.03.1933 – 08.05.1945) nicht anwenden.

07-- 1952 BVerfG. 1 BvR 147 / 1952

Beamte sind mit **EstA**- Urkunde ausgezeichnete **Reichsbürger ohne Hoheitsrechte**.

08-- 1952- 1958

BVerfGE - Bundes- Verfassungsgericht zum Beamten-Status:

In Deutschland gibt es seit dem 08. Mai 1945 keine Beamten mehr! Siehe **BVerfG** Aktenzeichen **1 BvR 147/52 vom 17.12.1953**

Am **17.12.1953 (BvR 147/52)** wurde eindeutig gesagt:

Alle Beamtenverhältnisse sind am 08.05.1945 erloschen.

Fundstellen: BVerfGE 3,58; DVBI 1954,86; DÖV 1954,53; JZ 1954,76; MDR 1954,88; NJW 1954,21 Verweis auf: **BVerfG-Urteil 2 BvF 1/73**.

Dauerhafte Übertragung hoheitlicher Befugnisse auf NICHT-Beamte ist nach Urteil **BVerfG, 27.04.1959 - 2BvF2/58** verfassungswidrig.

Eine **Bestallungsurkunde** kann ebenfalls niemand vorweisen, geschweige denn eine Tätigkeitsgenehmigung nach Militärgesetz Nummer 2, Artikel V .9 der alliierten Militärregierung.

09-- 1959

BVerfG -Urteils 2BvF2/58 vom 27.04.1959

OLG München, Beschluss vom 05.02.2013, 9 VA 17/12

Wenn jemand hoheitliche Aufgaben vornehmen will, ist ein AMTS-
ausweis unabdingbar und zwingend erforderlich. Dauerhafte Übertragung
hoheitlicher Befugnisse auf NICHT-Beamte ist entsprechend des
BVerfG-Urteils 2BvF2/58 vom 27.04.1959 verfassungswidrig!

In Deutschland gibt es seit dem 08. Mai 1945 keine Beamten mehr!

Siehe BVerfG Aktenzeichen **1 BvR 147/52 vom 17.12.1953**

Historie der Rechtslagen – Anhang F.

Punkt 1.

23. Mai 1949 – Rechtsnachfolge. – Vereinigtes Wirtschaftsgebiet.

Grundgesetz Artikel 133, der BUND tritt in die Rechte und Pflichten der
Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes ein.

Die Wirtschaftsgebiete wurden dann als Bundesländer benannt.
Verwaltung, nicht Staat, nicht Gesetzgeber, keine hoheitlichen Rechte und
Befugnisse. **Danach werden wir seit Jahrzehnten von kriminellen
Organisationen vergewaltigt.**

Punkt 2.

Gründung der Bundeswehr 1955:

Merkwürdigerweise urteilte das **BVerfG, 1956-08-17**, nur 1. Jahr nach der
Gründung der Bundeswehr, dass das Deutsche Reich von 1871 nicht
untergegangen sei und weiterhin fortexistiere.

Das besagt ganz klar und deutlich, die Bundeswehr gehört nicht zu den deutschen Völkern, die BW ist eine private Söldner-Armee des Bundes!

Punkt 3.

1955 ----- Kein Recht auf Steuern!!!

BVerfGE: GZ.: 55 274 / 301

Deutschland ist besetzt,

Grundgesetz Art. 65 – 120 – 127 – 133 – 137 – 146.

Der deutsche Steuerzahler* zahlt an den Bund und der Bund trägt die Aufwendungen für Besatzungskosten und die sonstigen inneren und äußeren Kriegsfolgelasten.

*Es gibt kein gültiges BRD - Steuergesetz in Deutschland: **BRD - OMF - BRDDR**, das sind alles **Schenkungssteuern**, an eine private Handelsfirma nach Handelsrecht! **Danach haben wir es seit Jahrzehnten nur mit Raub, Plünderung und Betrug zu tun.**

Punkt 4.

1959 **BVerfG** -Urteils 2BvF2/58 vom 27.04.1959

OLG München, Beschluss vom 05.02.2013, 9 VA 17/12

Wenn jemand hoheitliche Aufgaben vornehmen will, ist ein **AMTS-**ausweis unabdingbar und zwingend erforderlich. Dauerhafte Übertragung hoheitlicher Befugnisse auf NICHT- Beamte ist entsprechend des **BVerfG-Urteils 2BvF2/58 vom 27.04.1959** verfassungswidrig!

Hier ist die Verfassung von 1871 gemeint, die Basis aller darauffolgenden Schein- Verfassungen, die grundsätzlich auf der 1871 aufgebaut werden müssen.

Historie der Rechtslagen – Anhang F.

3

Nicht ein einziger dieser sogenannten Beamten kann einen Amtsausweis vorlegen, mehr als private Dienstaussweise kann niemand vorzeigen!

Punkt 5.

1963 BVerfGE - **Nichtige Verwaltungsakte:**

Auf Grund der fehlenden Staatlichkeit verfügen die Behörden der BRD nicht über staatlich-hoheitliche Gebietskörperschaftsrechte, denn **staatlich-hoheitliche Gebietskörperschaften** werden von einem **Staat verliehen**.

Nur bei Vorliegen dieser staatlich-hoheitlichen Gebietskörperschaftsrechte dürfen Verwaltungsakte gegen den Bürger ausgelöst werden.

(BVerfG 1 C 74/61 vom 28. 11. 1963) - (BVerfGE 55, 100 bzw. 1BvR 668/04) Keine Steuerforderung, kein Gerichtsurteil, kein Bußgeld, nichts, gar nichts hat irgendeine Gültigkeit, der Aussteller eines Verwaltungsaktes haftet für jeden Verwaltungsakt privat und persönlich, weiterhin ist er in jeder Hinsicht Schadensersatzpflichtig.

Punkt 6.

1956 + 1973 Das Deutsche Reich (Kaiserreich) besteht weiter.
BVerfGE 31.07.1973 - (2 BvF 1/73)

Es wird daran festgehalten

(vgl. zB. BVerfG, 1956-08-17, 1 BvB 2/51, BVerfGE 5 85 <26>), dass, das Deutsche Reich den Zusammenbruch 1945 überdauert hat und weder mit der Kapitulation noch durch die Ausübung fremder Staatsgewalt in Deutschland durch die Alliierten noch später untergegangen ist; es besitzt nach wie vor Rechtsfähigkeit, ist allerdings als Gesamtstaat mangels Organisation nicht handlungsfähig.

Wie bereits im **Punkt 2**, 1956 geurteilt.

Aber auch das 3. Reich besteht weiter, jedoch als anerkanntes Völkerrechtssubjekt in der Antarktis, dass bei seiner Gründung den Namen Neu Schwabenland trug.

In den Schul- Atlanten war Neu Schwabenland 1954 noch eingezeichnet.

Punkt 7.

1973 -Beitritt der BRD und der DDR zur UNO: (18.09.1973 als Nr. 133+134) Mit dem **Beitritt zur UNO** haben die privaten Verwaltungseinheiten BRD und DDR **allen deutschen und japanischen Völkern den Krieg erklärt!**

Der UNO- Beitritt beinhaltet den Beitritt zur Feindstaatenklausel gegen Deutschland und Japan, was eine Kriegserklärung mit sich zieht.

Einen klareren Beweis dafür, dass die BRD nichts mit den deutschen Völkern zu tun haben kann, gibt es nicht mehr, eine Kriegserklärung sagt mehr als tausend Worte.

Aber auch die Mitarbeiter dieser Schein- Ämter und Behörden haben ihren eigenen Landsleuten für ein sicheres Gehalt und einige Privilegien den Krieg erklärt.

Sie haben sich freiwillig in den Dienst des Vatikans, Israels und der Juden gestellt und berauben, plündern, terrorisieren seitdem ihre Mitbürger, Brüder und Schwestern.

4

Historie der Rechtslagen – Anhang F.

Sie kollaborieren mit den Feinden aller deutschen zum eigenen Vorteil.

Punkt 8.

1982 Das BVerfGE zur Staatshaftung:

Das Staatshaftungsgesetz ist vom „Bundesverfassungsgericht“ 1982 für nichtig erklärt worden (Urteil des „Bundesverfassungsgerichtes“ vom 19. 10. 1982 (BVerfGE 61, 149)). Alle „Mitarbeiter“ der „BRD“ haften seitdem privat und persönlich vollumfänglich mit ihrer eigenen Freiheit und ihrem eigenen Vermögen.

Aufgrund der vorangegangenen Punkte war dies bereits klar ersichtlich, für die ganz begriffsstutzigen und zur eigenen Sicherheit bezüglich der Haftung, wurde dieses Urteil hier nochmals explizit ausgesprochen.

Punkt 9.

1973 + 1983 BVerfGE - die BRD hat kein Staatsgebiet:

Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 31. Juli 1973 mit dem

Az: 2 BvF 1/73 und Urteil BVG U 2 BVR 373/83 von 1987 auf Anfrage

2015 Deutscher Bundestag Auswärtiges Amt/Antwort vom - 30.06.2015.

Wo kein Staatsgebiet vorhanden ist, kann es auch kein Staats- Volk geben, somit kann auch keine Staatsgewalt ausgeübt werden.

Punkt 10.

1983 BVerfG. 2 BvR 315 / 83 und BGH-Urteil

Es ist verboten den Menschen als Objekt / jur. Person zu behandeln.

Es ist nicht nur verboten, die jur. PERSON gibt es nicht einmal, es war

immer eine Fiktion, erdacht, erdichtet nur der Glaube daran hat ihr sowas wie Leben eingehaucht.

Im weiteren Verlauf der Rechts- Historie werden wir aber auch noch sehen, dass diese jur. PERSON nicht einmal mehr ansatzweise existent ist.

Punkt 11.

1987 BVerfG. 77, 137:

Das deutsche Volk ist seit dem 16.04.1871

Träger des Selbstbestimmungsrechts.

Als Träger des Selbstbestimmungsrechts darf kein Deutscher als jur. PERSON behandelt werden, dazu hat nicht einmal die röm. kath. Kirche mit ihrer erlogenen Macht der röm. Cesaren irgendein Recht, die jüd. Bankenmafia und das deutsche Kollaborierende Volk schon gar nicht.

Historie der Rechtslagen – Anhang F.

5

Punkt 12.

17.07.1990 - Löschung des Grundgesetzes:

Das Grundgesetz wird durch Streichung des Artikel 23 – Geltungsbereich – mit Wirkung zum 29.09.1990 gelöscht, - das Grundgesetz verliert damit seine Gültigkeit.

Das Bedeutet:

Ab dem 29.09.1990 waren alle Politik- Schauspieler der Bundesrepublik Deutschland, die über kein Staatsgebiet verfügt hat, arbeitslos. – S. Pkt. 9.

-

Alle Schein- Ämter- und Behörden waren geschlossen, alle Mitarbeiter arbeitslos! Für wen oder welchen Staat hat das Kasperle- Theater Deutscher Bundestag eigentlich sein Schmierentheater abgehalten???

Der Art. 16a – Flüchtlinge, Migration wurde erst 1993 in das gelöschte Grundgesetz eingefügt, was bedeutet, unsere kriminellen Schein- Beamten und Behörden- Mitarbeiter tragen die Verantwortung für die illegale Einwanderung. Auch Dafür haften die Mitarbeiter, sie haben es unter privater Haftung durchgesetzt.

Punkt 13.

Am 03.10.1990 wird die Bundesrepublik Deutschland aus der UNO-Mitgliedsliste gelöscht, die Verwaltungseinheit der Juden und dem Vatikan unter dem Deckmantel Washington DC hat aufgehört zu existieren.

Ohne offizielles Mandat wird aber einfach weiter gemacht, auf rein privater Basis ohne jegliche Grundlage.

Man muss den Schein von staatlicher Besetzung nach Völkerrecht wahren.

Nun wird die Firma Deutschland/Germany in die Mitgliedsliste der UNO eingetragen. Diese Firma hat ebenso wenig mit den Deutschen Völkern zu tun wie zuvor die Bundesrepublik Deutschland, auch Deutschland/Germany hat den Deutschen Völkern als UNO-Mitglied den Krieg erklärt. S. Pkt. 7. [?]

Germany als einziges hat eine Lizenz der UNO und der IRS zur Verwaltung der jur. PERSONEN im deutschen Reich von 1871 (zur Täuschung Deutschland genannt) bekommen.

Lizenz = Erlaubnis etwas Verbotenes zu tun.

Punkt 14.

1990 – Gründung von über 40.000 privaten Firmen:

Nachdem die private BRD-Verwaltung nunmehr mit dem 29.09.1990 aufgelöst war, die kriminellen Plünderungen des deutschen Volkes aber weitergehen musste, wurden alle illegal gegründeten Ämter- und Behörden, die vom BUND gegründet waren aufgefordert, sich im US-Bundesstaat Delaware (DE) als selbstständige, private Aktiengesellschaften, anzumelden und registrieren zu lassen.

So wurden schon ab dem 17.07.1990 private Unternehmen mit Bezeichnungen wie, Gericht, Staatsanwaltschaft, Finanzamt, Agentur für Arbeit, Jobcenter, POLIZEI usw. gegründet.

Da es sich ab dem 03.10.1990 wieder um das Deutsche Reich von 1871 handelt, das von den „Alliierten“ niemals hätte besetzt werden dürfen, haben alle diese privaten Unternehmen keinerlei Rechte und Befugnisse auf deutschem Boden.

6

Sie betreiben ihre Schein- Ämter und Behörden illegal, da diese Unternehmen

deutschem Boden ohne Erlaubnis nicht einmal betreten dürfen.
Keines dieser Unternehmen ist auf deutschem Boden angemeldet oder verfügt über eine Gewerbeerlaubnis, geschweige denn über eine ordentliche Postanschrift.

Einzig und allein verfügen diese Unternehmen seit 1993 über eine Postanschrift auf der Hauptpost und ein Postfach dort.

Alle Unternehmen sind zu 52% Gesellschaften der **Kommunalverwaltungs- Industrie Washington DC**, wobei es sich dabei um den kleinen Stadtstaat = **Vatikanstaat** – im Bundesstaat South Carolina handelt, der mit Amerika und South Carolina nichts zu tun hat. Heute, 2021 sind es schon rd. 47.000 Firmen, getarnt als Ämter und Behörden, die mit dem jüdischen Vatikan **paktieren** um die deutschen Völker besetzt zu halten, um diese weiterhin für den **jüdischen Vatikan** zu **plündern**.

Punkt 15.

(1) Im Inland ausgestellte Schuldverschreibungen auf den Inhaber, in denen die Zahlung einer bestimmten Geldsumme versprochen wird, dürfen nur mit staatlicher Genehmigung in den Verkehr gebracht werden, soweit nicht Ausnahmen zugelassen sind.
Das Nähere bestimmt ein Bundesgesetz.

(2) Eine ohne die erforderliche staatliche Genehmigung in den Verkehr gelangte Schuldverschreibung ist nichtig; der Aussteller hat dem Inhaber den durch die Ausgabe verursachten Schaden zu ersetzen.
Jede Schuldverschreibung auf den Inhaber, muss von den Mitarbeitern der Schein- Behörden und Ämter in voller Höhe zuzüglich Zinsen und Schadensersatz unter privater Haftung ersetzt werden.

Punkt 16.

1991 **BVerfGE** zur Wiedervereinigung:

Es gibt keine Wiedervereinigungen zwischen DDR und BRD

(Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom **24 April 1991- BvR 1341/90**)

Die BRD verfügt weder über ein Staatsgebiet noch über ein Staats- Volk.

Somit ist auch die Gründung der Bundesländer vom 14.10.1990 **null und nichtig**. Gemäß Art. 133 GG hat es auch niemals irgendwelche Bundesländer gegeben, es waren zu Verwaltende Wirtschaftsgebiete.

Die Bundesgebiete wurden am 24 April 1991 rückwirkend zum 23.09.1990 aufgelöst! Bundes- Verfassungsgericht **BvR 1341/90**

1991 (01. Jan) Streichung des § 795 BGB – Staatliche Inhaber

Schuldverschreibung.

Punkt 17.

Historie der Rechtslagen – Anhang F.

7

Nichts ist mehr versichert, alle Mitarbeiter handeln unter persönlicher, privater Haftung!!!

1992 Das Sozialgericht Berlin hat im Urteil einer Negationsklage vom 19.05.1992 (Aktenzeichen S 56 Ar 239/92) festgestellt, dass der so genannte Einigungsvertrag“ vom 31.08.1990 (BGBI.1990, Teil II, Seite 890) ungültig ist, da man nicht zu etwas beitreten kann, was bereits am 17.07.1990 aufgelöst worden ist).

Auch die Konkordate dieser „Bundesländer“ mit der röm. kath. Kirche ändern daran rein gar nichts, zum einen handelt es sich bei diesen Konkordaten lediglich um ein See- Handelsrechtliches Staatswesen auf hoher See, das auf dem Festland die kriminelle Piraterie betreibt, zum anderen ist die röm. kath. Kirche schon seit 1900 aus dem Reich verbannt und hat keinerlei Befugnisse auf deutschem Boden.

Punkt 18.

BVerfGE zum Grundgesetz

In der BRD gibt es kein Geltungsbereich mehr (Wegfall Art. 23 „Geltungsbereich“ am 17.07.1990 bzw. rechtswidrig mit den „Europa-Artikel“ überschrieben) „Gesetze ohne Geltungsbereich besitzen keine Gültigkeit und Rechtskraft.“

(BVerfGE 3, 288 (319f):6, 309 (338, 363))

Nach den eigenen Spielregeln dieser Schein- Behörden und Ämter gibt es das Grundgesetz nicht mehr, schon gar nicht als Verfassung für die deutschen Völker!

Punkt 19.

1999 Das Militärregierungsgesetz Nr. 53 (MRG Nr. 53) hat bis heute Gültigkeit

(siehe **Urteil BGH 5 StR 97/99 - v. 21. April 1999** (LG Berlin))

Für besetzte Gebiete gelten im völkerrechtlichen Rahmen die Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung (**HLKO**) mit **Vorrang vor allen anderen Gesetzen in Deutschland**. Dieses Übereinkommen wurde durch Annahme des Bundestages mit Zustimmung des Bundesrates am **13. Januar 1994** in den Gesetzesstand erhoben.

Laut geltender **Art. 46 der „HLKO“** – Haager Landkriegsordnung: "Das Privateigentum darf nicht eingezogen werden".

Laut geltender **Art. 47 der "HLKO"** – Haager Landkriegsordnung: "Die Plünderung ist ausdrücklich untersagt"

Somit steht die Bundesrepublik Deutschland / Deutschland (UNO Eintrag) bis zum heutigen Tag unter militärischer Verwaltung, staatliche Ämter und Behörden sind eingefroren bzw. können nicht existent sein. Richter / Staatsanwälte / Rechtsanwälte usw. benötigen eine Zulassung der Militärverwaltung.

Punkt 20.

1. Januar 2000 Die Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit vom 5. Februar 1934 (Reichsgesetzbl. I S. 85, verk. am 06.02.1934) unter § 1 unter (1 und 2) gab es nur noch eine deutsche Staatsangehörigkeit (Reichsangehörigkeit). Durch Bundesgesetzblatt Jahrgang 1999 Teil I Nr. 38, ausgegeben zu Bonn am 23. Juli 1999 wird diese Verordnung (5) außer Kraft gesetzt und tritt am 1. Januar 2000 in Kraft.

Historie der Rechtslagen – Anhang F.

8

Alle Mitarbeiter dieser illegal betriebenen Ämter und Behörden, haben damit ihre

Staatsangehörigkeit verloren und sind für ihren Dienst nicht mehr geeignet.

Ohne Staatsangehörigkeit kann niemand ein Amt ausüben!

Punkt 21.

2006. **Das 1. Gesetz zur Bereinigung von Bundesrecht** im Geschäftsbereich des Bundes- Justizministeriums vom **19. April 2006 - BGBI. I, S. 866**

wurde am 24 April 2006 mit Ausgabe des Bundesgesetzblattes Nr. 18 - 2006 bekanntgegeben worden und trat am 25 April 2006 in Kraft.

Aufgehoben

wurde das Bürgerliche Gesetzbuch, (**BGB**) das Strafgesetzbuch, (**StGB**) das Gerichts- Verfassungsgesetz, (**GVG**) die Zivil- Prozess- Ordnung, (**ZPO**) die Straf- Prozess- Ordnung, (**StPO**) Familiengerichtsbarkeit, (**FamFG**) Justiz- Vollzugsgesetz (**StVollzG**) usw. usw...

Damit wurde dem gesamten Justizwesen sämtliche Rechtsgrundlagen entzogen. Niemand darf seit dem 25 April 2006 mehr irgendwelche Gesetze zur Anwendung bringen, Urteile fällen, Verwaltungsakte ausführen, nichts ist mehr möglich.

Punkt 22.

Jeder sollte sich ohnehin einmal seine Gedanken über diese Gesetze, Richter, Justizwesen usw. auf deutschem Boden machen.

Wenn die Rede von Deutschland ist, damit können wir nicht gemeint sein, die Rede ist dann von dem UNO-Mitglied DEUTSCHLAND, das den deutschen Völkern mit der Feindstaatenklausel **1973** und **1990** den Krieg erklärt hat.

Im **Pkt. 9** – BVerfG. 1983 ist das bereits klar erklärt worden, da war noch die Rede von dem UNO- Mitglied – BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND, das **kein Staatsgebiet** hat. Ebenso hat auch das ab dem 03.10.1990 eingetragene DEUTSCHLAND, GERMANY der Nachfolger der BRD kein Staatsgebiet.

Deshalb musste das **GERMANY** dann auch wieder gelöscht werden, denn Germany ist ein anerkanntes Völkerrechtssubjekt mit Staatsgebiet. Deutsches Reich von 1871 = Germany.

Ebenso verhält es sich mit dem **BUND**, der BUND ist eine NGO (engl.) = Nicht- Regierungs- Organisation, eine Holding = Verwaltung von privaten Firmen, alle Gesetze und Verordnungen die über den BUND oder die BUNDESREGIERUNG für **DEUTSCHLAND** erlassen werden, haben nur Gültigkeit für die Firma **DEUTSCHLAND** ohne Staatsgebiet. **Das ist die große Täuschung**, die Juden machen da keine Fehler, deshalb gibt es doch so viele Firmen mit verschiedenen Bezeichnungen, egal um was es geht, alles hat nur für die jeweilige Firma Gültigkeit, deshalb wird unser Land doch auch immer noch Deutschland genannt und nicht Deutsches Reich oder Germany.

Es ist nur der Glaube und dieses völlig dummgeschulte Schein-Beamtenvolk und auch das völlig verdummte deutsche Volk, glaubt daran, dass sie in DEUTSCHLAND / Deutschland leben und alles für sie Gültigkeit hätte.

9

Historie der Rechtslagen – Anhang F.

Nur aus diesem Grund wurden alle diese „Gesetze“ erlassen, nur aus diesem Grund

haften die Mitarbeiter für alles privat und persönlich!

Nach gültigem Kriegsrecht, nach Völkerrecht, nach den Militärgesetzen, nach dem Reichsrecht sind dies alles schwere Kriegsverbrechen, die mit der Todesstrafe geahndet werden.

Diese Bundesregierung und diese Bundesparteien bestehen zu 70% aus lupenreinen Juden, definitiv – Merkel, Schäuble, Steinmeier, Fischer, Roth usw. die wollen nicht eines Tages, wenn ihr Plan schief läuft von einem **Militärtribunal** zum Tode verurteilt werden. Die privaten Mitarbeiter, die Richter, Staatsanwälte, POLIZEI, Finanzbeamte usw., die werden hängen, weil sie die privathaftenden Täter sind.

Eine Verjährung besteht nicht, Vermögensschäden haben 100 Jahre Gültigkeit und können Bis in die 4/5 Generation fällig gestellt werden.

Punkt 23.

2007. Mit dem 2. Gesetz zur Bereinigung von Bundesrecht wurden am **23 November 2007 - BGBl. I, S. 2614 Nr. 59** dann die Abgaben- Ordnung 1977, (**AO 77**) das Umsatzsteuergesetz, (**UstG**)

das Einkommensteuergesetz, (**EStG**)

die Finanzgerichts- Ordnung, (**FGO**)

das Ordnungswidrigkeiten Gesetz, (**OWiG**)

und weitere mit Rechtskraft vom 30 November 2007 aufgehoben und gelöscht. **Natürlich hat die Bundesregierung neue Steuergesetze erlassen, die aber nur für das UNO- Mitglied – DEUTSCHLAND – Gültigkeit haben.**

Also für die Firma ohne Staatsgebiet und Staatsvolk, (**Pkt. 7**) die privat und persönlich haftenden Schein- Beamten fühlen sich aber angesprochen, rauben und plündern unter persönlicher Haftung was das Zeug hält.

Einer versucht den Anderen in der Hoffnung auf eine Beförderung zu

übertrumpfen mit seinen Raubzügen.

Das Einzige was sie aber wirklich bekommen werden, sie werden alles verlieren, auch ihre Nachkommen werden bis in die 4/5 Generation zahlen müssen und dann kommt der Strick.

Kriegsverbrechen werden immer noch hart bestraft!

Punkt 24.

2007 -- Aufgrund des privaten Status der Unternehmen und der Vortäuschung öffentlichen Recht auszuüben kommt es zur **Durchgriffshaftung §§ 105 Abs. 1, § 128 HGB**, sie haften persönlich mit ihrem gesamten Privatvermögen.

Da es sich hier um den Missbrauch der juristischen Person durch privat erzeugte Strohmann- Scheingeschäfte § 117 BGB handelt, führt dies zum „Verlust der Haftungsbeschränkung“. **2007** gab der BGH das zur Durchgriffshaftung führende Konzept des Missbrauchs der **Rechtsform** auf und begründete die **Existenzvernichtungshaftung** des Gesellschafters allein mit **§ 826 BGB** als eine besondere Fallgruppe der **sittenwidrigen vorsätzlichen Schädigung**. Nicht versicherte „Strohmannfiguren“ stehen ausschließlich unter Haftung des jeweiligen Anwenders mit Durchgriffshaftung über dessen Juristische Obligation auf den Inhaber dieser [19/III GG].

Historie der Rechtslagen – Anhang F.

10

Das bedeutet nichts anderes, als dass hier seit **2007** hart gegen die jur.

PERSONEN, die sich als angebliche staatliche Beamte ausgeben um über den Obligationsbetrug mit dem Namen, (**Erzeugung von Stroh Männern**) staatshoheitliche Amtshandlungen auszuüben, vorgegangen wird.

Das trifft auf jeden einzelnen dieser rd. 5-6 Millionen Mitarbeiter zu.

Punkt 25.

3. Bundes- Bereinigungsgesetz 2010

Bundesgesetzblatt Jahrgang 2010 Teil I Nr. 63, ausgegeben zu Bonn am 14. Dezember 2010

Hiermit wurden die gesamten restlichen Rechtslagen aufgehoben.

Zum Beispiel auch das **Sozial- Versicherungsgesetz**. Artikel 108
Aufhebung des Gesetzes über die Sozialversicherung

(VIII-25, VIII-34, VIII-35, X-33, X-35, X-2, X-5)

Das Gesetz über die Sozialversicherung vom 28. Juni 1990 (GBl. I Nr. 38 S. 486), das zuletzt durch das Gesetz vom 25. Juli 1991 (BGBl. I S. 1606) geändert worden ist, wird aufgehoben. **Es gibt kein Gesetz und keine Verordnung mehr, die angewendet werden könnte. Alles ist nur noch privat und kriminell.**

Punkt 26.

Es gibt im System nur eine einzige Namensschreibung im System!

MUSTERMANN, MAX – Namen nur in Blockschrift.

Das ist die einzige, versicherte jur. Person im System, die Rechts- und Geschäftsfähig ist.

Alle anderen Schreibweisen wie z. B.

Max Mustermann, - Mustermann Max, - Herr Max Mustermann, - Frau Maxi Mustermann usw. sind unversicherte undefinierte Fiktionen, die als **Strohmann / Strohfrauen** bezeichnet werden, die einzig und allein dem **Obligationsbetrug** (Wertpapierbetrug) **über den Namen** dienen.

Es ist auch nicht möglich jemanden mit einer dieser Namensschreibweisen zu bedrohen oder zu beleidigen, wie die kriminellen Richter und Staatsanwalt- Schauspieler es gerne auslegen. Eine jur. PERSON, die rein fiktiv (erdacht, erdichtet) ist bzw. ein rein fiktiver Strohmann wie sollte etwas nicht Existentes beleidigt werden können.

Das Problem dieser System- Kriminellen ist, sie können nur gegen erdachte, erdichtete Personen, also reine Fiktionen vorgehen.

Alles in diesem kriminellen System ist auf Betrug aufgebaut.

Armselige Berufe, da wird man zu Berufsbetrügnern ausgebildet und ist noch stolz wie Bolle, sich mit solch einem Titel schmücken zu dürfen.

Die Namensschreibung **M u s t e r m a n n, Max** oder **Max, M u s t e r m a n n** oder auch nur **M u s t e r m a n n**, (**Sperrschrift**) darf im System nicht angewendet werden, weil diese Schreibweise einen nicht judizierbaren Menschen darstellt.

Punkt 27.

Historie der Rechtslagen – Anhang F.

11

Die ganze Welt ist auf einem Betrugssystem aufgebaut, Urheber die röm. kath. Kirche.

Da es im Universum aber noch höhere Kräfte gibt, hat sich der Vatikan auch Schlupflöcher geschaffen um der Haftung entkommen zu können.
Der freie Wille des Menschen darf nicht gebrochen werden!

– Canon 2056 –

Wenn sich herausstellt, dass die private verborgene Treuhand auf falschen Grundannahmen hin erzeugt wurde, dann verliert die Treuhand sofort jegliches Eigentum, wenn ein Mann oder ein Weib erklärt derjenige mit Körper, Geist und Seele zu sein, der in der Geburtsurkunde steht.

– Canon 2057 –

Jeder Verwalter oder Ausführender, der es verweigert, augenblicklich die Cestui Que (Vie) Treuhand aufzulösen, die über eine Person, ihren Status und ihre Handlungskompetenz erzeugt war, ist des Betruges schuldig und des fundamentalen Bruchs seiner Treuhänderpflicht, was seine sofortige Entfernung und Bestrafung erfordern. - Quelle: „Canonum De Ius Positivum“

– Mensch –

Der Mensch ist das mit Verstand und Sprachvermögen begabte Lebewesen von seiner Geburt bis zum Tod. Der Mensch steht im Mittelpunkt des von ihm gestalteten Rechts.

Er hat bestimmte grundlegende Rechte „gegenüber“ dem Staat.
Quelle: Vahlen Jura – Juristisches Wörterbuch – 15. Auflage

Punkt 28.

Nachdem die 3. Macht nun eingeschritten ist und die röm. kath. Kirche demontiert hat, wurde durch Papst Franziskus das betrügerische Spiel mit der jur. PERSON beendet.

Auflösung des römischen Rechts:

Seit dem 21 Juni 2011 ist die **Romanus Pontifex** offiziell aufgelöst, über Ritus Mandamus und Ritus Probatum; öffentlicher Eintrag Nr. 983210-331235-01004.

Hiermit ist alle Rechtsprechung des römischen Reiches auf der Erde null und nichtig.

Alle Cestui Vie – Trusts sind seit dem 15 August 2011 über den Ritus Probatum Regnum und Ritus Mandamus aufgelöst.

(Öffentlicher Eintrag Nr. 983210-341748-240014)

Dies beinhaltet die Auflösung des Trusts und Amtes bekannt als Aeterni Regis, und als die „Ewige Krone“ oder „die Krone nebst all ihrer Ablegern,

die Beendigung aller Siedlungsurkunden (settlement certificates), Geburtsurkunden, Sterbeurkunden, der Bonds und Ansprüche (claims) einschließlich der Autoritäten der Bank for International Settlements (BIS = Zentralbank der Zentralbanken.)

Alle Länder / Bundesländer / Bundesstaaten existieren ausschließlich nur unter einem Konkordat mit der röm. kath. Kirche, als See-Handelsrechtliche Staatswesen und sind dem Internationalen UCC (Uniform Commercial Code) sowie dem Kanonischen Recht unterworfen. Es gibt die jur. PERSON nicht mehr!

Auch der Papst hat die jur. PERSON abgeschafft und verboten!

Historie der Rechtslagen – Anhang F.

12

Punkt 29.

Offiziell wurde dann der Vatikan mit Datum vom 25.12.2012 zwangsgepfändet.

Der OPPT- Act – Bekanntgabe am 25.12.2012

Deklaration of Facts:

Alle Staatsdiener handeln seit der UCC-Einreichung „Declaration of Facts“ (UCC Doc # 2012127914) vom 28. November 2012 durch OPPT auf eigene Verantwortung und haften persönlich für ihre Handlungen.

Sie haben seitdem nicht mehr die Sicherheit ihrer zwangsvollstreckten Firmen im Rücken. Alle Regierungscharters sind annulliert:

Siehe: **ERKLÄRUNG DER FAKTEN** (DECLARATION OF FACTS):

UCC-DOC # 2012127914 vom **28. November 2012.**

„...Das jegliche und alle CHARTAS, einschließlich der United States Federal Government, **UNITED STATES**, „State of.“, inklusive jeglicher und aller Abkürzungen, idem sonans oder andere rechtliche, finanzielle oder administrative

Formen, jegliche und alle internationale Äquivalente, einschließlich jeglicher und aller ÄMTER und ÖFFENTLICHER DIENSTSTELLEN, BEAMTEN und ÖFFENTLICHER BEDIENSTETEN, VERWALTUNGS AKTE und VOLLZUGSBEDIENSTETE, VERTRÄGE, VERFASSUNGEN und SATZUNGEN, MITGLIEDSCHAFTEN, VERORDNUNGEN und jegliche und alle sonstige Verträge sowie Vereinbarungen, die damit und darunter getroffen worden sind, jetzt nichtig, wertlos, oder anderweitig annulliert sind, unwiderlegt;...“

Bankchartas annulliert:

(siehe: TRUE BILL: WA DC UCC-DOC # 2012114776 vom **24. Oktober 2012**)

„Erklärt und unwiderruflich gelöscht; jegliche und alle Chartas der Mitglieder der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), aller Mitglieder und Nutznießer, einschließlich aller Begünstigter, einschließlich jeglicher Körperschaften, die private Geldsysteme besitzen, betreiben, unterstützen, begünstigen und die sich Rechnungstellung, Geldeintreibung, Vollstreckungsmaßnahmen bedienen, um SKLAVENSYSTEME zu unterhalten... die rechtmäßigen Werte mithilfe unrechtmäßiger Befugnis beschlagnahmen...“

Das bedeutet konkret:

“ BUND, Länder, Kreise, Städte und Gemeinden haben niemals eine staatliche Legitimation besessen;

“ BUND, Länder, Kreise, Städte und Gemeinden handeln aus einem Geschäftsmodell heraus;

“ Damit ist es de jure und de facto ausgeschlossen, dass BUND, Länder, Kreise, Städte und Gemeinden „hoheitlich“ tätig sein können oder sein konnten;

“ BUND, Länder, Kreise, Städte und Gemeinden haben mit dem Bürger keinen Vertrag auf der Grundlage der UCC- Registrierungen (Bezug: WA DC UCC Doc #2012114776, 24. Oktober2012);

Historie der Rechtslagen – Anhang F.

13

“ Mitarbeiter und Bedienstete von BUND, Länder, Kreise Städte und Gemeinden in ihrer Rolle

als vermeidliche Verwalter vermittelnd, handeln laut UCC in ihrer Arbeit persönlich und haftend mit ihrem gesamten Vermögen (vergl. WA DC UCC Ref. Doc #2012113593);

Punkt 30.

Aber auch das jüdische Betrugssystem auf deutschem Boden musste beendet werden!

- Urteil des **BVerfGE** vom 25.07.2012:

BVerfG-Urteil vom 25.07.2012 (**2 BvF 3/11, 2 BvR 2670/11, 2 BvE 9/11**) stellt fest, dass es keine verfassungsgemäßen Parlamente seit mindestens 1956 in der BRD gab. Die Frage, ob die Gesetze nicht trotzdem durch die normative Kraft des Faktischen gültig seien, ist überhaupt nicht zulässig. Denn die „Normative Kraft des Faktischen“ schließt nicht ein, dass Rechtsverstöße, Betrug, Vertretungsfehler, sich irgendwann als Recht bezeichnen könnten.

Aus Unrecht wächst kein Recht – auch nicht, wenn es 70 Jahre vertuscht, versteckt oder sonst wie unbemerkt blieb.

- BRD als angeblicher Rechtsstaat schon seit 1956 erloschen - Neues Wahlgesetz nichtig

- Altes Wahlgesetz nichtig

- Über 50 Jahre nichtige Gesetze und Verordnungen

- Mitglieder im Bundestag und im Bundesrat in Ermangelung eines Wahlgesetzes seit **1956** ohne Legitimation für eine Gesetzgebung

Hiermit wurden der Bundesrepublik Deutschland jegliche Rechte auf Steuern, Jurisdiktion, Gesetzgebungen usw. usw. völlig entzogen.

Dies erfolgte aber bereits schon mit den Bereinigungsgesetzen in den Jahren 2006, 2007 und 2010, die von den Alliierten erlassen worden sind.

Die dummgeschulten Mitarbeiter der deutschen Scheinbehörden (private Firmen) machen aber mit ihren kriminellen Machenschaften weiter wie bisher!

Daran stört sich auch niemand, alle sind aus der Haftung raus, die Mitarbeiter der Schein- Ämter- und Behörden haften für alles persönlich und privat.

Alles bis rückwirkend 1956 ist null und nichtig, somit haften die Mitarbeiter der Schein- Ämter und Behörden schon seit 1956 für ihre begangenen Straftaten.

Es gibt weder eine Regierung noch einen deutschen Bundestag, geschweige denn, Ämter und Behörden, die irgendeine Macht über das deutsche Volk ausüben könnte oder dürfte.

Punkt 31.

Damit sich auch keiner dieser Schein- Politiker oder Schein- Beamter mehr hinter einer, von der röm. kath. Kirche geschaffenen Immunität verkriechen kann, wurde diese offiziell aufgehoben, ein aufgelöstes Kanonisches Recht kann keine Immunität mehr gewährleisten.

Motu Proprio vom 11. Juli 2013:

Papst Franziskus hat am 11. Juli 2013 mit Wirkung zum 01. September 2013 ein Motu Proprio, **das höchste legale Gesetzinstrument auf Erden** aus eigenem Beweggrund (motu proprio) herausgegeben und demzufolge die Immunität aller Richter, Staatsanwälte, Rechtsanwälte und „Regierungsbeamten“ aufgehoben.

Historie der Rechtslagen – Anhang F.

14

Durch dieses Motu Proprio des Papstes sind nunmehr Richter, Anwälte, Banker, Gesetz-

geber, Strafverfolgung und alle öffentlichen Beamten und Bediensteten **persönlich haftbar** zu machen für ihre Beschlagnehmung von Häusern, Autos, Geld und Anlagen der wahren Begünstigten, für Freiheitsberaubung, Betrug, Belästigung und die Umwandlung der Treuhandfonds der wahren Begünstigten.

Punkt 32.

Damit aber auch die ganz begriffsstutzigen dies begreifen, hat das BVerfG. 2015 ein weiteres Urteil erlassen.

Weiterhin wird auf das Urteil **des BVerfGE 1 BvR 1677/15 vom 03.11.2015** hingewiesen:

Die Grundrechtsfähigkeit einer juristischen Person des öffentlichen Rechts ist grundsätzlich dann zu verneinen, wenn diese öffentliche Aufgaben wahrnimmt!

Gleiches gilt für juristische Personen des Privatrechts, die von der öffentlichen Hand gehalten oder beherrscht werden.

Für jede Handlung haften die Handelnden persönlich und privat!!!

Wir haben es hier also ausschließlich nur mit jur. PERSONEN zu tun, nach diesem Urteil sind diese PERSONEN völlig handlungsunfähig.

Das zeigt auch schon der Dienstaussweis der Mitarbeiter mit der Namensschreibung, z. B. Fred Feuerstein = im BRiD System nicht existent und somit unversichert und privat haftend. - S. Pkt. 26

Nur ein FRED FEUERSTEIN wäre im System existent und versichert.

Die Ausübung von hoheitlichen Rechten und Befugnissen ist weder möglich noch erlaubt, jeder Verwaltungsakt, jeder Vollzug unterliegt einer privaten Straftat. Wie bereits unter **Punkt 30.** beschrieben.

Erklärung des Niedersächsischen Justizministers hierzu:

Die Länder sind dem Grundgesetz und dem Völkerrecht nicht beigetreten. Gemäß der Erklärung des **Nds. Justizministeriums** in (Dokument 1001 I-202.45) vom **19.01.2017** n.Chr. wird in der Jurisdiktion

- Rechtsprechung ohne Rechtsfähigkeit,
- Prozesse ohne Prozessfähigkeit,
- Klagen ohne Klageberechtigung und Klagebefugnis,
- **Schäden ohne Haftbarkeit mit anonymer UN-Verantwortung fingiert und**
- Völkerrecht ohne Zuständigkeit gegen die Verfassungsordnung verleumdet.

Diese Handlungen sind strafbar.

Punkt 33.

2015 BVerfGE Bundesländer haben keine Grundrechtberechtigung. Gemäß Bundesverfassungsgericht in **BVerfGE 1 BvR 1766/2015** besitzt das Land

Die BRiD-Gerichte, sonstige Beamte und Mitarbeiter sind allesamt nicht grundrechtlich und somit auch nicht prozessfähig.

Eine juristische Person ohne jegliches Grundrecht ist nicht grundbuch-, recht-,

geschäfts-, handlungs-, delikt-, insolvenz-, vertrag- oder prozessfähig, sondern

ausnahmslos nur schuldfähig!

15

Historie der Rechtslagen – Anhang F.

SCHLESWIG-HOLSTEIN keine Grundrechtbefugnis und keine Grundrechtberechtigung.

Somit verfügt kein sog. Bundesland über irgendwelche Grundrechtberechtigungen oder Grundrechtbefugnisse. Keines der sogenannten Bundesländer ist am 14.10.1990 dem Grundgesetz beigetreten. Somit können weder Berechtigungen noch Befugnisse zum GG vorhanden sein.

Die sog. Bundesländer sind einem nicht existenten Rundfunk-Staatsvertrag beigetreten. (Hier handelt es sich um das private Grundgesetz der BRiD ohne Rechte und Befugnisse) Die BRiD hat seit dem 18.07.1990 keinen Verwaltungsauftrag der Alliierten mehr. § 5 Telemediengesetz und § 55 Abs. 1 des Staatsvertrages über Rundfunk und Telemedien (Rundfunkstaatsvertrag - RStV):

Diese Tatsache wird auch bestätigt in der Feststellung des juristischen Bundesverfassungsgerichtes, denn in der öffentlichen Verfassung Ordnung gilt in

BVerfGE 1 BvR 1766/2015

juristische Personen im öffentlichen Recht (GR) haben keine Grundrechtberechtigung, sondern sind Grundrecht verpflichtet, wenn sie öffentliche Aufgaben wahrnehmen

(Grundrecht = öffentliche Ordnung).

Für juristische Personen des öffentlichen Rechts gelten die Grundrechte grundsätzlich nicht. Juristische Personen des privaten Recht haben keine Grundrechtberechtigung, wenn sie von der öffentlichen Hand gehalten oder beherrscht werden,

denn nach der Konfusion – und Durchscheinargumentation können Fiktionsfiktionsfiguren gemäß morituri te salutant gemäß acta iure imperii (Recht) ohne ius gentium (ohne Transzendenzbezug) in ultra vires (Öffentlichkeit) nicht Grundrecht verpflichtet und gleichzeitig Grundrecht berechtigt sein oder - mehr Rechte übertragen als sie selbst besitzen.

Hiermit ist auch die Existenz der Bundesländer endgültig geklärt!

Es gibt keine Bundesländer, hat es nie gegeben.

Alle Verwaltungsakte können nur unter privater, persönlicher Haftung herausgegeben werden, grundsätzlich haftet der Herausgeber.

Sind derartige Verwaltungsakte nicht unterschrieben, der Herausgeber nicht identifizierbar und werden zwangseingezogen, haftet der Einziehende.

Punkt 34.

Am **11.03.2020** wurde die Bundesrepublik Deutschland in Berlin über die Täuschung zur Militärübung Defender 2020 militärisch besetzt.

Neben 40.000 Soldaten wurden auch 7.000 Verwaltungsbeamte mitgebracht, die alle wichtigen Positionen besetzt halten.

Die Militär- Gesetzgebung - **S.H.A.E.F.** - wurde mit dem **04.04.2020** offiziell aktiviert.

Punkt 35.

Am 1. Mai 2020 wurde die Bundesrepublik Deutschland, die nur in Berlin existiert, im 1945 beschlagnahmten US- Gebiet – Berlin-Mitte – abgeschaltet.

Man muss nur einmal genauer auf die Aussagen achten, die immer noch im Fernsehen übertragen werden, kein Wort mehr über die Bundesrepublik Deutschland, nur noch über die NGO (Nicht-Regierungs-Organisation) BUND.

Historie der Rechtslagen – Anhang F.

16

Punkt 36.

Am 05. November 2020 war das 2015/16 eingeleitete Konkursverfahren über den Vatikanischen Stadtstaat Washington DC beendet.

Die Vereidigung des neuen „Präsidenten“ Joe Biden, durch Wahlbetrug war nur noch eine Komödie, Biden wurde Präsident von nichts!

Punkt 37.

Die **UNITED STATES Corp.** wurde am 7. Januar 2021 abgerechnet und liquidiert.

Punkt 38.

Die **UNITED STATES of AMERIKA, Ltd.** wurde am 19. Januar 2021 abgerechnet

und liquidiert.

Punkt 39.

Der rechtmäßige Sitz der Regierung ist in

Washington DC war niemals etwas anderes als ein päpstlicher Stadtstaat, der vom Vatikan und der jüdischen Bankenmafia geleitet und kontrolliert wurde.

Natürlich wurde versucht ein neues privates Unternehmen zu gründen, das die alten Verträge übernehmen kann, dazu wurde dann pikanterweise

die **UNITED STATES REPUBLIC INC.** für gegründet, was bedeutet, der alte Betrug durch Hochverrat, Korruption, Erpressung, Kollaboration usw. sollte weiterhin durchgezogen werden.

Dies wurde aber kategorisch abgelehnt, mit dem Untergang der Unternehmen Pkte. 37 + 38 wurden auch die Verträge aufgelöst.

Ob es für Washington DC (aus der Virginia Corporation hervorgegangen) jemals wieder irgendwelche Verträge gibt ist fraglich.

Punkt 40.

Die Wahlen 2020 waren aufgrund des laufenden Konkursverfahrens ohnehin rechtsungültig, ein Joe Biden konnte nicht einmal mehr gewählt werden.

Donald Trump ist der Präsident der [Republik der Vereinigten Staaten von Amerika](#).

Punkt 41.

1783 wurde der Grundstein für den Weltbetrug bereits gelegt, 1790 wurde dann wie vertraglich vereinbart der Stadtstaat Washington DC gegründet. **Das bedeutet**, die Republik der Vereinigten Staaten von Amerika hat weder am

Historie der Rechtslagen – Anhang F.

[Philadelphia, Pennsylvania](#).

17

[Die Republik der Vereinigten Staaten von Amerika](#).

1. noch am 2. Weltkrieg teilgenommen, beide Weltkriege wurden durch den päpstlichen

Stadtstaat und den jüd. Bankenkartellen in Washington DC geführt.

Washington DC hatte keine Charta um im Namen der Vereinigten Staaten von Amerika Kriege zu führen und Länder / Landesteile zu beschlagnahmen. (Okkupieren)

Punkt 42.

Aufgrund dieser rechtlichen Umstände war die Besatzung des Deutschen Reiches 1871 ab 1945 durch den Vatikan unter dem Deckmantel der Alliierten in jeder Hinsicht illegal und kriminell, somit völkerrechtlich null und nichtig.

Ebenso die Beschlagnahme von Berlin-Mitte, das bislang als jur. US-

Gebiet Geltung hatte, tatsächlich aber ebenfalls nicht weiter als ein päpstlicher Stadtstaat war, (ist) wie Washington DC und die City of London.

Die röm. kath. Kirche, der Vatikan ist seit ca. 1900 aus dem Reich verbannt.

Nur die Pfaffen durften für die Gläubigen Katholiken im Land bleiben, Bischöfe, Kardinäle usw. mussten das Deutsche Reich verlassen.

Punkt 43.

Wer hält das Deutsche Reich besetzt?

Der angebliche Kriegssieger 1945 war nicht Amerika, (usa) mit Sitz in Philadelphia, Pennsylvania das war das private Unternehmen in **Washington DC** mit der Firma USA. (Früher Virginia Compagnie) **Eigentümer der Vatikan und die jüd. Bankkartelle sowie Israel.** (Israel ab 1948) Den 1. Weltkrieg haben die Engländer mit den Juden gezündelt, den 2. Weltkrieg Washington DC mit den jüd. Bankkartellen, Roosevelt, der den Krieg wegen des totalen Bankrotts der Firma USA dringend brauchte um im Konkurs unter aktives Kriegsrecht weiter existieren zu können, zusammen mit den Engländern.

Das Deutsche Reich wurde von Anfang an, nur von den eigenen Mitbürgern für den Vatikan, die jüd. Bankkartelle und das Welt-Judentum besetzt gehalten.

Schon die Gründung der Weimarer Republik war die Vorstufe für die spätere Besatzung.

Die Handelsflagge – Schwarz – Rot – Gold – der Weimarer Republik hätte bereits einen Totenkopf mit gekreuzten Säbeln beinhalten müssen, See- Handelsrechtliche Staatswesen sind nichts anderes als Piratenschiffe auf hoher See mit Erlaubnis

der röm. kath. Kirche, durch die Macht des Stärkeren, Kriege zu führen.

Schwarz – Rot – Gold ist dem Vatikan unterworfen.

Auf dem Festland betreiben sie die kriminelle Piraterie!

Durch Täuschung und Betrug wurden die Bürger der Staaten zu Hochverrättern und Kollaborateuren gemacht und plünderten ihre eigenen

Landsleute für die Juden.

Man kann es mit ruhigem Gewissen so bezeichnen, auch der Vatikan ist von den Juden bereits übernommen worden. (Sogen. Juden, = Khasaren-Juden.)

Mittlerweile wurde aber bereits aus Unwissenheit, bei vielen Gewissheit, sie machen aber trotzdem im selben Stil weiter.

Historie der Rechtslagen – Anhang F.

18

Punkt 44.

1947 Tillesen Urteil vom 06.01.1947.

Deutsche Gerichte dürfen N S D A P – Statuten (05.03.1933 – 08.05.1945) nicht anwenden.

Deutsche Gerichte gibt es bereits seit dem **28.10.1918** nicht mehr. Auch die Artikel 92 – 104 Grundgesetz sind nichts weiter als Makulatur, niemand darf ohne die ausdrückliche Genehmigung der Militär Administration das Amt eines Richters ausüben.

Nicht einmal der Vatikan (Stadtstaat Washington DC) hat es jemals gewagt, auf souveränen Deutschen Boden ein Richteramt zu bestätigen.

Der 1. Weltkrieg wurde durch einen Waffenstillstand beendet, kein Kriegsgegner hat jemals deutschen Boden betreten.

Somit ist das Reich immer voll souverän geblieben, es wurde lediglich unter Anstiftung durch den Vatikan und der jüd. Bankenmafia unter aktivem Kriegsrecht immer wieder okkupiert und vergewaltigt.

Mit Blick auf die **Punkte 42 + 43** hatte auch das Grundgesetz niemals Gültigkeit.

Punkt 45.

Alle Handlungen erfolgen ausschließlich nur im See- Handelsrecht, **das gemäß BGB 1896 und HGB 1897 ausgeschlossen wurde.**

Somit hat und hatte das UCC auf deutschem Boden niemals Gültigkeit und durfte auch niemals angewendet werden.

Der Betrug über das Kirchliche (Kanonische) See- Handelsrecht (UCC) läuft immer noch weltweit, obwohl das gesamte Kirchenrecht mit dem OPPT-Act - **Pkt. 28+29** - bereits mit dem 25.12.2012 endgültig beendet wurde.

Punkt 46.

Auch das Grundgesetz bescheinigt im **Artikel 65**, dass es sich bei der Bundesrepublik

Deutschland um keinen Staat, sondern um eine private Firma handelt. Der Bundeskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik und trägt dafür die Verantwortung.

Innerhalb dieser Richtlinien leitet jeder Bundesminister seinen **Geschäftsbereich**

selbständig und unter eigener Verantwortung. Über Meinungsverschiedenheiten zwischen den Bundesministern entscheidet die Bundesregierung. Der Bundeskanzler leitet ihre **Geschäfte** nach einer von der Bundesregierung beschlossenen und vom Bundespräsidenten genehmigten **Geschäftsordnung**.

In einem Staat leiten Minister einen **Amtsbereich**, der Bundeskanzler leitet die **Ämter** der einzelnen Amtsbereiche nach einer vom Präsidenten genehmigten **Amts-/Staatsordnung**. Ein Gewerbebetrieb der spätestens seit dem 03.10.1990 kein Gewerbe auf deutschen Boden mangels Gewerbeerlaubnis und Eintragung in das Handelsregister mehr ausüben darf. Genaugenommen, noch nie ausüben durfte, da die gesamte Besetzung auf Lügen und Betrug basiert. [?]

Hierzu sollte man auch wissen und verstehen, was einzelne Worte tatsächlich bedeuten.

Historie der Rechtslagen – Anhang F.

19

Politik / Politiker = Lügen, Lügner / Betrüger, Betrüger.

Paragraf - § - = Recht in Unrecht umzukehren. Lizenz - Erlaubnis etwas Verbotenes zu tun. Privatrecht = (von private) stehlen, andere berauben! Legal = Vernichtung von Gottes Geboten.

Behörde = Privat-Buissenes-Organisation = privates geschäftliches Büro. Bundesregierung, - der BUND ist eine NGO, ein privater Verwaltungskonzern im Status einer Aktiengesellschaft, nach dem Aktiengesetz von 1934 Adolf Hitler darf die Geschäftsführung einer Aktiengesellschaft sich auch als Regierung bezeichnen.

BUND = Aktiengesellschaft / Geschäftsführung = **Regierung** =

Bundesregierung.

Es ist schon erstaunlich wie die Menschheit durch Wortspielereien für dumm verkauft wird.

Punkt 47.

Ein sicheres Zeichen dafür, dass man es mit rein privaten Firmen zu tun hat, sind auch die

D-U-N-S Nummern bei D+B, (UPIK) diese Nummern zur Identifizierung von Firmen werden nur an rein private Geschäftsbetriebe vergeben. **Staatliche Hoheitsbetriebe benötigen diese Nummern** nicht, sie dürfen für staatliche Hoheitsbetriebe nicht einmal vergeben werden.

Punkt 48.

Ein weiteres deutliches Kennzeichen dafür, dass es sich auf deutschem Boden ausschließlich nur um illegale Firmen Konstrukte handelt, ist das **DE** in den Kennungen.

Die IBAN Nr. fängt mit **DE** an, das Internet, rein alles trägt das **DE**. Die Deutschen Nummernschilder auf den Auto- Kennzeichen dagegen, tragen ein D.

D. steht für Deutschland / Deutsches Reich von 1871.

DE. dagegen steht für Delaware, Bundesstaat und Steuerparadies der USA.

Das **DE** in den Kennungen bürgt dafür, dass diese Firmen weder über einen Eintrag in das deutsche Handelsregister noch über eine Gewerbeerlaubnis auf deutschem Boden verfügen, somit sind es illegale, kriminelle Unternehmen.

Punkt 49. Der Große Betrug:

A. - Die neugegründete **Bundesrepublik Deutschland** ist am **03.10.1990** dem am

17.07. mit Wirkung zum 29.09.1990 gelöschten Grundgesetz beigetreten, den Rückversicherungen der Alliierten zur Besetzung des Deutschen Reiches 1871.

B. - Die erst am **14.10.1990** illegal neugegründeten **Bundesländer** sind dem alten Grundgesetz, (Rückversicherung) **N I C H T beigetreten**, sie sind dem Rundfunk- Staatsvertrag **RStV. § 55 Abs. 1** und dem Telemediengesetz **TMG § 5** beigetreten.

C. - Der RStV. § 55 Abs. 1 und das TMG § 5 wurden durch Urteil des BVerfG. vom 25.07.2012 - 2 BvF 3/11, 2 BvR 2670/11, 2 BvE 9/11 - S. Pkt. 30 bis rückwirkend 1956 aufgehoben und gelöscht.

20

Historie der Rechtslagen – Anhang F.

Somit haben die Bundesländer und die ihnen angeschlossenen privaten Unternehmen wie

Ämter- und Behörden keinerlei Rechtsgrundlagen mehr.

Der RStV. und das TMG. konnte ihnen ohnehin niemals irgendwelche Rechtsgrundlagen erlauben, da es sich lediglich um einen Vertrag ohne Rückversicherung (GG) handelte.

D. - Die Konkordate der Bundesländer mit der röm. kath. Kirche (Vatikan) können den Bundesländern auch keinerlei Rechtsgrundlagen auf deutschem Boden verschaffen, da die Kirche zwischen 1871 und 1900, nachdem sie die Bodenrechte an die deutschen Völker zurückgegeben hat, völlig verbannt wurde.

Das Konkordat erlaubt den Bundesländern lediglich ein fiktives (eingebildetes/erdichtetes) See- Handelsrechtliches Staatswesen auf hoher See zu gründen, das auch nur auf hoher See Berechtigungen nach dem See- Handelsrecht ausüben darf.

E. - Gemäß Art. 43 der HLKO (1907) darf auf deutschem Boden nur deutsches Reichsrecht von 1871 angewendet werden, was unter dem Grundgesetz vom 23. Mai 1949 bis zum 29.09.1990 auch eingehalten werden musste.

Das Reichsrecht 3. Reich 1933 - 1945 wurde bereits durch das Tillesen-Urteil 1947 S. Pkt. 44 hier - sowie durch Kontrollratsgesetz der Alliierten verboten. Das deutsche BGB von 1896 hat das See- Handelsrecht ausdrücklich ausgeschlossen! Daran konnten auch die Alliierten niemals etwas ändern! S. Pkte. 41 + 42.

Der Haupt- Kriegssieger USA von 1944/45 existiert ebenfalls nicht mehr, der wurde mit dem 07. + 19.01.2021 liquidiert. S. Pkte. 36 - 37 - 38 - 39.

F. - **Sämtliche Bundesländer, sämtliche Ämter und Behörden**, die den Bundesländern unterstellt sind, haben keinerlei Rechtsgrundlagen für ihre Handlungen, sie haften grundsätzlich privat und persönlich.

Die Rechtsprechung des **BUNDES** basiert auf dem Grundgesetz! Der Zugriff und die Anwendung der Bundesgesetze sind nur denen erlaubt, die dem Grundgesetz beigetreten sind!

Da kein Bundesland dem Grundgesetz beigetreten ist, haben weder die Bundesländer, noch irgendein „Amt“ oder eine „Behörde,“ die Berechtigung auf die Gesetzgebung des Bundes oder des Grundgesetzes zuzugreifen und anzuwenden.

Das **Steuerrecht** z. B. ist im Grundgesetz „verankert,“ **die Finanzämter** dürfen darauf aber nicht zugreifen, da sie den Bundesländern unterstellt sind, die dem Grundgesetz nicht beigetreten sind.

Somit haben die Finanzämter keine Rechtsgrundlagen für ihre Steuerforderungen!!!

Auch der heimtückische Elster- Vertrag nach dem See- Handelsrecht ist rechtsungültig.
Siehe hier Pkt. E.

Ein Telemediavertrag **Siehe B. + C.** kann keine Rechte verleihen, schon gar nicht weil dieser Vertrag aufgrund des **BVerfG.- Urteils S. Pkt. 30** - bis rückwirkend 1956 aufgehoben wurde, somit null und nichtig ist.

Das Finanzamt ist nichts weiter als eine Verbrecher- Organisation!

Historie der Rechtslagen – Anhang F.

21

Und so sieht es mit allen Gesetzen und Verordnungen des **BUNDES** aus, sie haben nur Geltung für die, die dem Grundgesetz beigetreten sind. **Richter und Staatsanwälte** dürfen die Gesetzgebungen des Bundes sowie die deutschen Reichsgesetze nicht anwenden, weil sie nicht dem Grundgesetz unterworfen sind.

Banken, Versicherungen, Sozialkassen wie Kranken / Rentenkassen haben keinerlei Rechtsgrundlagen, **Behörden haben keine Rechtsgrundlage für**

die Ausübung öffentlichen Rechts.

Alles ist rein privat und hochgradig kriminell!!!

Jeder der einen Verwaltungsakt anordnet oder ausführt haftet privat und persönlich. **Ohne Beitritt zum Grundgesetz gibt es kein Recht zur Ausübung von öffentlichem Recht oder der Ausführung von Verwaltungsakten.**

Wobei, selbst das Grundgesetz kann und konnte noch niemals irgendwelche Hoheitsrechte oder hoheitliche Befugnisse verleihen, weil es immer nur eine Versicherte- Verwaltungsvorschrift war, keine vom Volk gewählte Verfassung!

Wir haben es nur noch mit privater, organisierter Bandenkriminalität zu tun!

Jeder einzelne Mitarbeiter von diesen Schein- Ämtern und Behörden haftet persönlich, die Geschäftsführer dieser Organisationen können in die Sippenhaft genommen werden.

Da alle Unternehmen grundsätzlich in den USA, im Bundesstaat Delaware angemeldet und registriert sind, liegt die Zuständigkeit beim

US Department of Justice

AE 3604 German Branch Secretary of Justice
950 Pennsylvania Avenue NW Washington D.C. 20560-001 USA

Zur Haftung gehören ebenso die illegalen Flüchtlingsströme zur Zersetzung der deutschen Völker, die Corona- **Pl**andemie usw.

Es gibt keinerlei Rechtsgrundlagen für die Bundesländer da sie über K E I N E Rückversicherung (**GG**) zur Haftung verfügen!

Deshalb werden die Beschlüsse des Bundes auch an die Bundesländer weitergegeben und die Umsetzung der Beschlüsse unter deren Verantwortung gestellt.

Alles was von den BUNDES- Ländern angeordnet wird, ist null und nichtig

aufgrund nicht vorhandener Rechtsgrundlagen!!!

G. - Urteil des **IGH / EGMR** 08. Juni 2006 (**Az.: EGMR 75529/01**)
(Sürmeli Urteil) Unter anderem verkündeten der IGH und der EGMR, die Bundesrepublik Deutschland ist kein Staat,
die Bundesrepublik Deutschland verfügt über kein Staatsgebiet,

die Bundesrepublik Deutschland verfügt über kein Staatsvolk.

Damit haben der EuGHfMR und der IStGH alles bestätigt, was nötig ist um zu wissen, dass es sich immer nur um eine Jüdisch- Vatikanische, kriminelle Staatssimulation handelte.

Im Übrigen wurde dort auch schon geurteilt, dass die Bundesrepublik Deutschland **das 3. Reich - Adolf Hitler** - unter der neuen Bezeichnung BRD, weiterführt.

Das 3. Reich war auch nur ein See- Handelsrechtliches Staatswesen, eine

Historie der Rechtslagen – Anhang F.

22

Okkupationsverwaltung ohne Hoheitsrechte, ohne Staatsgebiet und Staats-Volk.

Deshalb spielt der 2. Weltkrieg für die Friedensverträge auch absolut keine Rolle.

Der **BUND** (NGO) selbst hat sich durch das **BVerfG**. abgesichert, S. Pkte.

3-5-9-10-11-**15**-16-17-18-19-**20**-21-23-**24**-25-**30**-**32**-**33**-47-**50**-**51**-**52**-**54**

15. - Ohne **§ 795 BGB**, Staatliche Inhaber Schuldverschreibung, keine Rückversicherung für „hoheitliche“ Verwaltungsakte. (**Staatliche Verwaltungsakte waren nie versichert!**) **20.** - Art. 116 GG, ohne Staatsangehörigkeit keinerlei Staatsrechte. (See-Handelsrecht)

24. - § 826 BGB Haftung, - Umwandlung in die Existenzvernichtungshaftung.

30. - BRD / BRiD bis rückwirkend 1956 alles null und nichtig.

32. - Alle Beamten- und Behörden- Mitarbeiter können nur als jur. Personen tätig sein.

33. - Bundesländer haben keine Grundrecht- Berechtigung. (GG ist gelöscht.)

47. - D-U-N-S Nummern = alles ist nur privat.

50.- Das Elsterprogramm der Finanzämter unterliegt dem verbotenen See- Handelsrecht. **51.+52.** - Die Finanzämter dürfen diese Bundes-Gesetzgebungen nicht anwenden.

54. - Der Dienstausweis bestätigt die private Handlung.

Auch dürften Strafanzeigen beim General- Bundesanwalt eher einen Sinn für die Privathaftung (**Pkt. 24**) und Strafanzeige ergeben als bei einer

General- Staatsanwaltschaft, die nicht dem Grundgesetz unterliegt. (Auch nur private Firma ist.)

Auch die POLIZEI, mit Ausnahme der **BUNDES-** POLIZEI ist

nichts weiter als eine kriminelle Organisation.

Wobei die BUNDES- POLIZEI auch nur ein privates Unternehmen ist und über keinerlei Hoheitsrechte auf deutschem Boden verfügt, die B-P ist aber über das GG versichert. Dadurch entfällt aber auch nur die private Haftung, die Handlungen sind und bleiben kriminell.

Um es kurz darzustellen, wir leben in einem rechtsfreien Raum und werden von kriminellen Organisationen die sich als Ämter und Behörden ausgeben terrorisiert und geplündert.

Nichts, rein gar nichts hat seit 1956 irgendeine Gültigkeit, alle Verwaltungsakte, = Steuerforderungen, Gerichtsurteile, Bußgelder usw. waren und sind kriminell und unterliegen der privaten Plünderung, dazu gehören auch Krankenkassen Beiträge, Rentenkasse, Arbeitslosenversicherung, Banken usw. usw.

Kriegsrecht bedeutet = **Militärische Verwaltung.** (Seit dem 31. Juli 1914)
Besatzungsrecht bedeutet = Militärische Verwaltung. (Seit dem 8. Mai 1945)

Da kann kein neuer Staat gegründet werden, da kann niemand beamtet werden, da gibt es keine staatlichen Hoheitsrechte, keine politischen Parteien und Wahlen, da gibt es auch keine Ämter und Behörden, es gibt nur Militärbehörden, sonst nichts!

Bei einer Besatzung muss dem gefangen gehaltenen Volk Unterhalt nach HLKO Art. 7 + 17, gewährt werden incl. kostenloser Krankenversorgung.

Allein schon aufgrund der derzeitigen Corona- **Plan**demie verstößt die Bundesregierung gegen den Art. 23 der HLKO.

Historie der Rechtslagen – Anhang F.

23

Punkt 50.

Das Elster Programm:

Auch die kleinen Tricks der „Steuerverwaltung“ mit ihrem **Elster-Programm** sind hochgradig kriminell!

Wer das Steuerprogramm Elster nutzt, geht automatisch einen Schenkungs- Vertrag ein. Warum - **Schenkung**, - wer nicht einmal ein Recht auf Steuern hat, muss halt versuchen, sich sogenannte Steuern durch vorsätzlichen Betrug und Gewaltanwendung schenken zu lassen. - Darüber wissen diese „Finanzbeamten“ alle bestens Bescheid. -

Alle Vertragsgrundlagen basieren auf dem See- Handelsrecht = UCC, das nur auf hoher See eine Gültigkeit hat.

Auf deutschem Boden ist das See- Handelsrecht gemäß BGB 1896 ausgeschlossen und darf nicht angewendet werden.

Nach Artikel 43 der HLKO darf nur deutsches Reichsrecht ab 1871 angewendet werden. Somit ist die Anwendung des See- Handelsrechtes verboten und kriminell, null und nichtig.

Punkt 51.

Die neue Abgabenordnung:

Obwohl die **AO 2007 gelöscht und verboten wurde**, hat man diese einfach durch „**Gesetz**“ am 21.12.2019 geändert, das Inkrafttreten war am 01.01.2020. <https://dejure.org/gesetze/AO/249.html>
Löschung der Abgabenordnung **s. Punkt 23. Anhang F.**

Welche Regierung hat die AO neu erlassen? - **S. Punkt 30 Anhang F.** Wer soll mit der AO arbeiten? - **S. Punkt 32 Anhang F**

Punkt 52.

Die Pfändungs- und Einziehungsverfügung:

Die Pfändungen erfolgen nach den **Art. 249 – 346.** <https://dejure.org/gesetze/AO/249.html>

Pfändungs- und Einziehungsverfügung.

Dafür hat man sich dann bereits schon 2013 das **Amtshilferichtlinie und Umsetzungsgesetz** gebastelt.

(**AmtshilfeRLUmsG**) vom 26.06.2013 (BGBl I S. 1809) in **Kraft getreten am 30.06.2013**. - Sogar eine „Gesetzesbegründung“ ist verfügbar!!!

Welche Regierung hat das „Gesetz“ neu erlassen? - **S. Punkt 30**

Wer soll mit dem „Gesetz“ arbeiten? - **S. Punkt 32 + 49.**

Dazu der Artikel 46. HLKO.

Die Ehre und die Rechte der Familie, das Leben der Bürger und das Privateigentum sowie die religiösen Überzeugungen und gottesdienstlichen Handlungen sollen geachtet werden.

Das Privateigentum darf nicht eingezogen werden.

24

Historie der Rechtslagen – Anhang F.

Sowie Artikel 47 HLKO.

Natürlich niemand, diese Gesetze haben nicht einmal einen Geltungsbereich da es nur

Die Plünderung ist ausdrücklich untersagt.

Auf Nachfrage wird die Gültigkeit der HLKO durch das Bundes-Präsidialamt und durch das Bundes-Justizministerium bestätigt.

Und wer hat die „Gesetze“ rechtskonform unterschrieben? (§126 BGB)

Punkt 53. die Dummheit der Finanzämter:

Die einzelnen Finanzämter glauben, sie gehören dem Landesamt für Finanzen an und dieses trägt im Ernstfall die gesamte Haftung. Ein ganz fataler Irrtum, jede einzelne Firma Finanzamt haftet für sich selbst!

Jeder einzelne Mitarbeiter haftet für seine Straftaten allein und persönlich, der Direktor / Vorsteher, haftet gesamt.

Das Landesamt für Steuern Niedersachsen hat die D-U-N-S Nr. 34-298-8490, das Finanzamt Stade hat die D-U-N-S Nr. 34-342-7778 im privaten UPIK- Firmenverzeichnis.

Wenn das FA- Stade nun eine Niederl. des Landesamtes für Steuern wäre, müsste das FA-Stade unter der D-U-N-S Nr. 34-298-8490 laufen, so wie es bei der POLIZEI ist, die Dienststellen für die gesamte Region laufen alle

unter der POLIZEI-DIREKTION Lüneburg, D-U-N-S Nr. 34-333-8436 oder die Staatsanwaltschaften der gesamten Region, die laufen alle unter der D-U-N-S Nr. 31-500-6160. (StA. nach SIC- Code - Rechtsberatung)

Dort haften der Polizeipräsident und der General-Staatsanwalt. Das Landesamt für Steuern verwaltet lediglich für den BUND ihren Anteil von 52% als Haupt- Aktionär an den einzelnen privat und persönlich haftenden Finanzamt- Firmen.

Im Ernstfall wäscht das Landesamt für Steuern die Hände in Unschuld, die volle Haftung tragen die einzelnen Finanzamt- Firmen selbst.

Und wer sich die Rechtslagen hier einmal genau anschaut, wird feststellen, dass es nur so und nicht anders sein kann.

Wir werden es schon sehr bald genauer wissen. (S. Pkt. 60.)

Punkt 54. Der Dienstausweis.

Der Dienstausweis bestätigt schon aufgrund der Namensschreibweise, dass die Mitarbeiter, die Inhaber der Dienstausweise weder für noch mit der BRiD / BRD / BUND und wie sich der Verein sonst noch bezeichnet, arbeiten.

Die Namensschreibweise wäre dann in Blockbuchstaben - FRED FEUERSTEIN, - die einzig versicherte jur. PERSON, die innerhalb des Systems Rechts und Geschäftsfähig ist.

Die Namen werden aber als **Fred Feuerstein** geschrieben, im System nicht existente, nicht versicherte jur. PERSONEN, sogenannte Strohmänner, die privat, unter persönlicher Haftung ihre schweren Straftaten begehen. Sie verfügen über keinerlei Rechte und Befugnisse. **S. Pkte 26 + 32.**

Die Haftung trägt immer der Mensch, der hinter der jur. PERSON steht, der Inhaber. Eine Fiktion kann nicht haften, der Mensch, Inhaber der Fiktion haftet generell.

private Geschäftsbedingungen der UNO- Firma Deutschland sind.

Historie der Rechtslagen – Anhang F.

25

Punkt 55. Die Gerichte / Staatsanwaltschaften: - **Mit** D-U-N-S - Nr. **Pkt. 47.**

Auch die Gerichte und Staatsanwaltschaften hatten niemals, zu keiner Zeit irgendwelche Rechte oder Befugnisse, über jemanden zu richten oder Entscheidungen zu treffen. Richter, Staatsanwälte, Rechtsanwälte sind grundsätzlich der britischen BAR- Gilde unterstellt, die von den jüdischen Banken finanziert wird.

Gemäß Militärgesetz müssen Richter, Staatsanwälte, Rechtsanwälte usw. über eine Zulassung durch die zuständige Militärbehörde verfügen. **S. Punkte 19-20-59-60**

Gerichte sind Staatsgerichte!

Artikel 101 GG.

(1) Ausnahmegerichte sind unzulässig.

Niemand darf seinem **gesetzlichen Richter** entzogen werden.

(2) Gerichte für besondere Sachgebiete können nur durch Gesetz errichtet werden.

Ebenso sieht es mit der Berufung zu einem Richteramt aus!

Zu einem Richter / Staatsanwalt / Beamten kann nur berufen werden wer über die Staatsangehörigkeit nach Art.116. Grundgesetz verfügt. **S. Punkt 20**

Da die Bundesländer nicht einmal dem (gelöschten) Grundgesetz beigetreten sind, worauf könnte die Berufung dieser Beamten-Schauspieler basieren???

Worauf leisten sie ihren Eid?

Auf eine Landesverfassung die es nicht gibt! - **S. Punkte 16-17-18-30-32**

Jedes Beamtenverhältnis basiert auf den Art. 116 GG, somit sind alle Beamten staatenlos gestellt worden und untauglich für die Ausübung ihrer dienstlichen Tätigkeiten.

Seit dem 28.10.1918 hat es keinen gesetzlichen Richter mehr gegeben.

Jeder Richter / Staatsanwalt / Rechtsanwalt usw. darf ohne ausdrückliche Genehmigung der Militärregierung kein Amt ausüben.

Da aber auch die sogenannte Militärregierung lediglich aus dem Vatikan und den jüdischen Bänkstern besteht, konnten auch diese keine Zulassungen erteilen.

Im Übrigen verfügen auch diese Richter und Staatsanwälte lediglich über einen Dienstausweis gemäß **Pkt. 53** und haften privat.

Seit dem 03.10.1990 sind es nur noch private, kriminelle Organisationen, die ein gewerbsmäßiges Geschäftsmodell zur Plünderung der deutschen Völker betreiben. Ohne Rechte, Befugnisse und Gewerbeerlaubnis. **S. Pkt. 60.**

So gut wie jeder einzelne hier aufgezählte Punkt beweist die Illegalität dieser

Justiz- Kriminellen, es handelt sich hier grundsätzlich um gewerbsmäßige Bandenkriminalität.

Nicht einer dieser Justiz- Schauspieler könnte hier den Gegenbeweis antreten. Allein der **Punkt 32** sagt schon alles Nötige aus!

Punkt 56. Die POLIZEI. - **Mit D-U-N-S - Nr. Pkt. 47.**

Die POLIZEI dein Feind und Plünderer.

Bis Juni 2017 handelte es sich um eine eigenständige, private, kriminelle Organisation die einzig und allein dazu da war, die kriminellen Machenschaften der Gerichte, Staatsanwaltschaften und sonstigen Schein- Ämtern und Behörden durchzusetzen und diese zu schützen, es waren bewaffnete Terroristen.

Ab Juni 2017 wurden diese Terrororganisationen, die alle unter der jeweils zuständigen

Historie der Rechtslagen – Anhang F.

26

Polizei- Direktion agierten, durch den US- Militärdienst- Anbieter ACADEMI-Constellis

übernommen und wurden dadurch zu bewaffneten Kombattanten (Partisanen) gemacht. Partisanen werden im aktiven Kriegsrecht bei Ergreifung standrechtlich erschossen. Dessen sind sich die meisten nicht einmal bewusst!

Die POLIZEI ist die Truppe fürs Grobe, für die Drecksarbeit, gemäß ihren Dienstaussweisen sind sie nicht einmal für das System tätig, auch sie sind nur als sogen. Strohleute tätig, die privat und persönlich für alles in der Haftung stehen. **S. Pkte. 26 - 32 - 53.**

Aus eigener Erfahrung ist mir bekannt, dass die meisten nicht einmal ahnen, auf welchem dünnem Eis sie wandeln.

Da sie mit Haftbefehlen, Hausdurchsuchungen und sonstigen kriminellen Machenschaften, loslaufen um diese durchzusetzen, tragen sie selbst dafür die Haftung.

Es sind nur kriminelle Scheinbeschlüsse **s. Pkt. 54** ohne Rechtswirksamkeit.

Jeder Beschluss, jedes Urteil muss durch einen Richter mit vollem

Namenszug nach 126 BGB unterschrieben sein, ohne diese Unterschrift stehen die Mitarbeiter der POLIZEI in der vollen Haftung.

Und da es keine Richter und Staatsanwälte geben kann, haftet die POLIZEI grundsätzlich für alles privat und persönlich.

Man muss sich dieses geistesranke Denken nur einmal durch den Kopf gehen lassen. Die Fiktion (erdacht/erdichtet) Polizist Fred Feuerstein mit einem fiktiven Haftbefehl losgeschickt um die Fiktion Max Mustermann zu verhaften.

Weil Fred F e u e r s t e i n aber gar nicht weiß, was er da tut, verhaftet er Max M u s t e r m a n n, der mit dem Schein- Haftbefehl rein gar nichts zu tun hat.

Und weil es Fred Feuerstein nur als Fiktion (Strohmann) gibt, haftet Fred F e u e r s t e i n für eine schwere Straftat.

1. Fred F e u e r s t e i n darf niemanden verhaften dazu hat er keinerlei Recht.

2. Fred F e u e r s t e i n hat den falschen verhaftet, dem er nun Schadensersatzpflichtig ist. Egal was Fred F e u e r s t e i n macht, er ist grundsätzlich schuldig. - **S. Pkt. 32.**

Fred braucht eine nach § 126 BGB unterschriebene Anordnung, für die Maßnahme und Fred sollte auch die Frage stellen, ob er nun die Fiktion oder den Menschen der mit der Fiktion nichts zu tun hat, nur den gleichen Namen trägt, verhaften soll.

Man wird versuchen Fred mit einer billigen Anweisung abzuspeisen, denn niemand will haften, Fred soll doch nur alleine haften.

Punkt 57.

Die Fiktionen - Strohmann- Fiktionen:

Niemand kann mehr Recht übertragen, als er selbst hat!

Da die jur. PERSON BRD eine Fiktion ist (vor § 21 BGB, Kommentar Palandt zur jur. Person – Begriff und Natur RZ. 1) leugnet selbst die Jurisdiktion die Realität jur. Personen und betrachtet sie in der Theorie (von Savigny & Windscheid) als bloße Fiktion.

Sie haben also keine Rechte, nur Scheinrechte.

Sie sind also nach der Konfusions- und Durchscheinargumentation künstliche Scheindarsteller (Papierbestellungen-Behörden) gegen die verfassungsmäßige Grundordnung, denn sie versuchen unser unverletzliches, unveräußerliches, nicht verhandelbares Recht zu justieren.

27

Art. 24 S 3+3, 25 GG

Art. 142 – 149 Genfer Abkommen IV und Art. 6, 38 – 42 EGBGB.

Punkt 58. die Städte und Gemeinden / **Besteuerung.**

Die Firmen - Stadt / Gemeinde tragen hier die Verantwortung für die Erschaffung der Strohmännchen - Figuren (Fiktionen) Herr / Frau - Namensschreibung Max Mustermann usw. Man wird durch das kriminelle System gezwungen, dort einen PERSONAL- Ausweis zu beantragen, seinen Wohnsitz anzumelden usw.

Die Verträge dazu werden nicht offengelegt, Fragen werden nicht beantwortet.

Mit dem PERSONAL- Ausweis wird die Rechts- und Geschäftsfähige jur. PERSON

MAX MUSTERMANN erschaffen, gleichzeitig wird nach

§ 17 HGB die Firma MAX MUSTERMANN eröffnet, durch die MAX dann besteuert werden kann, natürlich alles, ohne dass der Inhaber des PERSONAL- Ausweises

Max **M u s t e r m a n n** irgendetwas darüber weiß oder erfährt.

Und nun wird die Firma MAX MUSTERMANN besteuert, da der Inhaber MAX **M U S T E R M A N N** die PERSON MAX **M U S T E R M A N N** über sein Kollateral versichert hat, werden alle Steuern und sonstige Forderungen wie illegale Bußgelder, Strafbefehle, Strom, Heizung usw... von seinem Kollateralkonto abgebucht.

Alles ist bereits bezahlt, da wir es aber mit gierigen Verbrecherbanden zu tun haben, die sich auch noch gerne selbst bereichern wollen, werden dort auch undefinierte Fiktionen (Strohmänner/Frauen) erschaffen.

Da tauchen dann mit einem Mal ein Herr Max Mustermann oder Mustermann, Max und sonstige Schreibweisen auf, die es im System gar nicht gibt. **S. Pkt. 26.**

Über diese Namensschreibung werden die Steuern und alle sonstigen Forderungen dann nochmals von Max **M u s t e r m a n n** gefordert, wenn nötig auch zwangsweise.

Die Mitarbeiter in diesem System sind so hochgradig kriminell, die schrecken vor rein gar nichts zurück, durchgesetzt wird alles durch die Terroristen / Partisanen der Firma POLIZEI, die dann im Rudel, schwer

bewaffnet über die Opfer herfallen und sie unter Gewaltanwendung zu allem zwingen, was gefordert wird.

Welch ein Hohn, wenn in den Medien dann gebracht wird, man solle diesen Männern und Frauen der POLIZEI doch mehr Achtung entgegenbringen.

Noch einmal zum klaren Verständnis:

MAX MUSTERMANN ist die rechts- und geschäftsfähige Fiktion, (erdacht/erdichtet) die besteuert werden kann, was über das Kollateralkonto abgewickelt wird. (HJR 192)

Max Mustermann entspricht der Unterschrift auf dem PERSONAL-Ausweis und ist der lebende Mensch, der nicht besteuert werden kann, er ist unantastbar.

Herr Max Mustermann und sonstige Schreibweisen, den gibt es gar nicht, das ist eine neu erdachte Strohmännchen-Figur, die im System nicht einmal existent ist.

Erschaffen werden diese Fiktionen auf den Behörden der Städte und Gemeinden einzig und allein zum Zweck des Betruges um Schwarzgeld für die eigenen Kassen zu erpressen.

Da soll mir noch einmal einer erzählen, Bürgermeister wären keine Verbrecher.

Jedem Antrag zum aufgezwungenem PERSONAL-Ausweis werden dann heimlich noch

einmal ca. **30 Seiten** Zusatzverträge hinzugefügt.

Historie der Rechtslagen – Anhang F.

28

Ebenso sieht es bei der Anmeldung zur Wohnanschrift aus, schon auf den

Anmeldeformularen wird betrogen, man muss sich diese nur einmal genauer ansehen. Vor allem, jeder wird mit Datum **01.09.1939 in die Wohnhaft eingetragen**.

Man befindet sich sofort im NS- Deutschland zum Kriegsbeginn in Haft. Und überall werden heimlich Zusatzverträge hinzugefügt.

Obwohl das alles mit dem 1. Jan. 2000 aufgehoben und beendet wurde, wird das kriminelle Spiel hartnäckig weiter betrieben. S. Pkt. 20.

Der Punkt 20 ist auch der Grund, warum auch die Wehrpflicht aufgehoben wurde, die Städte und Gemeinden hatten bis dahin auf ihren

illegalen - Einwohner- Meldeämtern - die gemeldeten Einwohner heimlich, generell unter dem **01.09.1939 Adolf Hitler** - Kriegsbeginn - eingetragen, dadurch wurden alle Deutschen zu National- Sozialisten, die Wehrpflichtigen haben ihren Wehrdienst für den Rechtsnachfolger, des 3. Reiches, die NS- Bundesrepublik Deutschland geleistet.

Der BUND, die Bundesländer, die BRD / BRiD und wie sich die Verbrecher sonst noch bezeichnen, dürfen seitdem keine Wehrpflicht mehr anordnen.

Durften sie nie, alles basierte auf Betrug!!!

Punkt 59. die Banken / Rentenkassen / Sozialkassen usw.

Man weiß kaum noch, welche Organisation als die übelste bezeichnet werden könnte, hier haben wir aber ein paar Musterbeispiele von übelster Bandenkriminalität.

Die Banken sind seit 1933 bankrott, (s. **Pkt. 63**) um zu überleben musste das Kriegsrecht ausgerufen werden, damit der Staat eingefroren und nur noch militärisch verwaltet werden kann.

So konnten keine Konkursverfahren eingeleitet werden.

Was der kriminelle US- Präsident der Firma **UNITED STATES of AMERIKA**, Ltd in Washington DC, **Roosevelt** dann auch gemacht hat. Eine bankrotte Bank hat natürlich kein Geld mehr, das sie gegen Zinsen verleihen könnte. Deshalb wurde die HJR 192 erschaffen, der Mensch wurde durch die Geburtsurkunde zur Handelsware auf den Aktienmärkten und wird dort als Aktie gehandelt.

Heute wird so einer Geburtsurkunde ca. 19,8 Millionen € als Grundstock überwiesen.

Im Laufe der Jahre steigert sich der Grundstock auf mehrere hundert Millionen € durch Aktiengewinne und hauptsächlich Dividenden. Wer sich damit noch nie befasst hat, ahnt nicht einmal, woher die Dividenden kommen.

1. Beispiel, - Die großen Supermarkt- Ketten mit den riesigen Warenbeständen, das Kapital für alles kommt von den Kollateralkonten der menschlichen Gemeinschaft, sie müssen dieses Kapital auch nicht zurückzahlen, nur die Zinsen, die den Kollateralen wieder gutgeschrieben werden.

Genaugenommen gehört z. B. REWE nicht dem REWE- Konzern, sondern uns, der menschlichen Gemeinschaft.

Auch für die stetige Füllung der Lagerbestände läuft es ebenso ab.

Dann verkaufen sie uns unser Eigentum für viel Geld und werden reicher und reicher!

Und so arbeiten die bankrotten Banken ebenfalls, sie leihen uns unser eigenes Geld gegen Zinsen und werden reicher und reicher!

Eigentlich müssten sie die Rückzahlung der Kredite wieder auf das Kollateralkonto einzahlen, aber auch das Geld stecken sie in die eigene Tasche, dafür haben die Banken eine besonders gut versteckte Schenkungs- Klausel in den Kreditverträgen eingebaut.

Historie der Rechtslagen – Anhang F.

29

Max M u s t e r m a n n will ein Haus kaufen und geht zur Bank, um einen Kredit

aufzunehmen, die Bank stellt den Kreditvertrag dann heimlich auf MAX MUSTERMANN aus, **Max M u s t e r m a n n** unterschreibt und die Bank holt das Geld vom Kollateralkonto, das **Max M u s t e r m a n n** dann an MAX MUSTERMANN verleiht.

Das Haus gehört nach der Abzahlung dann auch MAX MUSTERMANN bzw. dem Herausgeber der PERSON MAX MUSTERMANN, was die jüd. Bänker und der Vatikan sind. Für die Rückzahlung des Kredites und der Zinsen wird dann **Herr Max Mustermann** zur Kasse gebeten, der glaubt, er wäre diese Fiktion, dieser Strohmann.

Auch die Sozialkassen arbeiten ähnlich,

die Versicherungsbeiträge sind völlig überflüssig, Rente, Krankenkasse, Arbeitslosigkeit, nichts, rein gar nichts ist nötig, grundsätzlich müssten die nur verwalten, weil sämtliche Kosten für Rente, OPs usw. usw.... aus den Kollateralen bezahlt werden.

In ihrer Gier werden z. B. die Unterhalte nach Hartz 4 pro PERSON mit rd. 14.000, - € abgebucht, wovon der Empfänger dann sein Trinkgeld von ca. 1.100, - € bekommt, der Rest wird für den „Verwaltungsaufwand“ behalten.

Gleich so sieht es bei den Renten und allem anderen aus!

Die Beiträge, die vom Lohn abgezogen oder von den freiwillig versicherten einbezahlt werden, verschwinden umgehend auf Off- Shore Konten als Schwarzgeld.

KFZ- Versicherung, Lebens- und Unfallversicherungen, überall sieht es so aus und läuft dort so, dieses Betrugssystem wird weltweit betrieben.

Und das, wo die „Gesetze“ zu den Sozialabgaben mit den - Bundes-Bereinigungsgesetzen im Art. 108, im Jahr 2010 schon gelöscht wurden.

In „Deutschland“ - Germany - ist es noch etwas anders, aufgrund der Besatzung hat jeder Deutsche Anspruch auf Unterhalt und freie Krankenversicherung durch den Besatzer. Wenn diese kriminelle Jüdisch-Vatikanische System nicht so gierig und deutsch Hassend wäre, bekäme jeder einzelne erwachsene ca. 2.300,- € Unterhalt im Monat + Zulagen für Kinder, Kranke usw.

Selbstverständlich steht diese Summe auch jedem Rentner zu.

Und die eigenen Mitbürger kollaborieren mit diesem kriminellen Abschaum.

Punkt 60. BRD erneut unter Besatzungsrecht:

Die BRD wurde 2007 auf Druck durch den EuGHfMR wieder unter volle Besatzung gestellt. Aus dem Grund wurden auch 2006, 2007 und 2010 die Bundes-Bereinigungsgesetze erlassen, mit denen der BRD und dem gesamten Schein- **Justiz- und Verwaltungswesen** sämtliche Rechtsgrundlagen (die sie nie hatten) bis rückwirkend 1956 völlig entzogen und verboten.

Von 1949 - 1990 - Verwaltung der Wirtschaftsgebiete s. Artikel 133 GG. Ab **1990** - nur noch private, kriminelle Organisationen, der BRD wurde selbst der Auftrag zur Verwaltung der Wirtschaftsgebiete mit dem 03.10.1990 völlig entzogen.

11.03.2020 - erneute Militärische Besatzung der kriminellen, Vatikanischen BRiD. 04.04.2020 - die S.H.A.E.F. - Gesetzgebung wird aktiviert.

01.05.2020 - Abschaltung des kriminellen Systems BRiD.

Historie der Rechtslagen – Anhang F.

30

19.06.2021 - Auflösung des kriminellen BRiD- Systems, die Besatzungsverwaltung ist

nach HLKO und Völkerrecht, nach 76 Jahren endgültig ausgelaufen. Eine staatliche Regierungsbildung ist kaum mehr aufzuhalten, dafür werden Russland, das schon seit 2012 dazu geheime Projekte hier betreibt und das US- Militär, das sich seit 2020 hier befindet und verstärkt

wurde, Sorge tragen.

Warum wohl wurden 2020 zu einer Militärübung 7.000

Verwaltungsbeamte mitgebracht? Wahrscheinlich wird das US- Militär unter D. Trump noch die Wahlen stattfinden lassen um dem deutschen Volk anhand offizieller Zahlen beweisen zu können, dass es niemals ordentliche, korrekte Wahlen gegeben hat, das alles nur auf Betrug basierte.

Anders kann man einem schwer indoktrinierten Volk die Wahrheit nicht beibringen.

So wie es derzeit in der Republik der Vereinigten Staaten von Amerika gerade gemacht wird. **Seit 2012** läuft die Demontage des Tiefen Staates bereits, alle Verträge waren ausgelaufen, vertraglich hätte der Deep State alles aufgeben und beenden müssen.

Ihre Gier lässt sie aber nicht zur Ruhe kommen, deshalb müssen die Verträge jetzt militärisch abgeschlossen und beendet werden.

Die Militärische Macht dieser Welt unterlag immer der UPU, (Schweiz) die zum Vatikan gehört.

2020 hat Donald Trump den symbolischen Schlüssel zur UPU und damit die Macht über das gesamte Militär auf dieser Welt übernommen.

Punkt 61. Kriegsrecht seit dem 31.07.1914.

Seit dem 31.07.1914 stehen die deutschen Völker unter Kriegsrecht.

Alles nach dem 28.10.1918 waren Besatzungen des Reiches, 1919 durch kriminellen Adel, SPD und Juden, 1933 durch die Diktatur des 3. Reiches. Das waren kriminelle Besatzungen die innerhalb des Reiches aus dem Volk hervorgegangen sind, die Besatzung ab 1945 war hochgradig kriminell.

Solange ein Staat unter Kriegsrecht steht ist es unmöglich, diesen aufzulösen um einen neuen zu gründen.

Deshalb hat man Fiktionen wie eine Decke darüber geworfen um Staatlichkeit vorzutäuschen.

Und trotzdem müssen diese Fiktionen die staatlichen Gesetze einhalten.

Auch der Staat ist nur eine Fiktion, die Bodenrechte liegen im deutschen Reich einzig und allein bei den 26 deutschen Völkern.

Der Staat darf den Grund und Boden verwalten aber nicht verhökern wie es ihm beliebt.

Punkt 62. Bundesländer - Bundeswehr - Constellis.

Nach den vorliegenden Erkenntnissen wird nun auch klar, warum die ACADEMI / Constellis AG im Juni 2017 die privaten POLIZEI- Firmen

übernommen hat.

Die privaten Mitarbeiter agieren zwar noch unter der geschützten Wortmarke - POLIZEI, - eingetragen beim Bayrischen Patentamt als Büroartikel und Schreibwarenhändler.

Die Bundeswehr untersteht komplett der NATO und ist aus dem Spiel.

Constellis ist ein Militärdienst- Anbieter und vermietet Söldner mit hoch kriminellern Potenzial.

Historie der Rechtslagen – Anhang F.

31

Punkt 63. die Wurzel allen Übels, die UNO.

Durch die UNO, ein eingetragener, privater Verein wird die Welt im Krieg gehalten. Gegründet 1942 von dem Khasaren- Juden D. Rockefeller, Bankier und Groß- Industrieller. Wie in Punkt 58 bereits beschrieben, waren die Banken 1933 weltweit bankrott, ein Überleben der Banken war nur noch unter Kriegsrecht möglich, weil unter Kriegsrecht der Staat eingefroren wird und somit keine Konkursverfahren eingeleitet werden können. Deshalb war der 2. Weltkrieg auch wichtig für die Juden- Bankster, zum Kriegsrecht gehören Kriege, die geführt werden müssen.

Alle Staaten der Welt wurden gezwungen der UNO beizutreten, wer nicht wollte, durfte am Welthandel nicht mehr teilnehmen. (Ein Todesurteil für jeden Staat.)

Der UNO- Beitritt beinhaltete auch den Beitritt zur Feindstaatenklausel gegen Deutschland und Japan, weil nur so das Kriegsrecht über Jahrzehnte hinweg aufrechterhalten werden kann, deshalb haben alle UNO- Mitglieder Deutschland und Japan den Krieg erklärt. (Auch die BRD und die DDR 1973!)

Deshalb kann die BRD/BRiD nichts mit den Deutschen zu tun haben.

Seit dem Beitritt zur UNO und der Kriegserklärung gegen Deutschland und Japan stehen alle UNO- Mitglieder unter Kriegsrecht. Unter Kriegsrecht sind die Staaten eingefroren und werden nur noch militärisch verwaltet. Alle Staaten (UNO- Mitglieder) wurden völlig handlungsunfähig.

Das Militär kann und darf die Staatsgeschäfte nicht weiterführen. Also wurden See- Handelsrechtliche Staatswesen mit einem Konkordat der röm. kath. Kirche gegründet, (Staaten auf hoher See ohne Landrechte)

die, die Staaten dann gekapert und besetzt haben.

So wurden dann aus **Staaten**, = Länder / Nationen (Seerecht) gemacht. Natürlich wurden dann auch nur noch gekaufte, kontrollierbare Politiker dort eingesetzt. Außer dem Deutschen Reich von 1871 (unter Kriegsrecht) gibt es keine Staaten auf dieser Welt mehr, alles nur durch den Vatikan und die Juden kontrollierte Länder.

Deshalb gibt es auch immer noch keine Friedensverträge mit dem Deutschen Reich von 1871 und mit Japan, sowie es Friedensverträge gibt, bricht das ganze jüdisch- kirchliche Betrugsmodell zusammen und die Banken gehen in den Konkurs.

Punkt 64. der wahre Herrscher über alle kriminellen Machenschaften. Die UNESCO, ein eingetragener Verein, der Dachverband, unter der UNESCO werden alle Länder dieser Welt, sowie die eingetragenen Vereine, die UNO, IRS, WHO, NATO, BRD, BRiD, Atlantikbrücke, Großkonzerne, Banken usw. usw. verwaltet. Alle Fäden laufen bei der UNESCO zusammen und werden dort verwaltet. Die Anführer der privaten UNESCO bestimmen die Politik auf dieser Welt.

Die nicht existenten Bundesländer haben Landesverfassungen, (Seerecht) Staatskanzleien und Ministerien, haben Konkordate mit der röm. kath. Kirche,

man könnte meinen, die spielen tatsächlich Staat.

Ein See- Handelsrechtliches Staatswesen existiert nur auf dem Meeresgrund,

deshalb Grundrecht, Grundgesetz, Menschen und Menschenrechte sind auf dem

Meeresgrund nicht bekannt oder existent, nur tote Sachen.

Historie der Rechtslagen – Anhang F.

32

Punkt 65. Freistaat Königreich Preußen.

Wer auf dem Staatsgebiet des Freistaates Königreich Preußen geboren wurde, unterliegt ohnehin nicht den Verwaltungsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland.

Preußen gehörte und gehört auch heute nicht zum BRD-Verwaltungsgebiet, deshalb sind auch die Gründungen der Bundesländer oder Teile davon null und nichtig. Wer auf preußischem Boden geboren wurde muss auch keine Abstammung nachweisen. Das Geburtsrecht allein ist ausreichend als Bestätigung.

Der deutsche Kaiser und König von Preußen wurde 1918 weggeputscht und ging nach Doorn in Holland, ins Exil.

25 der 26 Bündnisstaaten wandelten ab 1919 ihre Staaten dann in See-Handelsrechtliche Konstrukte, in private Handelsfirmen um. (Mit Ausnahme Preußen.)

Erst 1929 hat die private Firma Weimarer Republik in Selbstermächtigung, für Preußen, ohne Erlaubnis des Königs, ein Konkordat mit der kriminellen röm. kath. Kirche geschlossen. **Dieses kirchliche Konkordat war und ist null und nichtig.**

Deshalb reiste Adolf Hitler gleich nach seiner Machtübernahme 1933 auch nach Doorn in Holland und bat den Kaiser um die Rechtsnachfolge, was dieser ablehnte.

Im 1. Weltkrieg hat nicht ein Kriegsgegner deutschen Boden betreten, somit war Preußen nie besetzt, am 2. Weltkrieg war Preußen als einziger Staat auf deutschem Boden nicht einmal beteiligt, es wurde nur mit hineingezogen.

Da es sich beim Freistaat Königreich Preußen immer noch um einen souveränen Staat handelte und auch heute noch handelt, konnte Preußen auch niemals besetzt werden.

Der 2. Weltkrieg war ein reiner Handelskrieg unter See-Handelsrechtlichen Staatswesen,

ein Krieg unter privaten Firmen, da auch das 3. Reich nur ein privates Unternehmen war. Eine private Firma kann und darf keinen souveränen Staat besetzen.

Somit konnte auch der Haupt- Kriegssieger, die Firma USA, dessen Staatsgebiet sich in den usa lediglich auf das Fleckchen Washington DC (Vatikanstaat) bezieht, Preußen nicht besetzen und unter private Verwaltung stellen.

Auch die Firmen - England - Russland - Frankreich - China konnten das nicht. (Frankreich hat als Verlierer lediglich die Vertretung für China übernommen, das Japan letztendlich besiegt hatte.)

Deshalb sagte Putin auch vor gar nicht so langer Zeit, die Wiederherstellung Preußens ist überhaupt kein Problem. Preußen wurde über Jahrzehnte illegal von den Firmen BRD / DDR zwangsverwaltet.

Und sie wissen es, auch Richter, Staatsanwälte usw. sie wissen es und begehen damit vorsätzliche Kriegsverbrechen gegen die voll souveränen Bürger des Königreiches Preußen, die über ihre vollen Menschenrechte verfügen.

Der deutsche Kaiser und König von Preußen hat alle seine Rechte an die deutschen Völker zurückgegeben, insbesondere an Preußen, welches dadurch wieder im Landrecht 1794 ist.

Das ganze Theater wird bald beendet sein!

Das größte Problem dabei, sind die Völker selbst, die meisten Menschen haben gar keine Ahnung, was überhaupt vor sich geht.

Die gesamte Geschichtsschreibung wurde geändert und ist zu 90% erlogen worden.

Historie der Rechtslagen – Anhang F.

33

Die Kirche und die selbsternannten Eliten sind sowas von verkommen und verlogen, ebenso die weißen Juden, es sind Khasaren, die den jüdischen Glauben angenommen haben aber keine Semiten sind. Deshalb kann auch niemand Anti- Semitisch sein, wenn es um diese „Juden“ geht.

Gemäß Aussage von **Abdel Nasser 1952** (Ägyptischer Staatspräsident) als die Juden mit Moses Ägypten verließen waren sie schwarz, jetzt wo sie zurückkommen, sind sie weiß.

Auch der angebliche Holocaust, die Ermordung von 6 Millionen Juden, schon 1921 stand

in der New York Times, die Russen hätten 6 Millionen Juden bei ihrer Revolution gegen den russischen Zaren und den darauffolgenden Säuberungen, ermordet.

Das wären dann ja schon 12 Millionen wo es nach dem Welt- Almanach gerade mal 11,5 Millionen Juden zu der Zeit gab.

Auch in den Unterlagen des roten Kreuzes war nichts von Ermordungen zu finden, als der angebliche Holocaust durch Adolf Hitler stattgefunden haben soll.

Kriminelle Richter und Staatsanwälte ohne rechtliche Befugnisse haben aber viele Menschen in Gefängnisse gesperrt, weil sie diese Lügen anzweifelten.

Diese Systeme sind restlos verdorben!

Punkt 66. - Alles ist nur Handelsrecht!

Um es genauer zu bezeichnen, das See- Handelsrecht!

Das See- Handelsrecht hat nur auf hoher See, auf dem Fiktiven Handelsschiff der Nation, unter deren Flagge es fährt, Geltung. Diese Fiktionen (erdacht, erdichtet) die nicht real existent sind existieren nur in den Köpfen von dummen und kriminellen.

Die Grundrechte befinden sich auf dem Meeresgrund unter dem Schiff, das hört sich völlig irre an, diese Welt ist aber schon seit vielen Jahrzehnten nicht mehr normal. Und weil diese Hochsee- Schiffe auf hoher See, im rechtsfreien Raum über keine Verfassung verfügen, wird Geltendes Recht ausgeübt. (Die Macht des stärkeren.)

Das kann wunderbar nachvollzogen werden in den Rechtsauskünften wie Juris, DeJure, Buzer usw. dort steht dann - **Nicht amtliches Verzeichnis**. Natürlich kann es nicht amtlich sein, auf hoher See gibt es keine Ämter. Auf einem fiktiven Hochsee- Schiff schon gar nicht.

Deshalb wurde von den Alliierten angeordnet, dass, das UCC (See- Handelsrecht) überall auf der Welt, auch auf dem Festland angewendet werden darf.

Alliierte = Satanistischer Vatikan (1963 zum Satanismus übergetreten) und die jüdischen Bangster (Banken) die schon seit Jahrtausenden den Satanismus praktizieren.

Die Anordnung erfolgte im Vatikanstaat - Washington DC, - ein Ministaat in Amerika, der durch Betrug, Hochverrat, Mord und Erpressung die Macht in Amerika übernommen hat.

Das Problem dieser Satanisten besteht darin, alle Kriegsteilnehmer des 1. Weltkrieges stehen bis zum heutigen Tag unter permanentes Kriegsrecht. **Es gibt bis heute keine Friedensverträge!**

Das nächste Problem dieser kriminellen Vereinigung Vatikan / Zionistische Juden ist der 2. Weltkrieg, 1945 hat nur die Wehrmacht am 8 Mai kapituliert, das Deutsche Reich nicht.

Historie der Rechtslagen – Anhang F.

Das 3. Reich war zwar auch nur eine private Firma, eine Okkupationsverwaltung ohne

Hoheitliche Rechte, deshalb konnte Dönitz auch keine Kapitulation für das Reich unterschreiben, er hatte als Verwalter keine Befugnisse dazu. Das hängt aber auch mit der Neu-Gründung des 3. Reiches 1938/39 in der Antarktis zusammen, das dortige 3. Reich wurde nie besiegt.

Deshalb hat die HLKO, die 1914 aktiviert wurde, noch heute volle Gültigkeit.

1942 wurde dann die UNO von dem Juden D. Rockefeller gegründet. Jeder der am Welthandel teilnehmen wollte, musste der UNO beitreten und Deutschland und Japan gemäß Feindstaatenklausel den Krieg erklären.

Dadurch stehen alle Staaten dieser Welt, auch die, die nicht am 1. Weltkrieg teilgenommen hatten unter permanentes Kriegsrecht.

Im Kriegsrecht wird der Staat eingefroren, der Staat wird nur noch militärisch verwaltet!

Das bedeutet, alle Staaten dieser Welt werden nur noch militärisch verwaltet!!!

Die Kriegsteilnehmer am 1. Weltkrieg!

Die UNO-Mitglieder, die nicht am WK I beteiligt waren, seit ihrem Beitritt zur UNO!

In keinem Staat dieser Welt gibt es mehr zivile Beamte, zivile Gerichte, zivile Staatsanwälte, zivile Ämter oder Behörden, schon gar keine Finanzämter!

Es gibt nur Militärgerichte und Militärverwaltungen!!!

Deshalb können diese Richter- Darsteller, Staatsanwalt- Darsteller usw. auch nur im See- Handelsrecht agieren ohne das sie jemals über hoheitliche Rechte verfügen können. Auch eine POLIZEI hat keinerlei Rechte, nur, wenn es sich um die eigene, staatliche Militärpolizei handelt, was auf deutschem Boden unmöglich ist.

Das Problem dieser Beamten- und Richter- Darsteller auf deutschem Boden ist, die Gesetze des Deutschen Reiches von 1871 müssen zwingend eingehalten werden, der Krieg endete mit einem Waffenstillstand, das Reich ist immer noch souverän.

Nachzulesen in der HLKO Art. 43.

Das BGB von 1896 schließt das See- Handelsrecht ausdrücklich aus!
Somit darf das See- Handelsrecht keine Anwendung finden, die
Anwendung ist kriminell. **Siehe Pkt. 45 Anlage F. (hier)**
Aber auch weltweit wurde das See- Handelsrecht aufgehoben s. Punkte 28
- 29 - 31.

Wir haben es nur noch mit Rechtelosen kriminellen zu tun, egal wie diese
sich selbst bezeichnen, Richter / Richterin, Staatsanwalt / Staatsanwältin,
POLIZEI, Beamter / Beamtin, generell sind es nur noch kriminelle
Organisationen die der organisierten Bandenkriminalität nachgehen. -
Weltweit! -

Hier auf deutschem Boden halten diese kriminellen Organisationen das
Deutsche Reich von 1871 für die **Juden Zions und den Vatikan** besetzt und
verhindern die Bildung einer ordentlichen, staatlichen Regierung.
Das nennt man Hochverrat und Kollaboration mit dem Feind!

Punkt 67. Warum wurden die Bundes- Bereinigungsgesetze erlassen!
Bundesbereinigungsgesetz 2006 - Alle Justiz- Gesetze usw. wurden
gelöscht.

Historie der Rechtslagen – Anhang F.

35

Bundesbereinigungsgesetz 2007 - Finanz- Gesetze usw. wurden gelöscht.

Bundesbereinigungsgesetz 2010 - Alle Sozial- und sonstige Gesetze
wurden gelöscht. Zusammengefasst wurden alle Gesetze die einen Staat
ausmachen (Staats- Simulation) von

den Alliierten aufgehoben und gelöscht. - **Punkte. 21 - 23 - 25.**

W a r u m?

Dazu sollte man erst einmal wissen, wer sind die Alliierten!?
Die Alliierten sind auch nur private Firmen ohne staatliche Hoheitsrechte
unter der Führung des Vatikans und der jüdischen Banken- Mafia in
Washington DC. (Vatikanstaat.)

Als private Firma im See- Handelsrecht waren die Alliierten niemals, zu
keiner Zeit befugt, den Staat Deutsches Reich von 1871 besetzt zu halten,
deshalb mussten sie auch das

3. Reich, die Okkupationsverwaltung Adolf Hitler unter der neuen
Bezeichnung Bundesrepublik Deutschland weiterführen.

Der Grund, warum Im **Grundgesetz** die **Staatsbürgerschaft Art. 116** als deutsche Staatsbürgerschaft, die See- Handelsrechtlich Staatsbürgerschaft (Geschäftsbedingung) von Adolf Hitler 1934 in den Grenzen von 1937 festgeschrieben wurde.

Es ist nie eine Staatsbürgerschaft auf deutschem Boden gewesen, Gültigkeit hatte diese nur auf hoher See, auf dem fiktiven Hochsee- Schiff 3. Reich.

Ebenfalls konnte diese Staatsbürgerschaft niemals Gültigkeit oder auch nur Geltung erlangen, da die Grenzen von 1937 bis heute nicht erreicht werden konnten. Grenzverlauf 1937 = einschließlich der polnisch besetzten Gebiete.

Die deutschen Kollaborateure, die mit ihrer Unterschrift diese NS- „Staatsbürgerschaft“ freiwillig angenommen haben, haben ihre angeborene Staatsbürgerschaft Deutsches Reich 1871 freiwillig zum Fenster hinausgeworfen.

Aber nur so konnte man das Reich weiterhin verwalten und plündern!

Ab dem 29.09.1990 war das Grundgesetz gelöscht, damit auch die ominöse Staatsbürgerschaft des Art. 116 GG. - **S. Punkt 18**.

Es geht hier aber um die Haftung, der Vatikan und die jüdische Bankenmafia wollten natürlich weiterhin die Deutschen über Steuern, Abgaben und die Treuhandkonten plündern, ohne dafür jedoch die Haftung zu übernehmen.

Deshalb wurden am dem 17.07.1990 fast 40.000 neue, private Firmen gegründet, die nichts mit der Bundesrepublik Deutschland oder Deutschland / Germany / Bund usw. zu tun haben. **S. Punkt 14**, heute sind es fast 47.000 private Firmen, die jede einzelne für sich, persönlich und privat haftet, **hier wurden private, kriminelle Organisationen installiert, die der gewerbsmäßigen Bandenkriminalität nachgehen.**

Um das ganz deutlich klarzustellen wurden dann auch die **Gründung der Bundesländer** vom BVerfG. als nichtig ausgeurteilt. **S. Punkte 16 + 17. Die Ungültigkeit des Grundgesetzes** vom BVerfG. bestätigt. - **S. Punkt 18**.

Die Geltung des MRG 53 und Gültigkeit der HLKO vom BVerfG. bestätigt. **Punkt 19. Die Staatsbürgerschaft 1937** der Bediensteten mit Bundesgesetzblatt aufgehoben. **S. 20** Die privaten Firmen BRD / Bund / Deutschland / Germany usw. sind nur noch als Aktionär an diesen rd. 47.000 privaten, selbst und persönlich haftenden Unternehmen mit jeweils 52% Aktienmehrheit beteiligt.

Um die **Rechtswidrigkeit dieser Firmen** noch deutlicher hervorzuheben, konnten diese nicht dem Grundgesetz beitreten, sie mussten einem nicht existenten RStV. und TMG beitreten, die keinerlei Hoheitsrechte verleihen können.

Um die alleinige Haftung dieser privaten Firmen noch zu unterstreichen, wurde schon **1991 der § 795 BGB** gestrichen. **S. Punkt 15.**

Historie der Rechtslagen – Anhang F.

36

Der Staat, der alles autorisiert und legitimiert war weg!

Um das noch zu unterstreichen, wurde aufgrund des Missbrauchs der jur. Person (Betrug) die Durchgriffshaftung **§§ 105 Abs. 1, § 128 HGB / 117 BGB** in die Existenz - Vernichtungshaftung umgewandelt. - **S. Punkt 24.** Zusätzlich wurde die **Bundesrepublik Deutschland** mit Urteil vom 25.07.2012 durch das BVerfG. bis rückwirkend 1956 für nichtig erklärt. **S. Punkt 30.**

Es gab und gibt keinen Staat - Bundesrepublik Deutschland mehr.

Um die Rechtlosigkeit und die private, persönliche Haftung dieser rd. 47.000 kriminellen Organisationen nochmals hervorzuheben wurde das Urteil des **BVerfG. vom 03.11.2015** erlassen. **S. Punkt 32.** Mit dem Punkt 32 wurde die Rechtlosigkeit und die private Haftung dieser Organisationen, die sich als Gerichte / Staatsanwaltschaften / Finanzämter usw. usw... ausgeben ganz deutlich hervorgehoben.

Die Nichtigkeit aller Gesetzgebungen der BRD ist aber noch durch viele weitere Urteile, die hier zum Teil auch mit verzeichnet sind, klar hervorgehoben worden.

Es geht grundsätzlich nur um die Haftung, die Mitarbeiter der Ämter und Behörden haften für alles, für jede Kleinigkeit, da ihnen alle Rechte und Befugnisse entzogen wurden.

Hier geht es um die Haftungen bis rückwirkend 1956!!!

Weil die BRD noch niemals, zu keiner Zeit über staatliche Rechte verfügte!!!

Alles war hochgradig kriminell, die Haftung wurde nach unten verschoben! Dass es trotz des Urteils vom 25.07.2012 - **Punkt 30**, immer noch Wahlen gibt, ist hierdurch leicht zu verstehen, das ist nur noch Show für die Dummen, um ihren Glauben an den Staat Bundesrepublik Deutschland bzw. Deutschland gemäß Firmeneintrag bei der UNO aufrecht zu erhalten.

Die Wahlscheine sind generell ungültig gemacht worden, alles ist in einer Sogenannten Four Corner Rule (rechteckiges Kästchen) und gehört somit nicht zum Wahlschein. (Lochungen, geknickte Ecken, gefalteter Wahlschein usw. machen den Schein ungültig.)

Auf diesem Weg wird der Glaube aufrechterhalten, damit diese privaten Organisationen weiterhin ihrer **gewerbsmäßigen Bandenkriminalität** zum Rauben und plündern nachgehen können, damit der BUND weiterhin seinen 52% Anteil an der Beute bekommt.

Am Sonntag den 26.09.2021 wurde lediglich ein neuer Vorstand für den Verein DEUTSCHLAND gewählt.

Der Verein hat mit den Deutschen Völkern rein gar nichts zu tun, die Gesetzgebungen dieses Vereins haben auch nur für PERSONEN Geltung, werdet euch einmal klar darüber, was Personen sind, hier geht es um jur.

Personen = Namen / Bezeichnungen, eine GmbH ist

z. B. eine jur. PERSON, ein lebender Mensch kann keine PERSON sein, es sei denn, er identifiziert sich selbst damit.

Es hätten ohnehin nur die Bediensteten wählen können, die haben freiwillig den gelben Schein, die Staatsbürgerschaft 1937 angenommen.

Da es diese Staatsbürgerschaft aber seit 1990 / 2000 (**Punkte 18 + 20**) nicht mehr gibt, kann niemand mehr wählen!

Die Deutschen ohne Dienstvertrag haben die Staatsbürgerschaft Deutsches Reich 1871, die können schon mal gar nicht wählen.

Die Stimmen sind von vornherein ungültig!!!

Oder glaubt jemand, er könne z. B. als Deutscher in Holland wählen gehen?

Punkt 68. Missbrauch der jur. Person:
Historie der Rechtslagen – Anhang F.

37

Wer / was ist eine jur. PERSON?

Der PERSONALausweis gibt uns darüber Auskunft.

Name: **MUSTERMANN**

Vorname: **MAX**

Das ist die jur. Person, die euch ohne euren Wissen einfach aufgedrückt wird.

Das ist nicht euer Name, das ist eure Firma, die ihr unwissend nach § 17 HGB gründet, für die ihr dann haften müsst, weil ihr den PERSONALausweis unterschreibt.

Die Anhangs Verträge dazu werden euch unterschlagen, die bekommt ihr nicht zu sehen, die werden heimlich mit vielen anderen

Vertragsgrundlagen einfach dazugefügt.

Die Basis ist vorsätzlicher Betrug!

Nun werdet ihr aber nicht mit MUSTERMANN, MAX angeschrieben, wenn es z. B. um Steuern, Schein- Gerichtsurteile, Bußgelder usw. geht, MUSTERMANN, MAX ist durch eure Unterschrift unbegrenzt über euer Kollateral versichert!

Ihr müsstet dann einfach nur eure Versicherungsnummer eintragen, unterschreiben und die Forderung zur Zahlung freigeben.

Das machen die aber selbst, indem sie eure Unterschriften hineinkopieren.

Die Bürgermeister/innen erfinden deshalb völlig neue, illegale jur. PERSONEN durch verschiedene Namensschreibungen, für die ihr die Haftung übernehmen sollt.

Herr / Frau vor dem Namen ist eine jur. PERSON, Max Mustermann ebenso, jede Namensschreibung mit Ausnahme M u s t e r m a n n, Max gehört dazu.

M u s t e r m a n n, Max steht für lebender Mensch, ist gleichbedeutend mit der Unterschrift, an den dürfen sie keine Forderungen stellen.

Die Firma GERMANY, die vom Bund verwaltet wird, hat 1990 von der privaten Firma UNO und der privaten Firma IRS (US-Finanzamt) eine Lizenz zur Verwaltung der jur. PERSONEN also Fiktionen, nicht existenten Personen, jur. Personen = Firmen wie MUSTERMANN, MAX bekommen.

Wer den **Punkt 67** verstanden hat, bei dem müssten jetzt die Lampen angehen.

Alle Gesetze und Verordnungen haben nur für die Fiktion MAX MUSTERMANN Geltung! Alle anderen Namensschreibungen sind kriminell erschaffene Fiktionen, wobei auch der MAX MUSTERMANN eine kriminell erschaffene Fiktion ist.

Maskenpflicht, Impfpflicht, Steuern, Gerichtsurteile usw. können also nur für

MAX MUSTERMANN Geltung haben, nicht für **Max M u s t e r m a n n**. (Unterschrift) Wickelt euren PERSONALausweis in die Maske ein, lasst den PERSO impfen, lasst ihn wegsperren, nichts hat Gültigkeit für einen Deutschen!

Schaut euch den **Punkt 9** an, die BRD hat kein Staatsgebiet, nein natürlich nicht, sie agiert illegal und kriminell auf dem Boden des Deutschen Reiches von 1871.

Auch die **Punkte 10 + 11** sagen deutlich aus, wer und was ihr seid! Nichts hat irgendeine Geltung, Gültigkeit schon gar nicht für euch!!!

Auch das Grundgesetz von 1949 bis 1990 sagt im **Artikel 133** klar und deutlich aus, dass die BRD lediglich in die Verwaltung der Wirtschaftsgebiete eintritt.

Da steht nichts von Staat, Regierung, Simulationen, da steht auch nichts von der Errichtung von Ämtern und Behörden oder von Bundesländern, es waren Wirtschaftsgebiete ohne Staatshoheitliche Rechte und Befugnisse.

Historie der Rechtslagen – Anhang F.

38

Deshalb waren diese Schein- Ämter und Behörden auch niemals dazu befugt, irgendwelche

PERSONALAusweise auszustellen, jur. PERSONEN zu erschaffen.

Der gesamte jur. PERSONEN- Unsinn ist nichts weiter als ein ganz übler Betrug!

Ebenso die Staatsangehörigkeit **Art. 116 Grundgesetz**, 3. Reich Adolf Hitler, hat es nie gegeben, mit dem Tillesen Urteil von 1947 wurde die Firma 3. Reich als Rechtsnachfolger der Firma Weimarer Republik schon als rechtsungültig erklärt.

Deshalb kann die Verwaltungsfirma Bundesrepublik Deutschland auch niemals der Rechtsnachfolger der Firma 3. Reich gewesen sein!

Seit 1918 ist alles nur Firma = alles nur privat auf deutschem Staatsgebiet.

Also, alles nur kriminelle Organisationen ohne Hoheitsrechte!

Deshalb ist jedes Anschreiben, egal mit welcher Namensschreibung von irgendwelchen Ämtern / Behörden / Gerichten / Staatsanwaltschaften / Finanzämtern usw... illegal und hochgradig kriminell.

Diese Firmen sind nicht einmal auf deutschem Boden gemeldet, es sind grundsätzlich nur **private Aktiengesellschaften**, die an internationalen Börsen gehandelt werden und im

US- Bundesstaat Delaware in den **Handels- und Spekulationsregistern** eingetragen sind!

Jedes Anschreiben an die jur. PERSON, jede Forderung, jedes Urteil ist ein krimineller Akt unter aktives Kriegsrecht gegen die deutsche Zivilbevölkerung und steht unter härtester Strafe.

Es gibt auf deutschem Boden keine jur. PERSONEN, jur. PERSON = Fiktion = erdacht / erdichtet / nicht existent / frei erfunden!

BRD / DEUTSCHLAND = noch nie als Staat existent gewesen!
Zivile ÄMTER / BEHÖRDEN = unter aktives Kriegsrecht völlig unmöglich, unter aktives Kriegsrecht gibt es nur Militärische Verwaltung.

Wir haben es mit **Betrüger Banden** aus den eigenen Reihen zu tun, die sich als **Beamte** ausgeben um sich selbst zu bereichern.

Die POLIZEI ist dabei die private Söldner- Armee dieser kriminellen Organisationen, die der gewerbsmäßig organisierten Bandenkriminalität mit kriminellen Geschäftsmodellen nachgehen.

Selbst Stromversorger / Wasser Heizung / Banken / Versicherungen / Krankenkassen / Rentenkassen / Arge / Jobcenter / Städte- und Gemeinden usw. usw... alle sind an diesem Betrug über die jur. Person beteiligt.

Nichts von all dem müsste bezahlt werden, die Alliierten sind Unterhaltungspflichtig und haben diese Kosten auszugleichen.

Der **Betrug** über die jur. PERSON füllt aber ihre privaten **Schwarzgeld-Kassen**.

Punkt 69. ----- EU - Nato - UNO - Verträge

Dieser kurze Artikel gilt weltweit, es ist überall dasselbe Problem mit den „Regierungen“!

Historie der Rechtslagen – Anhang F.

39

Dazu müssen wir jetzt erst einmal für die Unwissenden aufdröseln, wer / was diese angeblichen Regierungen überhaupt sind.

Dazu verwende ich hier einmal einige außergewöhnliche Beispiele.

Der Staat:

Der Rolls Royce, unterliegt einer vom Volk gegebenen Verfassung, verfügt über staatliche Hoheitsrechte und Befugnisse, kann Gesetze erlassen gemäß dieser Verfassung.

Hat ein Staatsvolk = der Motor des Staates
und ein Staatsgebiet = festen Boden unter den Rädern.

Das See- Handelsrechtliche Staatswesen:

Die Seifenkiste, hat nur das Wesen eines Staates, alles ist rein privat, solch ein Staatswesen existiert nicht einmal real, hier handelt es sich um eine Fiktion, die nur in den Köpfen von Psychopathen existiert. (Ein erdachtes, erdichtetes Staatswesen.)

Symbolisch ist es ein Hochsee- Schiff, das weit draußen auf dem Meer, mind. 12 Seemeilen (ca. 22,5 Km) von jedem Festland entfernt, vor Anker liegt.

Der Meeresgrund unter diesem Schiff ist das sogenannte Staatsgebiet, das Gebiet, auf dem man seine Grundrechte gemäß Grundgesetz findet.

Hoheitliche Rechte und Befugnisse auf dem Festland:

Keine, nur private Geschäftsbedingungen, auf deutschen Boden nicht einmal diese, da sie lediglich den untersten Rechtskreis, das See- Handelsrecht nutzen dürfen, dieses aber im BGB von 1896 ausgeschlossen wurde, sind es nur noch kriminelle Terror- Organisationen.

Ein Staatsvolk auf dem Festland: Nicht vorhanden, auch nicht auf dem Meeresgrund. Ein Staatsgebiet auf dem Festland: Nicht vorhanden, nur ein Stück Meeresgrund auf hoher See.

Also eine Seifenkiste die nur schwimmen kann, Räder braucht sie auf dem Wasser nicht, völlig rechtelos auf dem Festland, lebt nur von der Piraterie.

Und solche Seifenkisten sind die Bundesländer wie Niedersachsen, NRW, Bayern, Sachsen usw... mit ihren rechtelosen Besatzungen, die sich als Politiker bezeichnen.

Das Flaggschiff dieser Seifenkisten sind die größeren Seifenkisten BRD / DEUTSCHLAND / BUND / GERMANY usw... wie sich diese private Firma sonst noch nennt.

Die angeblichen Ämter und Behörden sind seit 1990 nur noch heimliche Trittbrettfahrer, weil sie nur einfache Telemedienanbieter und nicht dem Meeres- Grundgesetz beigetreten sind, dürfen diese in den Seifenkisten nicht mehr mitfahren.

Sie dürfen auch die Geschäftsbedingungen („Gesetze“) der Seifenkisten- Besatzungen nicht mehr nutzen und anwenden, sie gehören seit 1990 nicht mehr zur Besatzung und sind ausgeschlossen worden.

Sie können nur noch privat und kriminell überleben, was sie auch tun!

Alle UNO - Mitglieder fahren mit ihren Seifenkisten und deren Besatzung auf den Staatsgebieten der jeweiligen Völker herum und geben den Ton an.

Dazu muss das Kriegsrecht erst verstanden werden:

Ab 1942 haben die Juden und der Vatikan, privat die UNO, gegründet und die Welt über den Welthandel in die UNO gezwungen.

Historie der Rechtslagen – Anhang F.

40

Original Da die Alliierten zu dieser Zeit bereits schon private Firmen waren, die Gründer der UNO

ebenfalls nur rein privat, kann auch die UNO nur ein rein privater Verein sein, der irgendwo auf hoher See bei irgendeinem fiktiven Staat oder fiktiven Gericht eingetragen wurde.

Die UNO ist ein rechtsungültiger, privater Verein!

Die UNO wurde auch nicht für den Welthandel oder für den Weltfrieden gegründet, die Gründung erfolgte einzig zu eigennützigen Zwecken.

Die Welt musste im Krieg gehalten werden, durch die Feindstaatenklausel gegen Deutschland und Japan haben alle UNO- Mitglieder diesen den Krieg erklärt und das Kriegsrecht ausgerufen.

1. - So konnten alle Staaten völlig unterwandert und die Regierungen ausgetauscht werden.

2. - **Die Regierungen stehen ihren Völkern von daher feindlich gegenüber**, Wahlen gibt es überall nur um den Anschein von Demokratie, Recht und Ordnung aufrecht erhalten zu können.

3. - Durch das Kriegsrecht sind die souveränen Staaten eingefroren, die Regierungen handlungsunfähig bzw. mittlerweile alle schon aufgelöst. Bei den bestehenden „Regierungen“ handelt es sich grundsätzlich nur noch um private, kriminelle Firmen Konstrukte, die nur noch Befehle von der UNESCO ausführen.

4. - **Der Hauptgrund aber ist**, die Banken waren 1933 schon restlos pleite, der damalige Präsident der Firma USA, der Jude Franklin D. Roosevelt hätte rechtstaatlich, nach seinem Eid, über alle Banken das Konkursverfahren eröffnen müssen.

Deshalb rief Roosevelt dann 1933 das Kriegsrecht aus, um den Staat einzufrieren und handlungsunfähig zu stellen.

Das Militär hat dann übernommen und verwaltet seitdem den Staat, das Militär kann und darf aber nur verwalten, staatsrechtliche Verfahren sind nicht möglich!

5. - Unter diesem weltweiten Kriegsrecht, das durch die UNO erzwungen wurde, gibt es keinen Rechtsstaat auf dieser Welt mehr, der das Konkursverfahren gegen die Banken eröffnen könnte.
Mit Ausnahme des Deutschen Reiches, deshalb werden hier mehr als 5 Millionen Kollaborateure gut bezahlt, um das Reich für die Juden und den Vatikan besetzt und handlungsunfähig zu halten.

6. - Das ist auch der Grund für die - **Strohmann** - Scheingeschäfte, da es unter militärischer Verwaltung keine Ämter und Behörden gibt, nur privat, im Seerecht handelnde Unternehmen, die bei der Firma US- Staat Delaware eingetragen sind und keiner Verfassung unterliegen, können und dürfen diese nicht auf die Substanz (Menschen) zugreifen.
Alle Handlungen sind völlig rechtelos und kriminell, der Zugriff auf die Menschen erfolgt über den Betrug mit dem Strohmann, die jur. PERSON.

Wir haben es hier weltweit mit Plünderungen der Menschheit durch die Juden und den Vatikan zu tun.

EU - Nato - UNO - UNESCO - WHO - usw. usw...

Alles Gründungen von rechtelosen Vereinen durch rechtelose Vereine!!!

Potsdamer Verträge - Lissabon-Vertrag (Flüchtlinge) - Versailler Vertrag usw....

Alles private In-Sich- Verträge, Verträge die von den Juden und dem Vatikan mit sich selbst (bzw. ihren gekauften Mitarbeitern) abgeschlossen wurden.

Historie der Rechtslagen – Anhang F.

41

Keine Institution und kein Vertrag haben für die Bevölkerungen weltweit irgendeine rechtliche Gültigkeit!

Punkt 70. Impfzwang, Corona Test, Pandemie usw...

Wer sich die vorangegangenen Punkte einmal durchliest und darüber nachdenkt, sollte sich als erstes die Frage stellen, wer kann oder könnte uns überhaupt etwas nehmen oder Vorschreiben?

Meine Antwort, **niemand!!!**

Wir können das hier alles auf die ganze Welt beziehen, überall läuft der gleiche Betrug!

Nur bei den Preußen liegt die Rechtslage deutlich höher!

Bevor das aber alles richtig verstanden werden kann, muss man erst den ganzen Sumpf der Betrügereien durch die Juden und den Vatikan durchleuchten und verstehen.

Deshalb müssen wir hier sehr weit vorn anfangen.

1. **Bundesrepublik Deutschland 1949 - 1990.**

Gemäß Grundgesetz Art. 133 ist die BRD lediglich in die Verwaltung der Wirtschaftsgebiete eingetreten.

Also kein Staat, keine Beamten, keine Bundesländer, keine Regierung und keine Politiker.

2. Gemäß HLKO Art. 43 muss bei einer Besetzung deutsches Reichsrecht angewendet werden.

Das Problem war immer, als private Firma ohne staatliche Rechtsgrundlagen durften sie keine staatlichen Gesetze anwenden.

Auch die Alliierten selbst, durften kein Staatsrecht anwenden.

Tatsächlich durften sie nicht einmal deutschen Boden besetzen, dazu fehlte die Völkerrechtliche Legitimation.

3. **Ab 1990 war die illegale Besetzung beendet, die Verwaltung BRD wurde aufgelöst.**

Alles was seit 1990 (03.10.1990) hier noch Amt oder Staat spielt ist komplett illegal und hochgradig kriminell.

Der BUND ist nichts weiter als eine Firmenverwaltung in Berlin Mitte, unter anderem wird dort die 1990 neugegründeten Firmen Bundesrepublik Deutschland und GERMANY verwaltet. Der BUND ist die private Holding, ohne irgendwelche Rechte und Befugnisse. Eingetragen bei der UNO als **NGO** (engl.) = **Nicht-Regierungs-Organisation**.

Ebenso die BRD, nur die private Firma - GERMANY - hat von der UNO und der

IRS = US-Finanzamt eine Lizenz zur Verwaltung der jur. PERSONEN in Deutschland bekommen.

4. Deutschland gibt es im Übrigen gar nicht, das Deutsche Reich wurde 1947 von diesem privaten Firmen- Konsortium, das sich als die Alliierten bezeichnete so benannt.

Um den großen Betrug an den deutschen Völkern durchziehen zu können, musste das Land umbenannt werden, - Deutsches Reich - hätte zu viele Fragen aufgeworfen, unter der legitimen Bezeichnung hätte der Betrug nicht funktioniert.

42

5. Also, niemand verfügt über irgendwelche Legitimationen auf deutschem Boden, kein BUND, keine BRD, kein GERMANY, kein DEUTSCHLAND, alles sind private Firmen, die zur Täuschung gegründet wurden.

Somit kann es auch keinen Staat geben und keine Bundesländer!

6. Was sind denn nun **jur. PERSONEN**, die von der privaten Firma GERMANY auf deutschem Boden verwaltet werden dürfen? - S. hier unter Pkt. 3.

Das sind Namen, nur Namen in Groß- Buchstaben, sogenannte Strohmänner. (Firmen) Zum Beispiel ist eine GMBH so eine jur. PERSON,

MUSTERMANN, MAX ist so eine jur. PERSON, weil ihm mit dem erzwungenen Antrag zum PERSONALausweis nach § 17 HGB eine Firma untergejubelt wurde, für die

M u s t e r m a n n, Max durch seine erzwungene Unterschrift die Haftung auferlegt wurde. Es geht um die Plünderung der Kollaterale der Deutschen.

Klartext, - GERMANY - darf nur diese kriminell erzwungenen Firmen verwalten!!! PERSON - kommt von PERSONA = Maske, eine Person ist immer juristisch, eine fiktive (erdichtete, erfundene, erdachte) PERSON, die es nicht wirklich gibt.

7. Diese PERSONEN werden auf dem Standesamt erzeugt, mit der Geburtsurkunde. Auch wenn es sich jetzt völlig geisteskrank anhört, in die Geburtsurkunde wird die tote Nachgeburt eingetragen, die Eltern unterschreiben dafür.

Der lebende Mensch, von dem die Vorlage der Geburtsurkunde für den PERSONALausweis verlangt wird, übernimmt dann die Haftung für die Nachgeburt.

Dazu werden dem PERSONALausweis dann heimlich noch ca. 30 Seiten Anhangs Verträge mit beigefügt, von denen niemand weiß, wozu er sich noch vertraglich verpflichtet hat. Diese Geburtsurkunden / Nachgeburten werden durch die Firma - **GERMANY** - verwaltet und der Inhaber des PERSONALausweises haftet dafür!

Noch übler kann ein Betrug nicht sein!

8. **Das Problem für** - GERMANY - dabei ist, Germany kann nur im See-Handelsrecht agieren, durch das **BGB 1896** und das **HGB 1897** ist die Anwendung des See- Handelsrechts aber ausgeschlossen und staatliche Rechte dürfen von privaten Firmen nicht genutzt werden! (HLKO Art. 43)

Somit gibt es auch diese jur. PERSONEN auf deutschen Boden nicht, hat es auch nicht in der Zeit von 1949-1990 gegeben.

9. Das nächste Problem ist, die jur. PERSON gibt es nach eigenen Urteilen nicht. **A.- 1983 BVerfG. 2 BvR 315 / 83** und BGH-Urteil

Es ist **verboten** den **Menschen** als **Objekt** / **jur. Person** zu behandeln.

B.- 1987 BVerfG. 77, 137:

Das deutsche Volk ist seit dem **16.04.1871** **Träger des Selbstbestimmungsrechts.**

C.- 1. Januar 2000 Die Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit vom 5. Februar 1934 (Reichsgesetzbl. I S. 85, verk. am **06.02.1934**) unter § 1 unter (1 und 2) gab es nur noch eine deutsche Staatsangehörigkeit (Reichsangehörigkeit). Durch Bundesgesetzblatt Jahrgang 1999 Teil I Nr. 38, ausgegeben zu Bonn am 23. Juli 1999 wird diese Verordnung (5) **außer Kraft gesetzt** und tritt am 1. Januar 2000 in Kraft.

Historie der Rechtslagen – Anhang F.

43

Auch die angebliche Einheits- Staatsangehörigkeit von 1934 musste aufgehoben

werden, weil die Reichsangehörigkeit seit 1990 wieder voll in Kraft gesetzt wurde.

Seit dem ist die **Romanus Pontifex** offiziell aufgelöst, über Ritus Mandamus und Ritus Probatum; öffentlicher Eintrag Nr. 983210-331235-01004.

Hiermit ist alle Rechtsprechung des römischen Reiches auf der Erde null und nichtig.

Alle Cestui Vie – Trusts sind seit dem 15 August 2011 über den Titus Probatum Regnum und Ritus Mandamus aufgelöst.

(Öffentlicher Eintrag Nr. 983210-341748-240014)

Dies beinhaltet die Auflösung des Trusts und Amtes bekannt als Aeterni Regis, und als die „Ewige Krone“ oder „die Krone nebst all ihrer Ablegern, die Beendigung aller Sied- lungsurkunden (settlement certificates), Geburtsurkunden, Sterbeurkunden, der Bonds und Ansprüche (claims) einschließlich der Autoritäten der Bank for International Settlements (BIS = Zentralbank der Zentralbanken.)

Alle Länder / Bundesländer / Bundesstaaten existieren ausschließlich nur unter einem Konkordat mit der röm. kath. Kirche, als See- Handelsrechtliche Staatswesen und sind dem Internationalen UCC (Uniform Commercial Code) sowie dem Kanonischen Recht unterworfen. Es gibt die jur. PERSON nicht mehr!

Auch der Papst hat die jur. PERSON abgeschafft und verboten!

E.- Offiziell wurde dann der Vatikan mit Datum vom 25.12.2012 zwangsgepfändet.

Der OPPT Act – Bekanntgabe am 25.12.2012

Deklaration of Facts:

Alle Staatsdiener handeln seit der UCC-Einreichung „**Declaration of Facts**“

(UCC Doc # 2012127914) vom 28. November 2012 durch OPPT auf eigene Verantwortung und haften persönlich für ihre Handlungen.

Sie haben seitdem nicht mehr die Sicherheit ihrer zwangsvollstreckten Firmen im Rücken. Alle Regierungschartas sind annulliert:

Siehe: **ERKLÄRUNG DER FAKTEN** (DECLARATION OF FACTS):

UCC-DOC # 2012127914 vom **28. November 2012**.

„...Das jegliche und alle CHARTAS, einschließlich der United States Federal Government, **UNITED STATES**, „**State of.**“, inklusive jeglicher und aller Abkürzungen, idem sonans oder andere rechtliche, finanzielle oder administrative

Formen, jegliche und alle internationale Äquivalente, einschließlich jeglicher und aller ÄMTER und ÖFFENTLICHER DIENSTSTELLEN , BEAMTEN und ÖFFENTLICHER BEDIENSTETEN, VERWALTUNGS AKTE und VOLLZUGSBEDIENSTETE, VERTRÄGE, VERFASSUNGEN und

SATZUNGEN, MITGLIEDSCHAFTEN, VERORDNUNGEN und jegliche und alle sonstige Verträge sowie Vereinbarungen, die damit und darunter getroffen worden sind, jetzt nichtig, wertlos, oder anderweitig annulliert sind, unwiderlegt;...“

Bankchartas annulliert:

(siehe: TRUE BILL: WA DC UCC-DOC # 2012114776 vom **24. Oktober 2012**)

„Erklärt und unwiderruflich gelöscht; jegliche und alle Chartas der Mitglieder der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), aller Mitglieder und Nutznießer, einschließlich aller Begünstigter, einschließlich jeglicher Körperschaften, die private Geldsysteme besitzen, betreiben, unterstützen, begünstigen und die sich Rechnungstellung,

D.- Auflösung des römischen Rechts:

21 Juni 2011

44

Historie der Rechtslagen – Anhang F.

Geldeintreibung, Vollstreckungsmaßnahmen bedienen, um SKLAVENSYSTEME zu

unterhalten... die rechtmäßigen Werte mithilfe unrechtmäßiger Befugnis beschlagnahmen...“

Das hier sind die offiziellen Fakten, warum es diese jur. PERSONEN nicht mehr geben kann, tatsächlich hat es die noch nie seit 1871 auf deutschen Boden gegeben.

10. **Der BUND** weiß das alles, die **Inhaber der Scheinbehörden** ebenfalls, nur die ausführenden wissen dies nicht.

Außer Richter / Staatsanwälte / Finanzbeamte, die wissen über alles Bescheid.

Deshalb hat auch dieser Firmen, die sich als Ämter und Behörden bezeichnen irgendetwas mit dem BUND / DEUTSCHLAND / BRD / GERMANY usw. zu tun, es sind alles separate, einzelne, private Firmen nach einem nicht existenten Rundfunk- Staatsvertrag.

Sie haben null Rechte und Befugnisse.

Sie machen in ihrer Dummheit aber weiter wie bisher und haften für jede einzelne Straftat die von ihnen begangen wird.

Wer will euch irgendwelche Grundrechte entziehen???

Ihr habt nicht einmal Grundrechte, ihr habt Menschenrechte! - S. 9-A
Was interessieren euch die Grundrechte eurer Nachgeburt.

Alles bezieht sich nur noch auf diese jur. PERSONEN, diese erdichteten, erdachten PERSONEN, die nicht einmal existent sind.

Niemand von denen, nicht ein einziger verfügt über irgendwelche Rechte oder Befugnisse, euch irgendetwas zu verbieten, euch irgendetwas zu entziehen, diese dummen Menschen die das tun, haften grundsätzlich privat und persönlich!

Deshalb erlässt der BUND auch nur die „Gesetze“, übergibt die an die Bundesländer und überlässt diesen die Entscheidung, ob diese umgesetzt und angewendet werden sollen. **Somit ist der BUND grundsätzlich von der Haftung befreit.**

Seit 1990 dürfen nicht einmal mehr PERSONALausweise ausgestellt werden, auch keine Geburtsurkunden, nichts, gar nichts, keine Verwaltungsakte wie OWiG oder Steuerbescheide, das Gesindel macht aber einfach weiter und haftet privat.

Es ist nur noch eine organisierte Bandenkriminalität, die dem gewerbsmäßigen Betrug nachgeht.

Wenn die Deutschen das endlich begreifen ist der Spuk ganz schnell vorbei!!! Nur leider halten sich die Dümmersten selbst für PERSONEN.

Historie der Rechtslagen – Anhang F.

45

Wenn Staatsanwälte in Süd- Deutschland das Wissen, (s. Kopie) dann ist es gelogen wenn Richter und Staatsanwälte auf preußischem Boden behaupten, sie wüssten es nicht. **Sie begehen vorsätzliche Kriegsverbrechen** gegen Menschen, die für sie nicht einmal judizierbar sind, sofern sie überhaupt über diese Rechte verfügen würden.
S. Punkte 10 + 11.

Grundsätzlich sind alles nur Fiktionen,

Staat, Länder, Gesetze, Verordnungen, Beamte, Richter usw. alles ist nur durch Menschen erdacht, erdichtet, (Fiktion) **S. Punkt 56**, die röm. kath. Kirche hat sich ihre Vertretung Gottes auf Erden erdichtet, ihr Kanonisches Recht, Könige und Fürsten haben sich ihre Rechte erdichtet, Politiker, Richter, Beamte, Gesetze, Verordnungen, alles wurde erdacht, erdichtet, durch Betrug werden angebliche Verträge mit den Menschen

behauptet, unter Gewaltandrohung werden den Menschen Ausweise aufgezwungen, für den man dann



Staatsanwaltschaft [REDACTED]

Staatsanwaltschaft [REDACTED]

Herr und Firma [REDACTED]

Herr Staatsanwalt [REDACTED]
Telefon [REDACTED]
Telefax [REDACTED]

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom [REDACTED]

Bitte bei Antwort angeben
Akten - / Geschäftszeichen
[REDACTED]

cb
Datum
28.05.2019

Ermittlungsverfahren gegen Sie
wegen Voronthaltens/Veruntreuens von Steuern Finanzamt/
ARD/ZDF Rundfunkbeiträgen/ IHK u. Handwerkskammern/ BG-Bau

Sehr geehrter Herr [REDACTED]

in dem oben genannten Verfahren habe ich mit Verfügung vom 28.05.2019 folgende Entscheidung getroffen:

Das Verfahren wird nach § 153a Abs. 1 StPO endgültig eingestellt.
Dieser Beschluss ist nicht mehr anfechtbar.

Durch Ihren Rechtsanwalt Prof. Dr. Dr. [REDACTED] haben Sie die Preußische Abstammung nachweisen können. Sie sind ab sofort von der Gesetzgebung der Bundesrepublik Deutschland befreit. Für Sie gilt
[REDACTED] An der Beteiligung der Kfz Steuer sind Sie jedoch gebunden.

Das Bundeswahlgesetz ist rückwirkend seit 1956 ungültig und nichtig. Es gab weder eine gültige Bundestagswahl noch eine legitimierte Bundesregierung und damit keinen legitimierten Gesetzgeber. Damit ist der Bundestag seit 1956 zu keiner Zeit gemäß der Vorgabe des Art. 38 GG zusammengesetzt gewesen, was zu Folge hat, dass alle Rechtsgeschäfte nach § 125 BGB rückwirkend der Bundesrepublik Deutschland nichtig sind. Jede dynamische Rechtsfolgenverweisung auf ein nichtiges Gesetz geht zwangsläufig ins Leere, da die in Bezug genommene Vorschrift keine Rechtsfolgen mehr auslösen kann.

Mit freundlichen Grüßen

gez. [REDACTED]
Staatsanwalt

Dieses Schreiben wurde elektronisch erstellt und enthält deshalb keine Unterschrift, wofür um Verständnis gebeten wird.

Hausanschrift [REDACTED]
[REDACTED]

Hallestelle [REDACTED]
[REDACTED]
Behindertenparkplatz
Nach Anmeldung beim Pförtner

Geschäftszeiten
Mo-Fr 08.00 Uhr - 12.00
Uhr und nach Vereinbarung

Kommunikation
Telefon: [REDACTED]
Telefax: [REDACTED]
[REDACTED] bayern.de

Die E-Mail-Adresse eröffnet keinen Zugang für formbedürftige Erklärungen in Rechtsachen

Historie der Rechtslagen – Anhang F.

46

unterschreiben muss, heimlich werden dann Zusatzverträge hinzugefügt, die nicht bekannt

gemacht werden, alles ist abgrundtief kriminell.

Und der übelste Abschaum der Menschheit spielt dieses Spiel für einen gutbezahlten, sicheren Job und einige Privilegien mit.

Den dümmsten der Dummen wird erzählt, die Deutschen wären staatenlos, mit denen könne man machen was man will, da wird es zu keinen Repressalien kommen.

Sie selbst sind die Staatenlosen aus eigener Dummheit! **S. Punkt 20.**

Wenn wir schon auf diese Fiktionen eingehen, dann doch richtig, alle Deutschen sind Staatsbürger ihrer Bundesstaaten im deutschen Reich von 1871.

Diese verdimpten Beamten haben ihre Staatsbürgerschaft freiwillig für ihren Job abgegeben und eine fiktive Staatsbürgerschaft 1937 angenommen.

Das 3. Reich 1937 war nie ein Staat, ein Staatswesen auf hoher See, mehr nicht.

Wer eine dieser privaten Firmen sucht, hier der Link, wer alles zur Kommunal Verwaltungsindustrie Washington DC gehört.

Fast die ganze Welt wird von dieser privaten Firmengruppe aus Vatikan, jüd. Bankenmafia und Welt Judentum / Israel kontrolliert.

<https://www.dnb.com/business-directory/industry-analysis.government.html>

Nach Beendigung der Prüfungen und Auszählungen des Wahlbetruges in Amerika sowie der Aufwach- Phase weltweit durch die Corona- **Plandemie** werden die Rattennester weltweit ausgehoben und ausgeräuchert.

Seit 2012 läuft der Plan zur weltweiten Befreiung der Menschheit von den Verrätern, Kollaborateuren und Plünderern.

Die Amerikaner haben ihr Tribunal auf Kuba, Guantanamo, die deutschen Tribunale sollen wieder in Nürnberg errichtet werden, Vorbereitungen sind schon vorhanden.

Berlin ist bereits erledigt!

Alles was hier noch läuft dient der Aufwachphase durch Schein-Staatsterror.

Die Verräter und Plünderer aus den eigenen Reihen dürfen nur noch darauf hoffen, vor ein Tribunal zu kommen, ist das Volk erst einmal wach und begreift was hier läuft, wird das kommen, was Irlmayer und

Nostradamus vorausgesagt haben, Man wird sie aufhängen, wo man sie gerade ergreift.

Nach der Befreiung von den Kollaborateuren kann die neu eingesetzte Reichsregierung der UNO die Anweisung erteilen, die Feindstaatenklausel zu streichen.

Dann kann weltweiter Frieden Einkehr halten! – Auch dafür sind die verantwortlich!

Auch das kann nur das Deutsche Reich anordnen, der einzige voll souveräne Staat dieser Welt.

Die Menschenrechte:

Punkte 10 – 11 – 26 (Namensschreibung) 27 – 28 – 29 – 32 – 45 (UCC)

Das UCC ist der niedrigste Rechtskreis und hat nur für die hohe See Geltung. Es ist reines See- Handels- Vertragsrecht.

Im Vertragsrecht müssen immer alle Vertragsklauseln offengelegt werden, verdeckte Klauseln machen jeden Vertrag ungültig.

Historie der Rechtslagen – Anhang F.

47

Das bedeutet, - wird jemand irgendwo vorgeladen, versucht man ihn in einen Vertrag

hineinzuziehen, man hat es mit Berufsbetrügnern zu tun, die lediglich nur Liquidität also Bargeld erpressen wollen.

Es geht niemals um **Form** (rechtliche Interessen) nur um **Substanz**, Geld. Die Betrüger Banden schrecken vor nichts zurück, Bedrohung, weiße Folter, kriminelle

Inhaftierung, alles nur um an das Bargeld zu kommen.

Hierzu kann jedem nur geraten werden, Strafanzeige beim Militär und EU- Gerichten zu erstatten, auch in ihrem eigenen System, beim General-Staatsanwalt.

Im System wird nicht viel passieren, zumindest nichts Erfreuliches, man muss mit Repressalien rechnen, die schrecken vor nichts zurück.

Zumindest ist aber das Verbrechen auch auf dem eigenen Spielplatz und die Nicht- Einhaltung der eigenen Spielregeln registriert.

Nach den vorliegenden 69 Punkten haben wir es hier tatsächlich nur noch mit Organisierter Bandenkriminalität zu tun.

Ihre eigenen Spielregeln verbieten ihnen jegliches Handeln, jeder macht was er will, man kann wirklich nur noch von Willkür, Terrorismus und Anarchie reden.

Die Quittung dafür kommt immer schneller, immer näher!

Nichts unterliegt einer Verjährung, die Haftung beträgt 100 Jahre, selbst ihre ur, ur-enkel werden für ihre kriminellen Machenschaften noch haften müssen.

Deshalb kann jedem nur geraten werden, nehmt eure Peiniger in die private Haftung, neue

Vorlagen dafür stelle ich ins Netz.

Dabei sollte man auch nicht schüchtern sein, hier geht es um Treuhandbetrug, euch werden zig Millionen vom Treuhandkonto gestohlen von kriminellen Mitbürgern, die sich hier einen ehrbaren Anschein geben, tatsächlich aber einen verdeckten Krieg gegen euch führen.

Mit hoher Wahrscheinlichkeit werden die Haftungsmaßnahmen noch vor Jahresablauf in Amerika eingeklagt werden können.

Alle Unternehmen sind im US- Bundesstaat Delaware – **DE** – angemeldet und registriert, deshalb ist auch die amerikanische Justiz dafür zuständig.

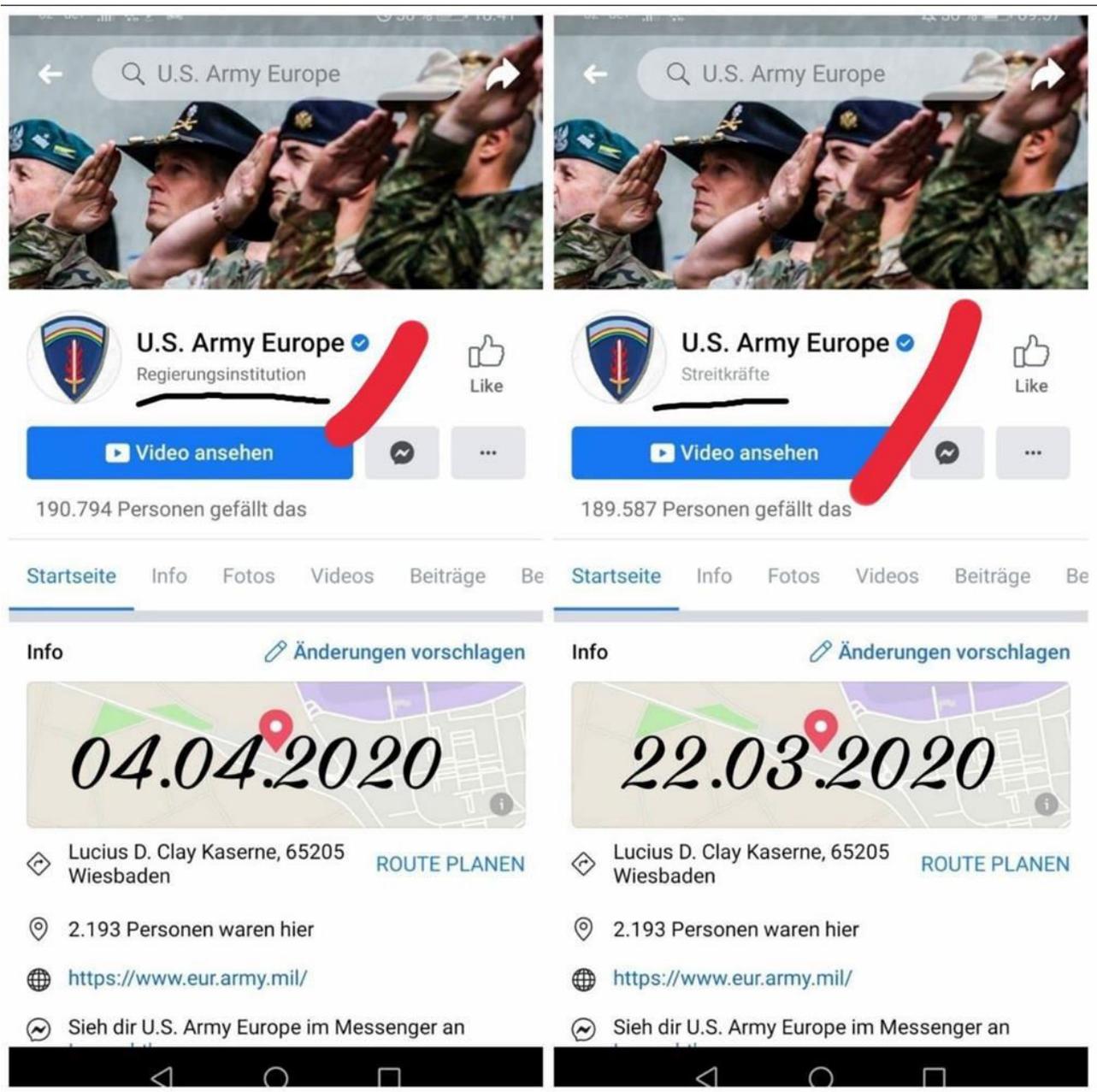
Sowie hier das Staatsrecht wieder hergestellt worden ist, sind die Gerichte des Reiches oder der Bundesstaaten zuständig.

Als Deutsche habt ihr alle Rechte auf das deutsche BGB und HGB zuzugreifen, die kriminellen dürfen nicht einmal das UCC - See-Handelsrecht nutzen, sie haben gar keine Rechte.

Historie der Rechtslagen – Anhang F.

48

Sie sind da und sie räumen auf!



Historie der Rechtslagen – Anhang F.

es

S.H.A.E.F. in der BRD

- Adressen des U.S. Army Criminal Investigation Command (CID)



es in-

per-

von

eren

kelt

tal.

ows

nen

er-

U-

w,

b

n

JB [Mecklenburg] - Aufgrund vielfacher Anfrage stellen wir die Adressen der US-Militärs ein, die für die Deutschen und Personalausweisträger die Exekutive darstellen. Hinweis: Die zuständigen Stellen sind z.Zt. hauptsächlich auf die Bearbeitung von öffentlichen Delikten ausgerichtet. Z. B. Polizeivergehen, Staatsanwaltschaft, Politiker, Pädophile Netzwerke, Behinderung der politischen Meinungsäußerung, Korruption usw.. Privatrechtliche Differenzen mit dem Finanzamt gehören nicht dazu. Wir empfehlen einen korrekten Schriftwechsel mit dem Finanzamt. Die eindeutige Beweisführung Ihres Schriftwechsels wird zu einem späteren Zeitpunkt, die strafrechtliche Würdigung sichern.

Die meisten BRD-Polizisten haben keine Ahnung, daß sie im „Dienst“ privatrechtlich voll haften, da es keine Staatshaftung mehr gibt. das wird den Einsatzkräften verschwiegen.

Germany

5th Military Police Battalion (CID)

Military Address:

HHD, 5th MP Bn (CID)

5th MP Bn (CID)

Unit 23119

APO AE 09054-3119

Civilian Address:

Amerikanische Kriminalpolizei

Mannheimer Str., Geb. 3212

Kleber Kaserne

67657 Kaiserslautern

or

Amerikanische Kriminalpolizei

Postfach 1507

67604 Kaiserslautern

DSN: 314-523-3002/3

Commercial: 0611-143-523-3002/3003

Calling from the U.S.: 01149-611-143-

3002/3003

Email: usarmy.rheinland-pfalz.3-mp-gp-

list.5mp-bn-cid@mail.mil

Historie der Rechtslagen – Anhang F.

50

Dieses Urteil wundert auch nicht allzu sehr,

Staatshaftung seit 19.10.1982 weg, - s. Pkt. 8

§ 795 BGB seit 1. Jan. 1991 weg - s. Pkt. 15

Grundgesetz weg, - s. Pkt. 18

Militärgesetz immer noch gültig, s. Pkt. 19

Staatsangehörigkeit weg, nur noch staatenlose „Beamte“, s. Pkt. 20

100%ige private Haftung s. Pkt. 24 / 32

Auflösung des röm. Rechts, einschl. der Konkordate, s. Pkt. 28

Auflösung aller Rechtsgrundlagen durch OPPT- Zwangspfändung s. Pkt.

29 Auflösung der BRD bis rückwirkend 1956, s. Pkt. 30

Alle Immunitäten aufgehoben, weg, s. Pkt. 31

Völlige Handlungsunfähigkeit s. Pkt. 32

Dienstausweise s. Pkte 49 + 54

BRD seit 2007 erneut unter Besatzungsrecht s. Pkt. 60

„Deutschland“ (Germany) immer noch unter Kriegsrecht s. Pkt. 61

Freistaat Königreich Preußen s. Pkt. 65

Die wichtigsten 16 Punkte, die alle kriminellen Machenschaften beweisen!

Der Internationale Strafgerichtshof hat bestätigt.....

Das Urteil aus dem ISTGH (Internationaler Strafgerichtshof) Den Haag vom 03.02.2012 bestätigt die Zuständigkeit des Deutschen Reichs und nicht die Zuständigkeit der "Bundesrepublik Deutschland" mit ihrer Finanzagentur GmbH, (HRB 51411), wobei die vermeintlichen "BRD-Ämter", Behörden, Dienststellen, "Gerichte" und Verwaltungen u.a . bei dnb.com mit eigenen Umsatzsteurnummern gelistet sind.

Urteil des BverfGE vom 25.07.2012 (-2 BvF 3/11 -2 BvR 2670/11 -2 BvE 9/11):

Nach Offenkundigkeit dürfen Gesetze von nicht staatlichen BRD-GmbH Ausnahme- und Sondergerichten (vgl. § 15 GVG) die auf altem Nazigesetz fußen und somit gegen das gültige Besatzungsrecht, gegen die Völker- und Menschenrechte verstoßen, überhaupt keine legitime Anwendung finden.

Durch Verfassungswidrigkeit des Wahlgesetzes ist seit 1956 kein verfassungsgebender Gesetzgeber am Werk. Damit sind alle BRD Forderungen eine private Forderung. Verstehen Sie das bitte! Alle BRD-Forderungen (Steuern jeglicher Art, GEZ-Gebühren usw. usf. sind private Forderungen, haben also keinerlei hoheitsrechtliche Rechtsgrundlage und müssen demnach auch nicht bezahlt werden.

Historie der Rechtslagen – Anhang F.

51

Die BRD GMBH auch genannt BUND wurde infolge Insolvenz durch den Gläubiger am 28.11.2017 vermarktet und verkauft. Damit wurde auch die Praxis der Entschuldung über bankbestätigte Quittungen beendet und in eine neue Phase übergeleitet. Erst Ende 2018 wurde eine neue Firma mit gleicher Bezeichnung gegründet.



Firmenprofile, amtliche Handelsregisterauszüge & Bonitätsauskünfte



Willkommen bei kompany

LOGIN

Neuer Kunde? JETZT ANMELDEN

Firmenname Neue Suche

Mein Bücherregal

IHR WARENKORB

Letzte Aktualisierung: 2013-12-15

DEUTSCHER BUNDESTAG/BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

FOLGEN

Übersicht [Berichte](#) [Unternehmensprofil](#)

Übersicht

FIRMENSTATUS

REGISTERED

REGISTER-NR.

0833.759.342

PROTOKOLLIERTER SITZ

Berlin

Belgien

[map](#)

KURZBESCHREIBUNG

Deutscher Bundestag/Bundesrepublik Deutschland ist eine in Belgien registrierte Firma mit der Register-Nr. 0833.759.342. Ihr derzeitiger Status ist "registered". Die Firma kann schriftlich über Berlin, Belgien erreicht werden. [Beschreibung personalisieren](#)

Hilfe?



UPIK® Datensatz - L

L	Name	Bundesrepublik Deutschland
W	Nicht eingetragene Bezeichnung oder Unternehmensteil	Deutscher Bundestag
L	D-U-N-S® Nummer	341611478
L	Geschäftssitz	Hannoversche Str. 28 --30
L	Postleitzahl	11011
L	Postalische Stadt	Berlin
	Land	Germany
W	Länder-Code	276
	Postfachnummer	
	Postfach Stadt	
L	Telefon Nummer	0302270
W	Fax Nummer	03022736979
W	Name Hauptverantwortlicher	Frank-Walter Steinmeier
W	Tätigkeit (SIC)	9611

Historie der Rechtslagen – Anhang F.

52

Diese Neugründung wurde dann nach dem Militärischen Einmarsch der US- Truppen am 11.03.2020 unter dem Deckmantel einer Militärübung - Defender 2020 - Einmarsch von insgesamt ca. 400.000 Mann (heute sind es noch 250.000 Mann auf deutschem Boden) mit dem 1. Mai 2020 abgeschaltet und liquidiert.

Service Nachricht Hongkong: Aufgrund von Wartungsarbeiten im Register wird der Abruf von Dokumenten in der Zeit 12.06.2021, 23:00 CEST Uhr - 13.06.2021, 17:00 CEST Uhr nicht möglich sein. *** Service Nachricht Irland: Aufgrund von Wartungsarbeiten ist der Abruf von Dokumenten aus Irland momentan nicht möglich. ***



Kontakt Login / Anmelden DE / €

LIVE SUCHE

KYC API

STARTSEITE

LÖSUNGEN

ABOUT

NEWS

€ 0.00

Zur Kasse gehen

Firmenprofil

DEUTSCHER BUNDESTAG/BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND - PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011, BERLIN, BELGIEN

FIRMENBUCHNUMMER
0833.759.342

FIRMENSTATUS
GELÖSCHT

PROTOKOLLIERTER SITZ
Platz der Republik 1
11011
BERLIN



Haben Sie gewusst? kompany stellt Ihnen **amtliche & offizielle Dokumente** zu Deutscher Bundestag/Bundesrepublik Deutschland aus Handelsregister und Firmenbuch im Original zur Verfügung. Das garantieren wir.

Handelsregisterdetails

Prüfen Sie die offiziellen Registrierungsdetails.

€7,14

Beispiel Bericht

In den Warenkorb

kompany bezieht diese Daten über die lokalen Handelsregister über das European Business Register (Vertragspartner). Der eingehobene Preis beinhaltet die Auskunftskosten, eine Servicegebühr und die gesetzliche MwSt.

Die Bundesrepublik Deutschland und der Deutsche Bundestag existieren nicht mehr!

Damit sind auch die gesamte Gesetzgebung, das Grundgesetz und alles Weitere nicht mehr existent oder anwendbar.

Die Bundes- Gesetzgebung hatte ohnehin nur Geltung für die kriminellen Organisationen, die dem Grundgesetz beigetreten waren.

Die nicht existenten, kriminellen Bundesländer mit ihren kriminellen Ämtern- und Behörden hatten ohnehin niemals das Recht, auf Bundes-Gesetze zuzugreifen oder diese anzuwenden, da diese nur einem nicht existenten RStV. und dem TMG beigetreten sind. - **S. Pkt. 30**

Bundesrepublik Deutschland



Straße :	Platz der Republik 84	seit ca. Herbst 2013 > Adenauerallee 139-140
Ort :	10557 Berlin	seit ca. Herbst 2013 > 53113 Bonn
Telefon :	(030) 22 70	seit ca. Herbst 2013 > (030) 22 73 67 40
Fax :	(030) 22 73 67 40	unverändert
Internet :	http://www.bundestag.de	
Allgemeine Informationen ▲ Top		
Rechtsform :	Anstalt/Körperschaft des öffentlichen Rechts	
Branche ▲ Top		
Branche WZ 2003 :	74156; 75110	
Branche WZ 2008 :		
US-SIC-Code :	8741; 9121	
Konzernstruktur ▲ Top		
Anzahl Beteiligungen :	64	} ←
Anzahl Mehrheitsbeteiligungen :	42	
Anzahl Konzernmitglieder :	65	
Sonstiges ▲ Top		
Hoppenstedt-Firmennr. :	320534845	

© 2009 Hoppenstedt Firmeninformationen GmbH, Darmstadt

Ein älterer Auszug zur Firmen- Struktur.

Historie der Rechtslagen – Anhang F.

53

Die Eigentümer der Firma Bundesrepublik Deutschland

Hier fehlt die jüdische Bankenmafia, die aber kein Völkerrechts-Subjekt ist, einfach nur eine schwerstkriminelle Organisation, mit dem Vatikan aber eng verbunden.

Der Vatikan wurde bereits mit dem OPPT- Act vom 25.12.2012 liquidiert!
Der Vatikanstaat - City of London wurde am 08.06.2021 liquidiert.
Der Vatikanstaat - Washington DC wurde am 5 Nov. 2020 liquidiert.
(07+19.01.2021) Der Vatikanstaat - Berlin Mitte wurde am 1. Mai 2020 liquidiert.

Alles was in Berlin noch läuft ist Show, das haben die Grünen in einer Debatte im September 21 zugegeben, es ging um die Gründung eines Ausschusses, der ihnen versagt wurde, weil ihnen das US- Militär unter S.H.A.E.F. den Stiefel in den Nacken gestellt hat.

Aufgrund der kognitiven Dissonanz durch Jahrzehntelange Indoktrination muss das deutsche Volk von allein sehen und begreifen, dass es nur belogen und betrogen wurde.

Dazu werden auch die Wahlen jetzt noch benötigt, um den Wahlbetrug öffentlich zu machen, ebenso diese kriminelle Corona- Plandemie, die dazu dient, die Wirtschaft zu zerstören und die Bevölkerungen der Welt nach den NWO- Plänen zu reduzieren.

Dazu muss jeder nur einmal im Internet die Inschriften auf den Georgia Guide Stones lesen oder die Deagel- Liste einsehen. (Deutschland - Reduzierung auf 31 Millionen)

Erst wenn das begriffen wurde, kann das US- Militär ohne Panik zu erzeugen, auf deutschem Boden offen tätig werden.

Nur vier Völkerrechtssubjekte? Wieso gerade jene?

Ein Völkerrechtssubjekt ist ein Rechtssubjekt im Völkerrecht, also ein Träger völkerrechtlicher Rechte und Pflichten, dessen Verhalten unmittelbar durch das Völkerrecht geregelt wird.

<u>originäre staatliche Völkerrechtssubjekte:</u> das originäre (geborene) Völkerrechtssubjekt Deutsche Kaiserreich	<u>originäre nichtstaatliche Völkerrechtssubjekte:</u> Internationales Komitee vom Roten Kreuz Heiliger Stuhl Souveräner Malteser-Ritterorden
---	---

Der **talmudisch-babylonische Vatikan** wird heute von drei **Jesuitenpäpsten** regiert.

Grauer Jesuitenpapst: Pepe Orsini (Weltherr)

Weißer Jesuitenpapst: Franziskus (Oberhaupt des öffentlichen Recht in Deutschland)

Schwarzer Jesuitenpapst: Arturo Sosa (Oberbefehlshaber der UPU, Geheimdienste)

Der Gründer des Jesuitenordens

war **Sephardim** Ignazius von Loyola (Hidalgo Inigo Lopez Recalde)

Religion: aus **jüdischem** Reis stammender geadelte Spaniolenfamilie (**Sephardische** Diaspora)
aus dem Baskenland

Sephardische Juden wurden viele Jahrhunderte verfolgt, enteignet und gepeinigt.

Deutschland ist eines der größten finanziellen Unterstützer Israels!

Wir haben weltweit talmudische Gesetze!

Der talmudische Jesuitenorden ist heute der Herrscher der Welt!

Ihnen gehören die Medien, das Bildung/Wissenschaft, Banken, Militär/POLIZEI, Geheimdienste, Pharma- und Chemiebranche, Automobilindustrie, Erdölindustrie, Grund und Boden, Immobilien...

Im Christlichen Gewand inszenieren sie seit Jahrhunderten Kriege, Terror und Völkermorde! Sie hetzen und spalten die Völker!

54

Trump, Putin und Xi sind die ausführenden Kräfte, es wird weltweit zu Massenverhaftungen kommen in den Ämtern und Behörden.

17. Juni 2021.

Die HLKO hat volle Gültigkeit, dazu liegen noch klarere Aussagen aus 2012/14/17/19 vor, das bedeutet, unser Land befindet sich immer noch im Krieg und steht unter aktives Kriegsrecht.



BUNDESPRÄSIDENTIALAMT

BERLIN, 17. Juni 2021
Sprennweg 1

Geschäftszeichen: ZS - [REDACTED]
(bei Zuschriften bitte eingeweiht)

[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]

Sehr geehrte [REDACTED]

der Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat mich als eine seiner Referentinnen gebeten, Ihr Schreiben vom 8. Juni 2021 zu beantworten. Auf Ihre Bitte um Auskunft kann ich Ihnen mitteilen, dass die Haager Landkriegsordnung – ebenso wie die inhaltlich weit über sie hinausgehenden Genfer Konventionen – anerkannter Bestandteil des so genannten humanitären Völkerrechts ist. Insoweit gelten die Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung auch für die Bundesrepublik Deutschland.

Ich hoffe, Ihnen mit diesen Ausführungen weitergeholfen zu haben

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

v. Oettingen

Dr. von Oettingen
Referat Verfassung und Recht,
Justizrat

Briefanschrift: Bundespräsidialamt 11010 Berlin, Internet: <http://www.bundespraesident.de>
E-Mail: poststelle@bpra.bund.de
De-Mail: poststelle@bpra.de-mail.de

Telefon: (030) 2000-0 Behördennetz: (030) 18 200-0 (Durchwahl: - 2122)
Telefax: (030) 2000-1999 Behördennetz: (030) 18 200-1999 (Durchwahl: - 1924)

Informationen zur Datenverarbeitung im Zusammenhang mit Zuschriften an den Bundespräsidenten und/oder des Bundespräsidialamt sowie
Internet-Veröffentlichung auf der Internetseite des Bundespräsidenten (www.bundespraesident.de)

55

Richter, Staatsanwälte, Finanzämter usw. haben wegen Kollaboration, Terrorismus, Plünderungen, Beteiligung am Volks- Genozid usw. mit der Todesstrafe zu rechnen. Die gesamte POLIZEI seit 2017 ein militärischer Dienst, wird es am übelsten Treffen. Kriegsführung (Kombattanten) gegen das deutsche Volk.

Der Handel mit den illegal ausgefertigten Geburtsurkunden unserer Kinder, die einzige vom Vatikan ab 1990 erlaubte Handlung für die BRD. Der BRD wurden mit dem 03.10.1990 bzw. mit dem 29.09.1990 sämtliche Verwaltungsaufgaben nach Art. 133 GG, im Deutschen Reich von 1871, (als Deutschland bezeichnet), völlig entzogen.

Die Firma BUND (NGO) bekam nur noch eine Lizenz der IRS und der UNO, zur Verwaltung der jur. PERSONEN auf deutschem Boden. Alles andere war Simulation, Lug und Betrug!

Es ging und geht nur um die Plünderung der deutschen Treuhandkonten.

Die kriminellen Schein- Beamten machen dann daraus noch ein Zusatzgeschäft, indem sie Strohmänner durch falsche Namensschreibungen erfinden um zusätzliches Schwarzgeld zu generieren, das dann zum Teil in ihre eigenen Taschen fließt.

Es gibt nur 1 Namens- Schreibweise im System - MUSTERMANN MAX - jede andere Schreibweise basiert auf Betrug im System!

Wobei auch diese jur. PERSON durch die Pkte. 10 – 11 – 26 (Namensschreibung) 27 – 28 – 29 – 32 – 45 (UCC) nicht mehr existent ist.

Die jur. PERSON war auf deutschem Boden tatsächlich seit 1871 nicht mehr existent, sie wurde unter vorsätzlichem Betrug eingeführt.

Obligationshändler haben seit 2013 im LEIRegister eingetragen zu werden.

Bundesrepublik Deutschland ● ACTIVE

LEI: 529900AQBND3S6YJLY83 ● ISSUED

 Germany, Frankfurt am Main, c/o Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH, Olof-Palme-Straße 35, 60439

heike friede werding

Offizieller Name	Bundesrepublik Deutschland
Registriert bei	No Registration Authority available RA999999
Gerichtsstand	DE
Code der Rechtsform des Rechtsträgers	Legal Entity of Public Law
Status des Rechtsträgers	● ACTIVE
BIC-Code	BDFGDEF1XXX

Hier tauchen dann auch Worte wie Parents und Children auf.

Historie der Rechtslagen – Anhang F.

56

Ganz besonders mit einem Herrn / Frau davor, Richter, Staatsanwälte und Finanzämter sind

da ganz besonders fleißig, sie eröffnen mit ihren Akten/Geschäftszeichen sofort ein Konto und buchen ihre kriminell erlogenen Forderungen sofort vom Treuhandkonto ab.

Natürlich bis zu 100-mal kopiert, also die bis zu hundertfacher Summe. Zusätzlich fordern sie die kriminell erlogene Summe nochmals als Liquidität von ihren Opfern. Was für Verbrecher, geben sich einen ehrbaren Anschein, maßen sich an über andere zu richten (durch Betrug über den Strohmännchen) und sind selbst nur üble Verbrecher

6. Vereinigtes Wirtschaftsgebiet

280. Das Vereinigte Wirtschaftsgebiet, das im Jahre 1947 durch eine Zusammenlegung einzelner Verwaltungszweige der britischen und der amerikanischen Besatzungszone entstanden war, ist, wie das BAG, 21. 5. 1958, AP § 16 AOGÖ Nr. 3, festgestellt hat, als völlig neues Gebilde nicht in die Rechte und Pflichten des Deutschen Reiches eingetreten, da es zu keiner Zeit »auch nur annähernd« alle die Funktionen ausgeübt habe, die eine Staatsverwaltung ausmachen und mit denjenigen des Reiches vergleichbar seien. Auch der BayVerfGH, 24. 7. 1963, VerfGH 16, 76 (86), geht davon aus, daß das Vereinigte Wirtschaftsgebiet »keinen staatlichen Charakter« getragen habe.

Der Beweis wie wir betrogen werden !

281. Die Rechtsprechung, deren Gegenstand die aus der Teilung Deutschlands erwachsenen Rechtsprobleme sind, wird nachstehend in gesonderten

⁶⁰⁾ = AVR Bd. 12 (1964/65), 218 = BayVBl. 1964, 20.

⁶¹⁾ Zu dem Urteil vgl. H. H u b e r, Gebietshoheit und Grenzverlauf im Bodensee. Ein Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes und Anmerkungen, Zeitschrift für Schweizerisches Recht, Bd. 82 (1963), 365, und Th. M a u n z, Hoheitsrechte am Bodensee, BayVBl. 1964, 82.



Bundesministerium
der Justiz und
für Verbraucherschutz

Bundesamt
für Justiz

[weiter](#)

[Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis](#)

**Einführungsgesetz zur Strafprozeßordnung
Eingangsformel**

Wir ...
verordnen im Namen des Deutschen Reichs, nach erfolgter Zustimmung des
Bundesrats und des Reichstags, was folgt:

[zum](#) [Impressum](#)[Datenschutz](#)[Barrierefreiheit](#)[Erklärung](#)[Feedback-](#) [Seite](#)
[Seitenanfang](#) [Formular](#) [ausdrucken](#)

57

Dass die Deutschen Schein- Gerichte nicht einmal auf das Bundesrecht, das unter dem Grundgesetz (Geltendes Recht) illegal installiert wurde, zugreifen dürfen ist den aufgewachten bekannt, den kriminellen Schein-Richtern aber immer noch nicht.

Der Zugriff auf staatliches Reichsrecht aber erfüllt den Straftatbestand des Hochverrates für diese kollaborierenden Schwerstkriminellen.

Als private Besitzer des Reiches werden schon in naher Zukunft alle wegen Kriegsführung gegen die Zivilbevölkerung von einem Kriegsgericht abgeurteilt.

Hier wird die letzte Bundestagswahl bestätigt, es wird danach nie wieder Bundestagswahlen für einen nicht existenten Deutschen Bundestag mehr geben. - **S. Pkt. 30.** -

Hier werden die Dominion Wahlmaschinen aus den USA benutzt, mit denen der Wahlbetrug in Amerika für Jo Biden gefälscht wurde.

Wie bekannt ist, wurde der Betrug längst entlarvt, D. J. Trump war der tatsächliche Wahl- Sieger!

Weil das Volk - deutsch - aber im Tiefschlaf ist, wird diese letzte Wahl wohl auch eher, wie in Amerika zur Aufwachphase genutzt.



Historie der Rechtslagen – Anhang F.

58

Artikel 3

mit dem 2. Bereinigungsgesetz erlassen, (2.BMJBBG k.a.Abk.) am 23.11.2007. Aufhebung des Gesetzes über Ermächtigungen zum Erlass von Rechtsverordnungen.

Hierdurch ist es dem – BUND – der – BUNDESREPUBLIK – untersagt, jemals wieder Gesetze oder Verordnungen zu erlassen oder zu vollziehen.

Damit hat man dem gesamten Justizwesen Art. 92 – 104 GG jegliche gesetzliche Befugnis entzogen.

Alle sind dem Rundfunk- Staatsvertrag § 55 (RStV) und

dem Telemediengesetz § 5 beigetreten.

Somit haben die Gerichte auch keinerlei Befugnisse, auf Bundesgesetze die unter dem Grundgesetz versichert sind, zuzugreifen oder diese anzuwenden.

Erklärung des Niedersächsischen Justizministers hierzu:

Die Länder sind dem Grundgesetz und dem Völkerrecht **nicht beigetreten**. Gemäß der Erklärung des Nds. Justizministeriums in (Dokument 1001 I-202.45) vom **19.01.2017** n.Chr. wird in der Jurisdiktion

- Rechtsprechung ohne Rechtsfähigkeit,
- Prozesse ohne Prozessfähigkeit,
- Klagen ohne Klageberechtigung und Klagebefugnis,
- Schäden ohne Haftbarkeit mit anonymer UN-Verantwortung fingiert und
- Völkerrecht ohne Zuständigkeit gegen die Verfassungsordnung verleumdet. **Diese Handlungen sind strafbar.**

Urteil: BVerfGE 1 BvR 1677/15 vom 03.11.2015

Körperschaftsteuergesetz

Erster Teil - Steuerpflicht (§§ 1 - 6a)

§ 4

Betriebe gewerblicher Art von juristischen Personen des öffentlichen Rechts

(1) 1 Betriebe gewerblicher Art von juristischen Personen des öffentlichen Rechts im Sinne des § 1 Abs. 1 Nr. 6 sind vorbehaltlich des Absatzes 5 alle Einrichtungen, die einer nachhaltigen wirtschaftlichen Tätigkeit zur Erzielung von Einnahmen außerhalb der Land- und Forstwirtschaft dienen und die sich innerhalb der Gesamtbetätigung der juristischen Person wirtschaftlich herausheben. 2 Die Absicht, Gewinn zu erzielen, und die Beteiligung am allgemeinen wirtschaftlichen Verkehr sind nicht erforderlich.

(2) Ein Betrieb gewerblicher Art ist auch unbeschränkt steuerpflichtig, wenn er selbst eine juristische Person des öffentlichen Rechts ist.

(3) Zu den Betrieben gewerblicher Art gehören auch Betriebe, die der Versorgung der Bevölkerung mit Wasser, Gas, Elektrizität oder Wärme, dem öffentlichen Verkehr oder dem Hafenbetrieb dienen.

(4) Als Betrieb gewerblicher Art gilt die Verpachtung eines solchen Betriebs.

(5) 1 Zu den Betrieben gewerblicher Art gehören nicht Betriebe, die überwiegend der Ausübung der öffentlichen Gewalt dienen (Hoheitsbetriebe). 2 Für die Annahme eines Hoheitsbetriebs reichen Zwangs- oder Monopolrechte nicht aus.

(6) 1 Ein Betrieb gewerblicher Art kann mit einem oder mehreren anderen Betrieben gewerblicher Art zusammengefasst werden, wenn

1. sie gleichartig sind,
2. zwischen ihnen nach dem Gesamtbild der tatsächlichen Verhältnisse objektiv eine enge wechselseitige technisch-wirtschaftliche Verflechtung von einigem Gewicht besteht oder
3. Betriebe gewerblicher Art im Sinne des Absatzes 3 vorliegen.

2. Ein Betrieb gewerblicher Art kann nicht mit einem Hoheitsbetrieb zusammengefasst werden.

Fassung aufgrund des Jahressteuergesetzes 2009 vom 19.12.2008 ([BGBl. I S. 2794](#)), in Kraft getreten am 25.12.2008

Zwangsvollstreckungen sind illegal

In der „Bundesrepublik Deutschland“ gibt es **Bundesgesetzblätter** und diese sind bindend. Ein Verstoß dagegen stellt einen Straftatbestand dar!

Das deutsche **Bundesgesetzblatt** (abgekürzt „**BGBI.**“) ist das öffentliche Verkündungsblatt der Bundesrepublik Deutschland. Es wird vom Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz herausgegeben und durch den zur DuMont Mediengruppe gehörenden Bundesanzeiger Verlag vertrieben.

Kein Bundesgesetz ist geltend, wenn es nicht im Bundesgesetzblatt verkündet worden ist (Art. 82 Abs. 1 Satz 1 GG).

Beweise über die Aufhebung alle Zwangsvollstreckungen:

BRD Bundesgesetzblatt Teil I, Art 56 (319-10). Die Zwangsvollstreckung ist grundsätzlich unzulässig, weil das Gesetz über die Zwangsvollstreckung aufgehoben wurde (BGBl. 2006, Seite 875, Teil I, Nr. 18 vom 24.04.2006).

Quelle: <http://bgbl.de>

BRD, Deutscher Bundestag, Drucksache 16/4741 vom 21.03.2007 (Deutscher Bundestag – 16. Wahlperiode – Seite 35 – Drucksache 16/4741)

**Verordnung über Maßnahmen auf dem Gebiete der Zwangsvollstreckung vom 26.05.1933
RGBl I 1933, 302 FNA 310-10;**

Bundesgesetzblatt Teil III V aufgeh. durch Art. 56 G v. 19.4.2006 I 866 mWv 25.4.2006

Quelle: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/047/1604741.pdf> - (siehe Seite 35).

60

Des Weiteren

Da die BRD nachweislich kein Friedensvertrag und keine Verfassung hat (**siehe Art. 146 GG (Grundgesetz)**) und nach wie vor unter Alliierten Besatzungsmächte steht (**siehe Art. 120 GG**), gilt nach wie vor die Haager Landkriegsordnung (HLKO), somit sind die Artikeln 46 und 47 der HLKO immer noch in Kraft:

Artikel 46: Das Privateigentum darf nicht eingezogen werden.

Artikel 47: Die Plünderung ist ausdrücklich untersagt.

„Ignorantia legis non excusat“



Militärregierung – Deutschland
Kontrollgebiet des Obersten Befehlshabers

Gesetz Nr. 161
Grenzkontrolle

(Abgeändert)

1. Ohne schriftliche Genehmigung der Militärregierung darf niemand die Grenzen des deutschen Reiches überschreiten; niemand darf ohne solche Genehmigung das hiernach beschriebene Sperr- Grenzgebiet betreten, verlassen oder sich darin aufhalten.
Ohne solche Genehmigung ist auch jeder Ein-, Aus- und Durchgangsverkehr von Gütern und sonstigen Gegenständen über die genannten Grenzen oder durch das Sperr- Grenzgebiet verboten.

2. Der Ausdruck „Grenzen des deutschen Reiches“ der in diesem Gesetz gebraucht wird, bedeutet die Grenzen wie sie am 31. Dezember 1937 bestanden haben.
Das Sperr- Grenzgebiet umfasst das innerhalb des deutschen Reiches gelegene Gebiet, das unmittelbar an den genannten Grenzen liegt und das die Militärregierung zu einem Sperr- Grenzgebiet erklären wird.

3. Das Sperr- Grenzgebiet muss von allen Personen geräumt werden mit Ausnahme der Personen , die gemäß § 1. dieses Gesetzes eine besondere schriftliche Genehmigung in dem Gebiet zu bleiben, erhalten haben.

4. Jeder Verstoß gegen Bestimmungen dieses Gesetzes wird nach Schuldigsprechung des Täters durch ein Gericht der Militärregierung nach dessen Ermessen mit jeder gesetzlich zulässigen Strafe einschließlich der Todesstrafe bestraft.

5. Dieses abgeänderte Gesetz tritt am Tage seiner Verkündigung in Kraft.

Artikel 3 Aufhebung des Gesetzes über Ermächtigungen zum Erlass von Rechtsverordnungen

Artikel 3 wird in [1 Vorschrift zitiert](#) und ändert mWv. 1. Dezember 2010 [RVErmäG](#)

(103-1)

Das Gesetz über Ermächtigungen zum Erlass von Rechtsverordnungen in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 103-1, veröffentlichten bereinigten Fassung wird aufgehoben.

Bundesregierung

D-U-N-S® Nummer: 34-301-4786

Firmeninformation

Adresse: Dorotheenstr. 84
10117 Berlin

Historie der Rechtslagen – Anhang F.

Bundesrepublik Deutschland

D-U-N-S® Nummer: 34-161-1478

Firmeninformation

Adresse: Platz der Republik 1
11011 Berlin



U.S. Army Criminal Investigation Command - CID
Quantico, Virginia, United States
www.cid.army.mil

Hier eine Liste von **Adressen der Militärpolizei**, bei der Strafanzeigen erstattet werden können.

5th Military Police Battalion CID

Amerikanische Kriminalpolizei
Mannheimer Str., Geb. 3212
Kleber Kaserne
67657 Kaiserslautern

Baumholder CID Office

Amerikanische Kriminalpolizei
Gebäude 8720
Aulenbacher Str.
55774 Baumholder

63

Artikel 84

Änderung des Gesetzes zur Änderung des

**Strafgesetzbuches,
der Strafprozessordnung,
des Gerichtsverfassungsgesetzes,
der Bundesrechtsanwaltsordnung
und des **Strafvollzugsgesetzes**
(312-11)**

Artikel 6 Abs. 1 und 3 und Artikel 7 des Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches, der Strafprozessordnung, des Gerichtsverfassungsgesetzes, der Bundesrechtsanwaltsordnung und des Strafvollzugsgesetzes vom 18. August 1976 (BGBl. I S. 2181), das durch Artikel 2 des Gesetzes vom 28. März 1980 (BGBl. I S. 373) geändert worden ist, werden aufgehoben.

Historie der Rechtslagen – Anhang F.

18 United states Code (UCS) § 7, 3.

"US-Gesetze sind anzuwenden auf alles Land, reserviert oder angeeignet durch die Vereinigten Staaten."

Die Obligationsverwaltung „Germany“ (registriert 2005 im USBundesstaat Delaware/Steuerose) unter dem Decknamen „Bundesrepublik Deutschland“ auf dem „UN-Kartell-Gebiet Bundesrepublik“ und ist somit eine US-Corporation. Die Obligationsverwaltung „Germany“ unterliegt somit den Rechten und den Bestimmungen der US-Steuerbehörde „Internal Revenue Service (IRS)“.

Der „Mensch (Mann/Weib)“ mit Zeichnungsberechtigung für die „natürliche Person (Fiktion)“ ist Treugeber, ist immer auch Begünstigter, demnach Gläubiger.

Bundesgesetzblatt Jahrgang 1999 Teil I Nr. 38, ausgegeben zu Bonn am 23. Juli 1999

1623

§ 10

Änderung des Bundesvertriebenengesetzes

§ 4 Abs. 3 Satz 3 des Bundesvertriebenengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Juni 1993 (BGBl. I S. 829), das zuletzt durch Artikel 30 des Gesetzes vom 24. März 1997 (BGBl. I S. 594) geändert worden ist, wird aufgehoben.

Artikel 4

Außerkräfttreten bisherigen Rechts

Mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes treten außer Kraft:

1. die Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 102-2, veröffentlichten bereinigten Fassung,

2. die Verordnung zur Regelung von Staatsangehörigkeitsfragen in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 102-4, veröffentlichten bereinigten Fassung.

Artikel 5

Inkrafttreten

(1) Am Tage nach der Verkündung treten in Kraft:

Artikel 1 Nr. 3 hinsichtlich § 4 Abs. 3 Satz 3 des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes, Artikel 1 Nr. 10 und Artikel 3 § 9.

(2) Am 1. August 1999 treten in Kraft:

1. Artikel 1 Nr. 2 Buchstabe a und b, Nr. 4, Artikel 3 § 1 Nr. 1 und
2. Artikel 1 Nr. 11 hinsichtlich § 40a des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes.

(3) Im übrigen tritt dieses Gesetz am 1. Januar 2000 in Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Berlin, den 15. Juli 1999

Der Bundespräsident
Johannes Rau

Der Bundeskanzler
Gerhard Schröder

Der Bundesminister des Innern
Schily

Die Wiedervereinigung zwischen Bundesrepublik und DDR war rechtswidrig.

Im Folgenden wird der Beweis geführt.

Beweismittel ist der Einigungsvertrag, erschienen im Bundesgesetzblatt:

Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Deutschen Demokratischen Republik
über die Herstellung der Einheit Deutschlands

- Einigungsvertrag -

Wir gehen ins Internet und rufen das entsprechende Bundesgesetzblatt auf. (Link ist unten.)

Dann scrollen wir zur Seite 891 nach unten und finden, daß dieses am 28. September 1990 erschienen ist.

Nr. 35 – Tag der Ausgabe: Bonn, den 28. September 1990

891

Damit ist alles, was in dieser Ausgabe 35 erscheint, am 28. September in Kraft getreten, es sei denn, es wird im Text ein anderes Datum bestimmt. Dies passiert auch im Folgenden, da ja die Wiedervereinigung erst zum 3. Oktober 1990 in Kraft trat.

Kapitel I
Wirkung des Beitritts

Artikel 1
Länder

(1) Mit dem Wirksamwerden des Beitritts der Deutschen Demokratischen Republik zur Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes am 3. Oktober 1990 werden die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen Länder der Bundesrepublik Deutschland. Für die Bildung und die Grenzen dieser Länder untereinander sind die Bestimmungen des Verfassungsgesetzes zur Bildung von Ländern in der Deutschen Demokratischen Republik vom 22. Juli 1990 – Ländereinführungsgesetz – (GBl. I Nr. 51 S. 955) gemäß Anlage II maßgebend.

(2) Die 23 Bezirke von Berlin bilden das Land Berlin.

Weiter unten in Artikel 4 heißt es:

2. Artikel 23 wird aufgehoben.

Hier wird jedoch nicht das Wirksamwerden, wie oben beim Beitritt auf ein Datum festgelegt. Damit ist der Artikel 23 bereits zuvor am 28. September 1990 erloschen.

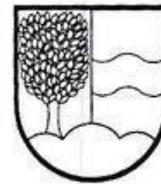
Somit erfolgte der Beitritt der 5 neuen Bundesländer nach einem Artikel, der bereits erloschen war und ist somit rechtswidrig.

Von verschiedenen Seiten wird behauptet, James Baker, der damalige Außenminister der USA hätte bereits auf der Pariser Konferenz am 17.7.1990 den Artikel 23 Kraft der alliierten Vorbehaltsrechte unter strenger Geheimhaltung gestrichen. Hat man sich schlichtweg nicht getraut, den Artikel 23 erst nach dem Beitritt zu streichen, weil der Beitritt nach Artikel 23 aus rechtlichen Gründen von den USA nicht erwünscht war? Und warum wurde auch der im gleichen Artikel definierte Geltungsbereich gestrichen und im Einigungsvertrag in Artikel 4 (1) lediglich in die Präambel verschoben?

Historie der Rechtslagen – Anhang F.

Bürgermeisteramt Buchenbach

LANDKREIS BREISGAU-HOCHSCHWARZWALD



Bürgermeisteramt • Hauptstraße 20 • 79256 Buchenbach

Herr

in 79256 Buchenbach

Bearbeiter

Telefondurchwahl

Internet

Email:

Ihr Zeichen:

Buchenbach, den

(0 76 61) 39 65

www.Buchenbach.de

@Buchenbach.de

28. Dezember 2016

Betr.: Personalausweis

Sehr geehrter Herr

Sie haben am 27.12.2016 im Meldeamt der Gemeinde Buchenbach vorgesprochen und teilte uns mit, dass in Ihrem Personalausweis Unrichtigkeiten vorhanden sind.

Laut Gesetz über Personalausweise und den elektronischen Identitätsnachweis (Personalausweisgesetz - PAuswG) sind Ihnen drei falsche Eintragungen aufgefallen.

1. Laut PAuswG §5 Abs. 2 steht Familienname und Geburtsname, in Ihrem Ausweis (sowie in allen Ausweisen) steht nur Name?

Der Familienname ist der Nachname, den man für gewöhnlich nach der Geburt von den Eltern bekommen hat. Unter gewissen Umständen kann der Familienname von einem Gericht festgelegt z.B. ein Findelkind.

Das Bundesministerium des Innern wurde ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates und im Benehmen mit dem Auswärtigen Amt die Muster der Ausweise zu bestimmen. Die Muster der Ausweise sind in der Personalausweisverordnung (PAuswV) festgelegt.

In den Datenfeldern „Name“ (Familienname und Geburtsname) sowie „Vornamen“ sind alle Namensbestandteile komplett darzustellen. Das Datenfeld hat die Bezeichnung „Name“ und beinhaltet „Familienname und Geburtsname“. **Natürliche Personen haben einen Familiennamen – Sachen einen Namen**

Die deutsche Sprache ist sehr genau und im Personalausweis sollte auch die richtige Bezeichnung stehen. Personen oder Unternehmen haben einen Namen, doch nur natürliche Personen können auch einen Familiennamen besitzen. Auf den ersten Blick ist jedoch nicht ersichtlich, ob es sich bei dem Besitzer des Personalausweises um eine natürliche Person handelt.

Bürgermeisteramt Buchenbach
Hauptstraße 20
79256 Buchenbach
Öffnungszeiten:
Montag - Freitag 08:00-12:00 Uhr
Dienstag 14:00-18:00 Uhr

Fon: 07661/3965-0
Fax: 07661/3965-29
Mail: Gemeinde@Buchenbach.de
Web: www.Buchenbach.de

Sparkasse Hochschwarzwald
IBAN: DE28680510040005000070
BIC: SOLADES1HSW

Steuernummer: 07001/14005
Ust-IdNr.: DE142214625

2. Laut BGB § sind sie eine natürliche und keine juristische Person warum sind die Buchstaben auf Ihren Personalausweis alle in Großbuchstaben?

Es ist nicht falsch, Elemente, die uns wichtig und bedeutungsvoll erscheinen, in Großbuchstaben zu schreiben, wie z.B. den Namen. Die Schreibweise sagt alles über die Rechte der Person aus. Wenn Vor- und Nachname komplett groß geschrieben sind, bedeutet es, dass der Mensch in diesem Fall keine Rechte hat. Die Personalausweise sind Sklavenverträge nach Handelsrecht. Man meldet sich selbst als eine juristische Person an, die nach Handelsrecht abgefertigt werden kann und eine maximale Einschränkung der Rechte hat. Deswegen heißt der Ausweis "Personalausweis", man ist Personal (eine Sache) der Firma BRD im vereinigten Wirtschaftsgebiet. Die Großbuchstaben haben einen historischen Zusammenhang und keinen juristischen.

3. Eine weitere Frage war, warum ist die eingetragene Staatsangehörigkeit „DEUTSCH“ und nicht „DEUTSCHER“?

Die Staatsangehörigkeit bezeichnet die Zuordnung eines Menschen zu einem bestimmten Staat, mit allen Rechten und Pflichten. Entsprechend wird als Staatsangehöriger jemand bezeichnet, der einem bestimmten Staat angehört.

Das Auswärtige Amt hat ein Verzeichnis der Staatennamen für den amtlichen Gebrauch (PDF) veröffentlicht. Dort kann man nachlesen, welche Bezeichnungen es z.B. für Deutschland gibt. Die Kurzform lautet: Deutschland, die Vollform lautet: Bundesrepublik Deutschland und das Adjektiv ist demzufolge deutsch. Das bedeutet, die Staatsangehörigkeit wird durch ein Adjektiv und nicht durch ein Substantiv/Nomen ausgedrückt.

Der Bundespersonalausweis oder der deutsche Reisepass sind kein Nachweis über den Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit. Sie begründen lediglich die Vermutung, dass der Ausweisinhaber die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt. Man vermutet, dass wir (Deutsches Volk,) die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen.

Sehr geehrter Herr ██████, sollten diese Informationen für Sie nicht ausreichend und zufriedenstellend sein, können Sie sich gern an das Ministerium für Inneres Baden-Württemberg wenden um eine noch genauere und sachkundigere Auskunft zu erhalten.

Ihr Personalausweis ist nach dem heute gültigen Recht ausgestellt und besitzt die volle Gültigkeit damit Sie sich ausweisen können.

Mit freundlichen Grüßen



67

Ungültige Gesetze:

<https://brdillusion.wordpress.com/ungueltige-gesetze/>

Was ist Völkerrecht?

Mit dem Völkerrecht sieht es genauso aus wie mit den Gesetzen.

Es gibt gültige Gesetze souveräner Staaten und es gibt geltende,

angewendete Gesetze von Ländern = Firmen.

So wie es gültiges Völkerrecht zwischen souveränen Staaten und

geltendes Völkerrecht zwischen Ländern = Firmen gibt.

Um es zu verdeutlichen hier der Unterschied.

Das folgende, ist ein gültiges Gesetz welches von den Vertretern der 25+1 souveränen Staaten als Gesetz verabschiedet und vom deutschen Kaiser verordnet worden ist damit es in allen Bundesstaaten seine Gültigkeit erlangt.

Administrative Gliederung des Großdeutschen Reiches, Juli 1944



68

Historie der Rechtslagen – Anhang F.

Das folgende, ist ein geltendes, angewandtes Gesetz welches von "Politikern" die niemals gewählt worden sind beschlossen wurde. Dieses Gesetz gehört zu einem Land welches kein Staat ist. Man beachte außerdem die Täuschung mit dem Ausfertigungsdatum 1913. 1913 gab es die BRD noch nicht und die BRD ist kein Rechtsnachfolger vom Deutschen Reich.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen etc.

verordnen im Namen des Deutschen Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags, was folgt:

Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG)

[Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis](#)

StAG

Ausfertigungsdatum: 22.07.1913

Vollzitat:

"Staatsangehörigkeitsgesetz in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 102-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 12. August 2021 (BGBl. I S. 3538) geändert worden ist"

Stand: Zuletzt geändert durch Art. 1 G v. 12.8.2021 | 3538

So sieht es auch aus mit dem Völkerrecht. Die HLKO (Haager Landkriegsordnung) ist gültiges Völkerrecht zwischen Staaten.

Abkommen betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkriegs²

Abgeschlossen in Den Haag am 18. Oktober 1907

Von der Bundesversammlung genehmigt am 4. April 1910³

Schweizerische Ratifikationsurkunde hinterlegt am 12. Mai 1910

In Kraft getreten für die Schweiz am 11. Juli 1910

Die UN-Charta ist geltendes, angewandtes Völkerrecht zwischen Ländern = Firmen die keine Staaten sind.

69

| Die Charta der Vereinten Nationen

Die Charta der Vereinten Nationen (UN-Charta) ist der Gründungsvertrag der Vereinten Nationen (United Nations). Ihre universellen Ziele und Grundsätze bilden die Verfassung der Staatengemeinschaft, zu der sich alle inzwischen 193 Mitgliedstaaten bekennen.

Sie wurde am 26. Juni 1945 in San Francisco am Ende der Konferenz der Vereinten Nationen für internationale Organisation unterzeichnet und trat am 24. Oktober 1945 in Kraft. Das Statut des Internationalen Gerichtshofs ist ein wesentlicher Bestandteil der Charta.

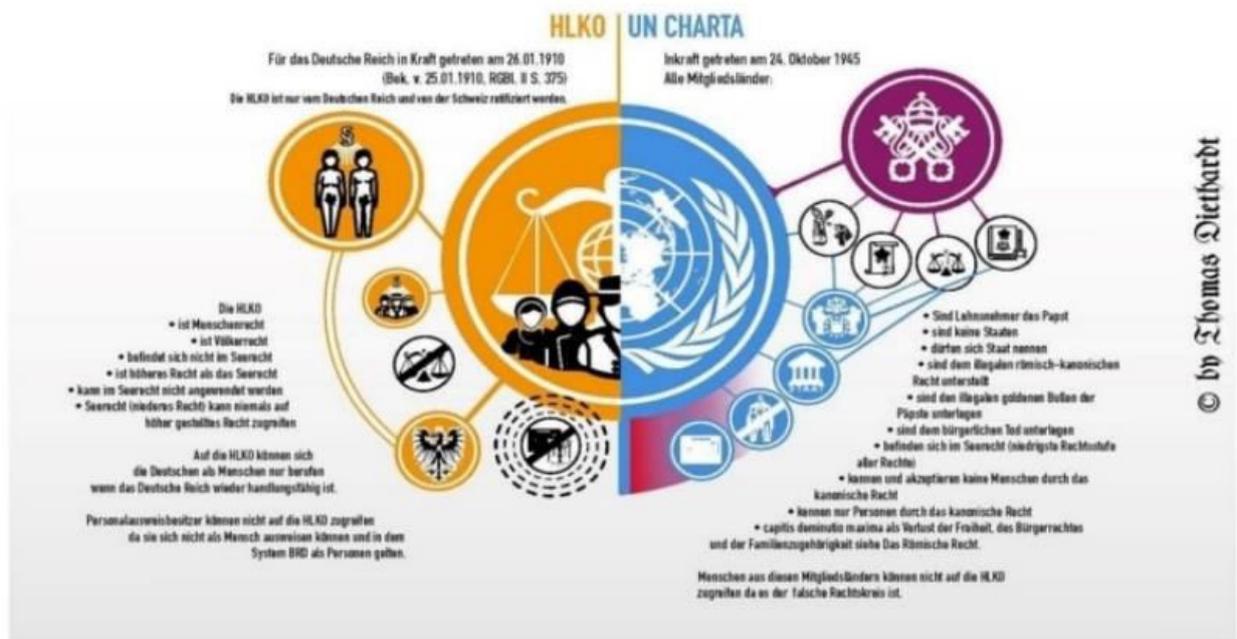
Änderungen der Artikel 23, 27 und 61 der Charta wurden von der Generalversammlung am 17. Dezember 1963 angenommen und sind am 31. August 1965 in Kraft getreten. Eine weitere Änderung des Artikels 61 wurde von der Generalversammlung am 20. Dezember 1971 angenommen und trat am 24. September 1973 in Kraft. Eine am 20. Dezember 1965 von der Generalversammlung angenommene Änderung des Artikels 109 ist am 12. Juni 1968 in Kraft getreten.

Ja, auch das Völkerrecht ist Vertragsrecht. Jedoch gibt es da einen kleinen Unterschied. Einmal das Völkerrecht als Vertragsrecht zwischen Staaten. Und einmal das Völkerrecht als Vertragsrecht zwischen NGO`s = Firmen = Ländern.

Souveräne Staaten gibt es derzeit nur noch die 25+1, die 26 deutschen Völker. Aus diesem Grunde tun sie auch alles dafür, dass diese nie wieder handlungsfähig werden.

Das ist mit dieser Darstellung vielleicht noch etwas besser zu erkennen.

70



Historie der Rechtslagen – Anhang F.

Die BRD, sowie die geltenden Staatenlosen Personen die in der BRD leben, können gar nicht auf die HLKO zugreifen, da die HLKO nur, nach meinem jetzigen Wissensstand, von der Schweiz und dem Deutschen Reich ratifiziert worden sind. Die BRD hat unterschrieben jedoch niemals ratifiziert wozu sie jedoch verpflichtet sind.

Abkommen betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkriegs [Haager Landkriegsordnung], 18. Oktober 1907

Artikel 5.

Dieses Abkommen soll möglichst bald ratifiziert werden.

Die Ratifikationsurkunden sollen im Haag hinterlegt werden.

Das sie dazu verpflichtet sind, steht im Artikel 5 der HLKO geschrieben. Die BRD hat nur unterschrieben und nicht ratifiziert.

Nun gibt es Mitmenschen die behaupten, dass die HLKO nicht zwingend ratifiziert werden muß. Doch leider erbringen diese Mitmenschen nicht den Nachweis darüber wo das geschrieben steht.

Wenn die BRD nun Verträge mit den Besatzern schließt, dann ist es völlig legitim. Denn die BRD kann nur in dem Rechtskreis agieren indem sie sich selbst befindet, genau wie die Alliierten = Firmen = Seerecht = Piratenrecht = geltend! Mit gültigem Völkerrecht hat das absolut nichts zu tun.

Warum haben sie denn die UN-Charta erschaffen? Weil sie wissen, dass sie als Firmen nicht auf die HLKO zugreifen können.

Fazit

Ja, die Alliierten die alle derzeit keine Staaten sondern nur Länder sind, können mit der BRD, die kein Staat ist sondern nur ein Land, "Völkerrechtliche Verträge" abschließen. Diese sind jedoch nur geltend und haben mit

gültig und den Völkerrechtlichen Verträgen zwischen souveränen Staaten absolut nichts zu tun.

Das sind die verschiedenen Rechtskreise.

Historie der Rechtslagen – Anhang F.

Rechtskreise

Bis zum 27.10.1918 = Staatsrecht = höheres Recht
 Ab dem 28.10.1918 = Seerecht = niederes Recht
 Niederes Recht kann niemals auf höheres Recht zugreifen
 Eine Verordnung kann niemals höher sein als ein Gesetz
 Deutsches Reich = Gesetz, alles nach dem 28.10.1918 = Verordnung

Gemäß § 5 TMG und § 18 ist ein Impressum nicht notwendig da es nicht kommerziell genutzt wird.

<p>Anerkanntes Völkerrechtssubjekt Deutsches Reich</p> <p>Staatsrecht in den Bundesstaaten = höheres Recht</p> <p>Staaten mit Staatsvolk, Staatsgebiet und Staatsgewalt</p> <p>Eigene Staatsangehörigkeit wie Preußen, Sachsen, Bayern, Hessen etc.</p> <p>Gültige Gesetze, BGB, HGB, StGB, EGBGB, RuStAG</p> <p>Gültige Landesverfassungen, gültige ratifizierte Verfassung 1871</p> <p>Mensch gemäß BGB (Bürgerliches Gesetzbuch) §1</p> <p>Abstammungsurkunde = Mensch</p> <p>Subsidiaritätsprinzip = freie Selbstbestimmung Römisches Recht, kanonisches Recht, goldene Bullen der Päpste, bürgerlicher Tod ausgeschlossen</p>	<p>Weimarer Republik, Großdeutsches Reich, DDR, BRD, Germany keine Staaten</p> <p>Seerecht = niederes Recht = Piraten Recht = Recht des Stärkeren = Waffengewalt</p> <p>Länder ohne Staatsvolk, Staatsgebiet und Staatsgewalt</p> <p>Keine eigenen Staatsangehörigkeiten = DEUTSCH im Personalausweis</p> <p>Geltende Gesetze, BGB, HGB, StGB, EGBGB illegal weitergeführt</p> <p>Keine Verfassung, nur Grundgesetz siehe Artikel 146 GG</p> <p>Geltende Staatenlose Personen, nicht als Mensch anerkannt und akzeptiert</p> <p>Geburtsurkunde = Person, Kollateralkonto nicht auflösbar</p> <p>Römisches Recht, kanonisches Recht, goldene Bullen der Päpste, bürgerliche Tod wird angewendet = Sklave Roms</p>
---	--

36 Oktroyierung und Abschluß der preußischen Verfassung.

des Rumpfparlaments, das sogar eine Aufforderung zur Steuerverweigerung beschloß, blieb erfolglos. Als die Versammlung in Brandenburg wieder zusammentrat, erwies sie sich als arbeitsunfähig. Eine königliche Botschaft vom 5. Dezember löste sie deshalb ganz auf.

Kurz zuvor war von Frankfurt aus durch die Führer der erbkaiserialen Partei versucht worden, Preußen als notwendige Gegenleistung für die ihm zugedachte führende Stellung in Deutschland den Verzicht auf eine Gesamtstaatsverfassung zuzumuten. Auch diese Bemühungen scheinen zu dem Entschluß mitgewirkt zu haben, eine Verfassung aus königlicher Machtvollkommenheit zu oktroyieren. Sie nahm die Verfassungsarbeit der Nationalversammlung unter Ausmerzung ihrer demokratischen Auswüchse auf und sollte den beiden neu zu wählenden Kammern zur Prüfung und Bestätigung vorgelegt werden. Diese wurden am 28. Februar 1849 eröffnet, konnten sich aber mit dem Ministerium über den Verfassungsentwurf nicht recht einigen, worauf der König ein neues Wahlgesetz mit Dreiklassenwahl erließ. Die nach diesem Gesetz gewählte Versammlung, die am 7. August 1849 zusammentrat, verständigte sich endlich mit der Regierung. Am 31. Januar 1850 wurde die neue Verfassung verkündigt. So hatte die Revolution in Preußen wenigstens die eine gute Wirkung, daß die rein deutsche Großmacht in die Reihe der Verfassungsstaaten eintrat. Diese preußische Verfassung ist im wesentlichen zwei Menschenalter hindurch bis zur Revolution von 1918 in Kraft geblieben.

Historie der Rechtslagen – Anhang F.

73

SÜDTIROLER VOLKSBANK GESTEHT AM LANDESGERICHT BOZEN DIE GELDSCHÖPFUNG AUS DEM NICHTS EIN!

Vorstand der Bündnis90/Die Grünen, München:

„Es geht nicht um Recht oder Unrecht in der Einwanderungsdebatte, uns geht es zuerst um die Zurückdrängung des deutschen Bevölkerungsanteils in diesem Land. „

Joschka Fischer, Bündnis90/Die Grünen (Quelle: Pflasterstrand 1982;



zitiert“ Nation & Europa, Mai 1999, Seite 7):

„Deutsche Helden müsste die Welt, tollwütigen Hunden gleich, einfach totschiagen.“

Joschka Fischer, Bündnis90/Die Grünen, Rezension zu seinem Buch „Risiko

Deutschland“, Die Welt 07.02.2005:

„Deutschland muss von außen eingehegt, und von innen durch Zustrom heterogenisiert, quasi verdünnt werden.“

Joschka Fischer, Bündnis90/Die Grünen:

„Deutschland ist ein Problem, weil die Deutschen fleißiger, disziplinierter und begabter als der Rest Europas (und der Welt) sind. Das wird immer wieder zu 'Ungleichgewichten' führen. Dem kann aber gegengesteuert werden, indem so viel Geld wie nur möglich aus Deutschland herausgeleitet wird. Es ist vollkommen egal wofür, es kann auch radikal verschwendet werden – Hauptsache, die Deutschen haben es nicht. Schon ist die Welt gerettet.“

Gerichtsverfassungsgesetz

Alte Fassung

§. 15.

Die Gerichte sind Staatsgerichte.

Die Privatgerichtsbarkeit ist aufgehoben; an ihre Stelle tritt die Gerichtsbarkeit desjenigen Bundesstaates, in welchem sie ausgeübt wurde. Präsentationen für Anstellungen bei den Gerichten finden nicht statt.

Die Ausübung einer geistlichen Gerichtsbarkeit in weltlichen Angelegenheiten ist ohne bürgerliche Wirkung. Dies gilt insbesondere bei Ehe- und Verlöbnißsachen.

Neue Fassung

§ 15

(weggefallen)

Historie der Rechtslagen – Anhang F.

74

Außer Kraft

Bundesrepublik Deutschland

Gesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit

In der Fassung der Bekanntmachung vom 20.05.1898 (RGBl. I S. 771)

zuletzt geändert durch Gesetz vom 12.03.2009 (BGBl. I S. 470) m.W.v.
18.03.2009

*außer Kraft getreten am 01.09.2009 aufgrund Gesetzes vom 17.12.2008
(BGBl. I S. 2586)*

Artikel 23

Aufhebung des Gesetzes über Rechts- verordnungen im Bereich der Gerichtsbarkeit

(300-7)

Das Gesetz über Rechtsverordnungen im Bereich der Gerichtsbarkeit in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 300-7, veröffentlichten bereinigten Fassung wird aufgehoben.

**Urteil des Bundesverfassungsgerichts
vom 24. April 1991 - BvR 1341/90**

**rückwirkend zum 23. 09. 1990
wurden die Bundesländer aufgelöst.**

**Deshalb kann es auch
keine Landesregierungen mehr geben,
die ihre angeblichen Rechte
von einem
angeblichen
Rundfunk- Staatsvertrag
ableiten wollen.**

Historie der Rechtslagen – Anhang F.

§ 169

¹Die Verhandlung vor dem erkennenden Gericht einschließlich der Verkündung der Urteile und Beschlüsse ist öffentlich. ²Ton- und Fernseh-Rundfunkaufnahmen sowie Ton- und Filmaufnahmen zum Zwecke der öffentlichen Vorführung oder Veröffentlichung ihres Inhalts sind unzulässig.

**Man beachte: Die deutsche Sprache ist sehr präzise, bedeutet:
Wenn diese Ton- und Filmaufnahmen NICHT öffentlich Vorgeführt und Veröffentlicht werden,
so sind solche Aufnahmen dann doch offenkundig
ERLAUBT und LEGITIM !!!**

**Eine Wegnahme von Aufnahmegeräten und ein damit verbundenes Verbot der Aufzeichnung
dürfte somit also VERBOTEN sein !!!**

ABER hinzu kommt:

**Zitat Prof. Volker Boehme-Neßler (Rechtssoziologe, HTW Berlin):
„Wenn Urteile im Namen des Volkes gesprochen werden, wie es vor Gericht auch ist,
dann muss das Volk es auch sehen und kontrollieren können, was in seinem Namen eigentlich passiert.“**

*Jedoch bleibt noch eine wichtige und entscheidende Frage offen:
„Hat das sog. Volk den Kuttenträgern denn wahrlich gestattet in seinem NAMEN Recht zu sprechen?“*

76

[zurück](#)

[Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis](#)

Deutsches Richtergesetz § 9 Voraussetzungen für die Berufungen

In das Richteramt darf nur berufen werden, wer

1. Deutscher im Sinne des Artikels 116 des Grundgesetzes ist,
2. die Gewähr dafür bietet, dass er jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintritt,
3. die Befähigung zum Richteramt besitzt (§§ 5 bis 7) und
4. über die erforderliche soziale Kompetenz verfügt.

§ 823 Schadensersatzpflicht

§ 823 wird in 5 Vorschriften zitiert

(1) Wer vorsätzlich oder fahrlässig das Leben, den Körper, die Gesundheit, die Freiheit, das Eigentum oder ein sonstiges Recht eines anderen widerrechtlich verletzt, ist dem anderen zum Ersatz des daraus entstehenden Schadens verpflichtet.

(2) ¹Die gleiche Verpflichtung trifft denjenigen, welcher gegen ein den Schutz eines anderen bezweckendes Gesetz verstößt. ²Ist nach dem Inhalt des Gesetzes ein Verstoß gegen dieses auch ohne Verschulden möglich, so tritt die Ersatzpflicht nur im Falle des Verschuldens ein.

Historie der Rechtslagen – Anhang F.

Startseite > Entscheidungen > Urteil vom 25. Juli 2012 - 2 BvF 3/11

Hiermit ist das "Wahlgesetz" ungültig und nichtig

Leitsätze

zum Urteil des Zweiten Senats vom 25. Juli 2012

- 2 BvF 3/11 -

- 2 BvR 2670/11 -

- 2 BvE 9/11 -

1. Die Bildung der Ländersitzkontingente nach der Wahlerzahl gemäß § 6 Abs. 1 Satz 1 BWG ermöglicht den Effekt des negativen Stimmgewichts und verletzt deshalb die Grundsätze der Gleichheit und Unmittelbarkeit der Wahl sowie der Chancengleichheit der Parteien.
2. a) In dem vom Gesetzgeber geschaffenen System der mit der Personenwahl verbundenen Verhältniswahl sind Überhangmandate (§ 6 Abs. 5 BWG) nur in einem Umfang hinnehmbar, der den Grundcharakter der Wahl als einer Verhältniswahl nicht aufhebt.
b) Die Grundsätze der Gleichheit der Wahl sowie der Chancengleichheit der Parteien sind bei einem Anfall von Überhangmandaten im Umfang von mehr als etwa einer halben Fraktionsstärke verletzt.

BUNDESVERFASSUNGSGERICHT

- 2 BvF 3/11 -
- 2 BvR 2670/11 -
- 2 BvE 9/11 -

Verkündet

am 25. Juli 2012

Rieger

Regierungsangestellte

als Urkundsbeamtin

der Geschäftsstelle



Dr. Hermann-Josef Weller

In dem Verfahren

Artikel 84

Änderung des Gesetzes zur Änderung des

**Strafgesetzbuches,
der Strafprozessordnung,
des Gerichtsverfassungsgesetzes,
der Bundesrechtsanwaltsordnung
und des **Strafvollzugsgesetzes**
(312-11)**

Artikel 6 Abs. 1 und 3 und Artikel 7 des Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches, der Strafprozessordnung, des Gerichtsverfassungsgesetzes, der Bundesrechtsanwaltsordnung und des Strafvollzugsgesetzes vom 18. August 1976 (BGBl. I S. 2181), das durch Artikel 2 des Gesetzes vom 28. März 1980 (BGBl. I S. 373) geändert worden ist, werden aufgehoben.

Historie der Rechtslagen – Anhang F.

77

Artikel 57

**Aufhebung des Einführungsgesetzes
zum Gesetz über **Ordnungswidrigkeiten „OWiG“**
(454-2)**

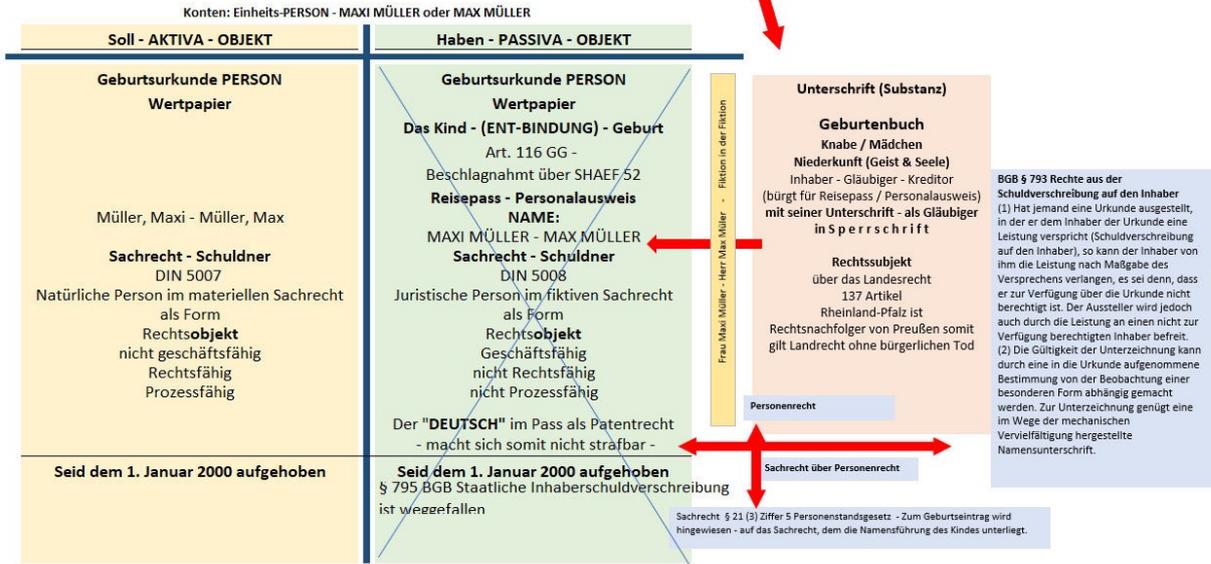
23 November 2007 - BGBl. I, S. 2614 Nr. 59

Das Einführungsgesetz zum Gesetz über Ordnungswidrigkeiten vom 24. Mai 1968 (BGBl. I.S. 503), zuletzt geändert durch Artikel 25 des Gesetzes vom 13. Dezember 2001 (BGBl. I.S. 3574), wird aufgehoben.

Die Aufhebung und Löschung erfolgte durch den Deutschen Bundestag bis rückwirkend 1956.
Rechtskräftig ab dem 30 November 2007 aufgehoben und gelöscht.
Bestätigt durch den Deutschen Bundestag und das Justizministerium.

78

Geburtenbuch = Männer und Weiber = natürliche Personen als Rechtssubjekt - Physische natürliche Person
 (Treugeber - Gläubiger - Substanz (Keine Form))



Historie der Rechtslagen – Anhang F.

Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG)

§ 44 Nichtigkeit des Verwaltungsaktes

1) Ein Verwaltungsakt ist nichtig, soweit er an einem besonders schwerwiegenden Fehler leidet und dies bei verständiger Würdigung aller in Betracht kommenden Umstände offensichtlich ist.

(2) Ohne Rücksicht auf das Vorliegen der Voraussetzungen des Absatzes 1 ist ein Verwaltungsakt nichtig,

1. der schriftlich oder elektronisch erlassen worden ist, die erlassende Behörde aber nicht erkennen lässt;
2. der nach einer Rechtsvorschrift nur durch die Aushändigung einer Urkunde erlassen werden kann, aber dieser Form nicht genügt;
3. den eine Behörde außerhalb ihrer durch § 3 Abs. 1 Nr. 1 begründeten Zuständigkeit erlassen hat, ohne dazu ermächtigt zu sein;
4. den aus tatsächlichen Gründen niemand ausführen kann;
5. der die Begehung einer rechtswidrigen Tat verlangt, die einen Straf- oder Bußgeldtatbestand verwirklicht;
6. der gegen die guten Sitten verstößt.

(3) Ein Verwaltungsakt ist nicht schon deshalb nichtig, weil

1. Vorschriften über die örtliche Zuständigkeit nicht eingehalten worden sind, außer wenn ein Fall des Absatzes 2 Nr. 3 vorliegt;
2. eine nach § 20 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 bis 6 ausgeschlossene Person mitgewirkt hat;
3. ein durch Rechtsvorschrift zur Mitwirkung berufener Ausschuss den für den Erlass des Verwaltungsaktes vorgeschriebenen Beschluss nicht gefasst hat oder nicht beschlussfähig war;
4. die nach einer Rechtsvorschrift erforderliche Mitwirkung einer anderen Behörde unterblieben ist.

(4) Betrifft die Nichtigkeit nur einen Teil des Verwaltungsaktes, so ist er im Ganzen nichtig, wenn der nichtige Teil so wesentlich ist, dass die Behörde den Verwaltungsakt ohne den nichtigen Teil nicht erlassen hätte.

(5) Die Behörde kann die Nichtigkeit jederzeit von Amts wegen feststellen; auf Antrag ist sie festzustellen, wenn der Antragsteller hieran ein berechtigtes Interesse hat.

Privatgerichtsbarkeit von Treuhandverwaltungen

Treuhandverwaltungen sind bei dem Verein UNO, eingetragen Unternehmen als UNITED INTERNATIONAL ORGANIZATION, INC., D-U-N-S® Nummer: 03-343-4331, Firmeninformation, Adresse: 211 E 43RD ST RM 403, 10017 NEW YORK, UNITED NATIONS, D-U-N-S® Nummer: 60-319-1511, Firmeninformation, Adresse: UN HEAD-QUARTERS, ROOM GA-45A, 10017 NEW YORK und weitere, eingetragen.

Hier ist das **Regelwerk als Charta** benannt (<https://unric.org/de/wp-content/uploads/sites/4/2020/01/charta-1.pdf>). In dieser ist auch der Internationale Gerichtshof mit dem Statut des Internationalen Gerichtshofs zu finden. In Artikel 1 heißt es: „**Der durch die Charta der Vereinten Nationen als Hauptrechtssprechungsorgan der Vereinten Nationen eingesetzte Internationale Gerichtshof wird nach Maßgabe dieses Statuts errichtet und nimmt seine Aufgaben nach Maßgabe seiner Bestimmungen wahr.**“

In der deutschen Sprache mag man übersetzen, dass **ein Verein sich ein eigenes Privatgericht gegründet hat** und durch seine Vereinsmeierei nun weltweit, jedoch **keinesfalls** auf Grund und Boden der deutschsprachigen Landschaften wirkt. Bis 1950 galt in den Kriegsverwaltungen unter Kaisern noch **GVG Artikel 15, 1) Die Gerichte sind Staatsgerichte.**

Artikel 14 und 16 sind auch interessant dazu unter <https://lexetius.com/> anzusehen. Hier hat der Leser eine Möglichkeit die geschichtliche Veränderung der Rechte durch zu blättern, **auch wenn Überblendung von Gesetzen untersagt ist.**

Durch die 2007/8, vom Verein EU beauftragte **Unternehmensanmeldung der Gemeinden und Städte**, unter der Zusage, sich weiterhin **öffentlich rechtlich** nennen zu dürfen, verloren wir als Bürger die Gebietskörperschaft!

Meist übernahm die internationale Vereinigung ICLEI die hoheitlichen Rechte und verwaltet über Doppik-Komm-Programme seither die Städte. Folgend, ab 2014, sind die Gerichte ebenfalls rein unternehmerisch organisiert worden. Ein globaler US Konzern **Intern. Vereinigung für Gerichtsverwaltung (IACA)** (<http://www.iaca.ws>) hat **die Privatgerichtsverwaltung** übernommen.

Im **Bundesanzeiger** finden wir in **der Jahresbilanz der Stadt Kaufering** z.B.: "Hinterlegte Jahresabschlussunterlagen der Kommunalwerke Kaufering, Amtsgericht Augsburg HRA 14250. **Unsere Gerichte sind seit 2014 Unternehmen und werden über die US Firma IACA.ws geführt.**"

Let's do business as ... Company Description, D-U-N-S® Nummer: 34-319-9404, Staatsanwaltschaft Landshut is located in Landshut, Bayern, Germany and is part of the Government Industry. Staatsanwaltschaft Landshut has 56 total employees across all of its locations and generates \$2.75 million in sales (USD). There are 797 companies in the Staatsanwaltschaft Landshut corporate family. Industry: Government Legal counsel and prosecution.

https://www.ilo.org/dyn/normlex/en/f?p=NORMLEXPUB:11200:0:NO-P11200_COUNTRY_ID:102643

(Machen wir Geschäfte als ... Firmenbeschreibung, D-U-N-S® Nummer: 34-319-9404, die Staatsanwaltschaft Landshut befindet sich in Landshut, Bayern, Deutschland und **ist Teil der staatlichen Industrie.** Maßnahmen Landshut beschäftigt an allen Standorten **insgesamt 56 Mitarbeiter** und **erwirtschaftet einen Umsatz von 2,75 Mio. USD.** In der **Unternehmensfamilie der Staatsanwaltschaft Landshut gibt es 797 Unternehmen.** Industrie: Rechtsberatung und Strafverfolgung durch die Regierung.)

Glauben wir der Aussage von Richtern, gehen die Aktenzeichen mit der Streitsumme als Aktie an den Markt. Teilweise sogar ins Wettgeschäft, was begründen kann, dass aus **gewonnenen „Prozessen“ keine Zahlung** erfolgt. **Mir ist unerklärlich wenn Richter behaupten, sie hätten nichts gewusst von dem Betrug an den Menschen! Solche Handelsrichter – Kapitäne von Piratenschiffen – entscheiden darüber, ob eure Nachkommen in ein Heim kommen? Liebe Mamas, lasst euch bei uns lebend bekunden und dann holt euch die Rechte an euren Jungs und Mädels!**

Niedersächsisches Ministerium der Justiz
D-U-N-S® Nummer: 31-327-4456

Firmeninformation

Adresse: Folgerweg 29-31
49074 Osterbeck

Niedersächsisches Ministerium der Justiz

D-U-N-S® Nummer: 34-059-6045

Firmeninformation

Trade Style: BARBARAVI
Adresse: Am Fährsteigplatz 1
30169 Hannover

Es wird hier der Name der Geschäftsführerin **Barbara Havliza** in betrügerisch veränderter Form dargestellt. Sie tut sicher so als ob sie es nicht weiß, obwohl sie vermutlich lebend erklart ist und Gesetze zitiert wenn ihr Forderungen gegen sie stellt.

Treuhandverwaltungen

Seit 2013 besteht für alle spekulativ tätigen Unternehmen die Pflicht sich in LEI Register anzumelden. Das hierfür zuständige Europäische Obligationenrecht bezieht sich dominant auf das alte Landrecht. Treuhandverwaltungen sind hier eingebunden, wie die Bundesrepublik Deutschland oder den BUND.

Emissionskonsortium der Bund-Länder-Anleihe von 2013 (2020): Bundesrepublik Deutschland, Berlin, Brandenburg, Freie Hansestadt Bremen, Freie und Hansestadt Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein, LEI 529900198F0MJFG9P416, c/o Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH, Olof-Palme-Straße 35, Frankfurt am Main DE-HE DE 60439.

Bundesrepublik Deutschland, LEI 529900AQBND3S6YJLY83, c/o Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH, Olof-Palme-Straße 35, Frankfurt am Main DE-HE DE 60439.

Business Entity Relationship, Fms Wertmanagement AöR is directly consolidated by Bundesrepublik Deutschland, LEI ZFDOR6TCRSIQLKQTX32, c/o Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH, Olof-Palme-Straße 35, Frankfurt am Main DE-HE DE 60439 und viele weiter.

Stiftung Naturlandschaft, LEI: 5299008R2W8KH4FJL953, Germany, Hannover, c/o Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) Landesverband Niedersachsen e.V., Goebenstrasse 3a, 30161,

Studienstiftung des deutschen Volkes, Studienstiftung des deutschen Volkes e.V., Theodor Pfizer Stiftung (Studienstiftung des deutschen Volkes e.V., Ahrstraße 41, 53175 Bonn (www.Studienstiftung.de), Gefördert wird die Studienstiftung des deutschen Volkes von der Alumni der Studienstiftung e. V., Freunde und Förderer der Studienstiftung des deutschen Volkes e.V. und der Theodor Pfizer Stiftung. Studienstiftung des deutschen Volkes e.V. ist unter LEI 967600JOF2S37ZT T5 817, Ahrstr. 41, 53175 Bonn im Leiregister zu finden. Hier werden Stipendien angeboten unter dem „Carlo Schmid Programm“ (mit eigener Alumni-Vereinigung durch das CSP – Netzwerk) welche vom Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) in Zusammenarbeit der Stiftung Mercator. Finanziert aus Mitteln des Bundesministerium für Bildung und Forschung. Dabei betreut das Auswärtige Amt und der Tönissteiner Kreis die Stipendiaten vor Ort.

Ihr werdet unfassbar viele Unternehmen finden, von denen ihr gedacht habt, dass diese Staaten wären.

Bundesrepublik Deutschland ● ACTIVE

LEI: 529900AQBND3S6YJLY83 ● ISSUED

Germany, Frankfurt am Main, c/o Bundesrepublik Deutschland - Finanzagentur GmbH, Olof-Palme-Straße 35, 60439

So schaut Ihr euch die AGB der aktuellen Treuhandverwaltung Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH an. Ein Unternehmen der Bundesbank, welche unter dem Hut der FED stehen.

Da schon die Parteien des Deutschen Bundes sich Deutsches Reich nannten und die Basis für die Weimarer Verfassung und alle weiteren gaben, ist anzunehmen, dass auch heute noch die Parteien entsprechend GG Art. 133 der sogenannte Bund ist.

Wie ist zu erklären, dass wir in ein Unternehmen Steuern zahlen?

Mit einem Geltungsbereich:

abgeschlossenen Geld- und Kapitalmarktgeschäfte!

Und einem Recht: Law of Germany = BGB und HGB ... (Handelsrechte)

und entsprechend EG BGB Art. 1 und 50 die Reichsgesetze und entspr. Des Europäischen Obligationenrecht **Altes Preußische Landrecht**.

Diese Unternehmen stehen unter der Bundesbank und diese unter dem FED Federal Reserve System. = Alles nur Unternehmen!

Beispiel: **Ministerium** der Finanzen und für Europa des Landes Brandenburg, Unternehmensteil Finanzministerium Brandenburg D-U-N-S® Nummer 330151846, Hauptverantwortlicher Christian Görke

Du stellst euch die Frage, aus welchem Grund konnte ich meine Stimme diesen Unternehmen abgeben und selbst in die Wahl-Urne stecken?



Historie der Rechtslagen – Anhang F.

Militärregierung Deutschland-Amerikanische Zone

Proklamation Nr. 2

An das deutsche Volk in der amerikanischen Zone:

Ich, General Dwight D. Eisenhower, Oberster Befehlshaber der amerikanischen Streitkräfte in Europa, erlasse hiermit folgende Proklamation:

Artikel I

Innerhalb der amerikanischen Besatzungszone werden hiermit Verwaltungsgebiete gebildet, die von jetzt ab als Staaten bezeichnet werden; jeder Staat wird eine Staatsregierung haben. Die folgenden Staaten werden gebildet:

Groß-Hessen

umfaßt Kurhessen und Nassau (ausschließlich der zugehörigen Exklaven und der Kreise Oberwesterwald, Unterwesterwald, Unterlahn und Sankt-Goarshausen) und Hessen-Starkenburg, Oberhessen und den östlich des Rheines gelegenen Teil von Rhenlhessen;

Württemberg-Baden

umfaßt die Kreise Aalen, Backnang, Böblingen, Crailsheim, Esslingen, Gmünd, Göppingen, Hall, Heidenheim, Heilbronn, Künzelsau, Leonberg, Ludwigsburg, Mergentheim, Nürtingen nördlich der Autobahn, Oehringen, Stuttgart, Ulm, Vaihingen, Waiblingen, den Landeskommisärbezirk Mannheim und die Kreise Bruchsal, Karlsruhe Stadt und Land und Pforzheim Stadt und Land;

Bayern

umfaßt ganz Bayern, wie es 1933 bestand, ausschließlich des Kreises Lindau.

Artikel II

Soweit das deutsche Recht, das zur Zeit der Besetzung in Kraft war, nicht durch die Militärregierung oder den Kontrollrat für Deutschland aufgehoben, zeitweilig außer Kraft gesetzt oder abgeändert worden ist, bleibt es in jedem Staatsgebiete der amerikanischen Besatzungszone anwendbar, bis es durch neue Gesetzgebung des Kontrollrates für Deutschland oder der Militärregierung oder der hierdurch gebildeten Staaten oder eines anderen zuständigen Organs aufgehoben oder außer Kraft gesetzt worden ist.

Artikel III

1. Jeder der hierdurch gebildeten Staaten hat unter Vorbehalt der übergeordneten Machtbefugnisse der Militärregierung volle gesetzgebende, richterliche und vollziehende Gewalt, soweit deren Ausübung nicht mit früher und zukünftig getroffenen Maßnahmen des Kontrollrates für Deutschland oder einer von diesem errichteten zentralen deutschen Behörde im Widerspruch steht.

2. Bis zu dem Zeitpunkt, an dem die Schaffung demokratischer Einrichtungen möglich sein wird, genügt es für die Gültigkeit staatlicher Gesetzgebung, daß sie von dem Ministerpräsidenten genehmigt und verkündet wird.

Artikel IV

Die Befugnis zur Gesetzgebung und zur Ausübung anderer Regierungsgewalten durch Regierungspräsidenten, Landräte, Bürgermeister und andere Beamte örtlicher Verwaltungen wird in dem folgenden Umfange anerkannt: Diese Befugnisse stehen den vorgenannten Beamten nach Maßgabe des deutschen Rechts zu, wie es zur Zeit der Besetzung in Kraft war und wie es zu gegebener Zeit durch den Kontrollrat für Deutschland oder durch die Militärregierung oder mit deren Genehmigung abgeändert worden ist oder abgeändert wird. Außerdem haben sie die Befugnisse, die notwendig oder angemessen sind, um die Aufgaben, deren Erledigung ihnen von der Militärregierung übertragen wird, zu erfüllen.

Datum: 19. September 1945

DWIGHT D. EISENHOWER

General of the Army, U. S. A.
Oberster Befehlshaber der
Amerikanischen Streitkräfte
in Europa.

Die Konsequenz des Mißbrauchs Mensch zur PERSON!

20. Februar 2018

... und keiner weiß das? Wie und was ist ein Sklavenverhältnis und wie kommt es dazu?

1. Alles ist ein absolut emotionsfreies Geschäft auf Gegenseitigkeit. Es bestehen harte Geschäftsbedingungen, aber die Abwicklung sollte fair sein.
2. Jeder Mensch besitzt mindestens zwei Personen. Eine juristische Person (nachfolgend JP genannt) und eine natürliche Person (nachfolgend NP genannt)
3. Eine Person ist immer eine Sache, die im Sachrecht (in Sachen) verwaltet wird.
4. Eine Person hat nichts mit einem lebenden Wesen zu tun. Ein Gericht in der fiktiven Sachverwaltung von GERMANY kann keine lebenden Wesen verwalten/verurteilen. Dafür ist ein Gericht gar nicht hoch genug versichert.
5. Eine Person ist immer eine Obligation (=Wertpapier) auf Gegenseitigkeit. D. h. der Herausgeber sichert eine Leistung zu – also was man mit der Obligation im Kartellgebiet machen kann –. Der Empfänger sichert eine Gegenleistung zu – z.B. Wertschöpfung im Kartellgebiet unter Nutzung der Obligation.
6. Es entsteht automatisch ein Vertrag zwischen dem Herausgeber und dem Nutzer der Obligation ... durch Nutzung der Obligation.

Eure Rechte

„Führerschein-Umtausch“

Die USA hat auch bestätigt, dass die EU kein Staat ist.

Die Nichtregierungsorganisation (NGO)

ist nicht zur Wegnahme von Führerscheine befugt!

„Führerscheine sind unbefristet gültig“

Richtlinie: 2006/126/EG

des europäischen Parlaments und des Rates

Artikel 13 Absatz 2

2. Eine vor dem 19. Januar 2013 erteilte Fahrerlaubnis darf aufgrund der Bestimmungen dieser Richtlinie weder entzogen noch in irgendeiner Weise eingeschränkt werden.

Also behaltet euren Führerschein!

(Polizeiaufgabengesetz - PAG)

Art. 6 PAG (Gesetz) - Landesrecht Bayern

Ausweispflicht des Polizeibeamten

¹Auf Verlangen des von einer Maßnahme Betroffenen hat der Polizeibeamte sich auszuweisen, soweit der Zweck der Maßnahme dadurch nicht beeinträchtigt wird.

²Das Nähere wird durch Dienstvorschrift geregelt.

 [Art. 5 PAG, Ermessen, Wahl de...](#)

[Art. 7 PAG, Verantwortlichkei...](#) 

Kennzeichen der Polizei und Dienstausweise

Betreff: AW: Begriff Polizei

Sehr geehrte Damen und Herren,

Bezug nehmend auf Ihre u. a. Mail teilen wir Ihnen mit, dass die Wortmarke "Polizei" seit einigen Jahren geschützt ist, Markeninhaber ist das Land Bayern, die anderen Länder und der Bund haben eine Nutzungsvereinbarung. Es darf daher keine Beschriftung irgendwelcher Fahrzeuge Ihrerseits erfolgen.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Mona Budnik

Nds. Ministerium für Inneres und Sport

Pressestelle

Lavesallee 6, 30169 Hannover

Tel.: 0511/120-6258, Fax: -6555

Marke eingetragen

Stand am: 09.12.2011

Registerauskunft von 54 |<<>>|

INID	Kriterium	Feld	Inhalt
	Datenbestand	DB	DE
111	Registernummer	RN	30243782
210	Aktenzeichen	AKZ	302437827
540	Wiedergabe der Marke	WM	POLIZEI
550	Markenform	MF	Wortmarke
220	Anmeldetag	AT	04.09.2002
151	Tag der Eintragung im Register	ET	01.08.2006
730	Inhaber	INH	Freistaat Bayern, vertreten durch den Staatsminister des Innern, 80539 München, DE
740	Vertreter	VTR	BOEHMERT & BOEHMERT, 28209 Bremen, DE
750	Zustellanschrift	ZAN	Anwaltssozietät BOEHMERT & BOEHMERT, Postfach 107127, 28071 Bremen
---	Version der Nizza-Klassifikation	---	NCL8

Historie der Rechtslagen – Anhang F.

Sommer-Sonntag
 Auf Grund der Beschlüsse der Londoner Konferenz von 1948 ist das Grundgesetz den Militärgouverneuren der drei westlichen Besatzungszonen vorgelegt und von diesen am 12. Mai des Jahres Eintausendneinhundertneunundvierzig zur Ratifizierung durch die Landtage genehmigt worden.

Sommer-Sonntag
 Der Landtag des Landes Baden hat mit Beschluß vom 18. Mai 1949 das Grundgesetz angenommen. Der Landtag des Landes Bayern hat mit Beschluß vom 20. Mai 1949 das Grundgesetz abgelehnt. Die Bürgerschaft des Landes Bremen hat mit Beschluß vom 20. Mai 1949, die Bürgerschaft des Landes Hamburg mit Be-

Die Tatsache, dass die sogenannte „BRD“ kein Staat ist und keinerlei Legitimation für ^x hoheitliches Handeln besitzt, hat erhebliche Konsequenzen, insbesondere für die „Arbeit“ von „Polizisten“ im BRD-Unrechtssystem.

Zunächst sind „Polizisten“ im BRD-Unrechtssystem keine Beamte, sondern lediglich Angestellte, die zu absolut gar nichts irgendwelche Rechte haben.

Schließlich sind Sie keine Staatsbürger der „BRD“ und können deshalb keine Beamte der „BRD“ sein. Außerdem wurde der Beamtenstatus im Mai des Jahres 1945 ersatzlos abgeschafft (1 BVR 147/52, Leitsatz 2). Deshalb haben „BRD-Polizisten“ auch Dienstaussweise und keine Beamtenausweise.

Die Polizei Rheinland -Pfalz teilt sogar öffentlich mit, dass es sich bei der Polizei um eine Firma, ein Unternehmen handelt:

Historie der Rechtslagen – Anhang F.

Die Angehörigen der „BRD“-„Polizei“ sind deshalb einem Werkschutz oder privaten Sicherheitsdienst gleichzusetzen. Sie haben keinerlei Legitimation zur Ausübung von Hoheitsgewalt. x

Rechtlich genau betrachtet, handeln Polizeibedienstete im BRD-Unrechtssystem als Privatpersonen, die verpflichtet sind, sich über ihren rechtlichen Status eigenverantwortlich Klarheit zu verschaffen, wobei sie gegebenenfalls persönlich haften (gem. §§ 823 und 839 BGB). Da die „BRD“ kein Staat ist, gibt es folgerichtig keine Staatshaftung.

Als Besonderheit unter den polizeiähnlichen Firmen, hat sich das sogenannte „BKA“ entgegen dem Grundsatz der Gewaltenteilung, Befugnisse aller drei Gewalten verschafft und sich dadurch im Stiel von Gestapo und Stasi gleich ganz von jeglicher Legitimationspflicht abgekoppelt.
(vgl. BGBl. 2008 Teil I, Nr. 66 vom 31.12.2008)

Um zu verhindern, dass andere Privatleute ebenfalls einen Sicherheitsdienst eröffnen und diesen „POLIZEI“ nennen, ist der Begriff „POLIZEI“ durch das sogenannte „Bundesland Bayern“ beim Deutschen Patentamt in München handelsrechtlich geschützt worden (AktENZEICHEN „30243782“).

Die Abwicklung der Anmeldung lief über die Anwaltssozietät BOEHMERT & BOEHMERT in Bremen. 

Das sogenannte „Bundesland Bayern“ ist somit Markeninhaber. Die andern sogenannten „Bundesländer“ besitzen entsprechende Nutzungsvereinbarungen. x

In diesem Zusammenhang ist das Beispiel des sogenannten „Bundesgrenzschutzes“ sehr interessant.

Da die „BRD“ kein Staat ist, ist diese Sicherheitsfirma von vormals „Bundesgrenzschutz“ kurzerhand in „Bundespolizei“ umbenannt worden.

In den vergangenen Jahren sind im BRD-Unrechtssystem einige polizeiähnliche Firmen gegründet worden, in vielen Städten sieht man eine „Stadtpolizei“ oder eine Sicherheitsfirma namens „Ordnungsamt“.

Die privatrechtliche Ausgestaltung der Dienstverhältnisse der Polizeibediensteten im BRD-Unrechtssystem geht teilweise soweit, dass die meisten Angehörigen ihre Uniform selbst kaufen müssen, und als Ein-Mann-Firma der jeweiligen polizeiähnlichen Firma angeschlossen werden.

Historie der Rechtslagen – Anhang F.

Internationaler Gerichtshof (IGH), Urteil vom 03.02.2012, No. 143

Worum ging es bei dem Urteil?

Im Zweiten Weltkrieg wurden Kriegsverbrechen durch die deutsche Wehrmacht begangen, konkret Zivilisten als Vergeltung für Widerstand aus der Bevölkerung erschossen. Dabei ging es im Wesentlichen um zwei Fälle, nämlich in Civitella (Italien) und Distomo (Griechenland). Hierfür haben Angehörige der Getöteten Schadenersatzansprüche vor italienischen bzw. griechischen Gerichten eingeklagt und Recht bekommen. Zur Durchsetzung dieser Ansprüche wurde die Villa Vigoni, deutsches Eigentum am Comer See, beschlagnahmt. Die Bundesrepublik hat deswegen den italienischen Staat verklagt.

Was hat die Bundesrepublik denn mit dem Dritten Reich zu tun?

Die Völkerrechtswissenschaft geht davon aus, dass **Bundesrepublik** und **Drittes Reich** rechtlich **identisch** sind.

Der deutsche Staat besteht demnach ununterbrochen seit 1867 mit der Gründung des Norddeutschen Bunds, der 1871 zum Deutschen Reich erweitert wurde.

Alle späteren Regierungsformen (Weimarer Republik, NS-Diktatur) sind nur unterschiedliche Ausprägungen dieses Staates.

(**Faschismus** – Weimarer Republik und 3. Reich waren Handelsunternehmen.) Auch nach dem Zweiten Weltkrieg ist das Deutsche Reich nicht untergegangen, sondern bestand ohne einheitliche Staatsgewalt zunächst als besetzter Staat, später als BRD und DDR fort.

Seit der Wiedervereinigung gibt es nur noch ein Deutschland, das aber völkerrechtlich immer noch mit dem Deutschen Reich identisch ist.

Daher muss die Bundesrepublik auch für alle Verpflichtungen des Deutschen Reichs

(3. Reich) eintreten.

Der 1. Weltkrieg war ein Krieg zwischen Staaten und Wirtschaftsunternehmen. Der 2. Weltkrieg war ein Krieg unter Wirtschaftsunternehmen, feindliche Übernahmen.

Die verstoßen gegen so ziemlich alles. Sie ignorieren gültige Gesetze und wenden ungültige Gesetze an. X

Sie überfallen unschuldige Menschen in ihren Häusern und betätigen sich mit Radarpistole bewaffnet als Straßenräuber.

Die tun „Dienst nach Vorschrift“, ohne jede Moral, ohne Legitimation, ohne jegliche Rechtsgrundlagen und ohne Hirn.

Historie der Rechtslagen – Anhang F.

87

Urteil des **IGH / EGMR** 08. Juni 2006. (Az.: **EGMR 75529/01**)

Unter anderem verkündete der IGH, EGMR,

die Bundesrepublik Deutschland ist kein Staat,
die Bundesrepublik Deutschland verfügt über kein Staatsgebiet, die
Bundesrepublik Deutschland verfügt über kein Staatsvolk.

Eine Staats- Simulation, wie schon aus unzähligen Gerichtsurteilen
bekannt ist.

Mit dem zweiten Gesetz zur Bereinigung von Bundesrecht v. 23.11.2007
Bundesgesetzblatt, Seite 2614 haben sich die Besatzungsmächte mit Art. 4
§ 3 zu ihren Rechten und Pflichten bekannt.

Dies war notwendig, weil die Besatzungsmächte einschneidende
Gesetzesänderungen durchgeführt haben.

Diese Gesetzesänderungen wurden quasi vom Europäischen Gerichtshof
für Menschenrechte erzwungen.

Dieser Internationale Gerichtshof hat festgestellt, dass die BRD kein
effektiver Rechtsstaat mehr ist.

(Az.: EGMR 75529/01 v. 08.06.2006). Dafür sind die Besatzungsmächte zumindest mitverantwortlich.

Um sich dieser Verantwortung für den Unrechtsstaat zu entziehen, wurde die Verwaltungsbefugnis der BRD mittels 1. und 2. Bundesbereinigungsgesetz als gesetzliche Aufgabe der BRD entzogen.

Internationaler Strafgerichtshof ISTGH No. 143

Das Urteil aus dem ISTGH (Internationaler Strafgerichtshof) Den Haag vom 03.02.2012 bestätigt die Zuständigkeit des Deutschen Reichs und nicht die Zuständigkeit der "Bundesrepublik Deutschland" mit ihrer Finanzagentur GmbH, (HRB 51411), wobei die vermeintlichen "BRD-Ämter", Behörden, Dienststellen, "Gerichte" und Verwaltungen u. a. bei dnb.com mit eigenen Umsatzsteuernummern gelistet sind.

Urteil des BVerG vom 25.07.2012 (-2 BvF 3/11 -2 BvR 2670/11 -2 BvE 9/11):

Nach Offenkundigkeit dürfen Gesetze von nicht staatlichen BRD-Ausnahme- und Sondergerichten (vgl. § 15 GVG) die auf altem Reichsgesetze (3. Reich) fußen und somit gegen das gültige Besatzungsrecht, gegen die Völker – und Menschenrechte verstoßen, überhaupt keine legitime Anwendung finden.

Durch Verfassungswidrigkeit des Wahlgesetzes ist seit 1956 kein verfassungsgebender Gesetzgeber am Werk. Damit sind alle BRD-Forderungen eine private Forderung. Verstehen Sie das bitte! Alle BRD-Forderungen (Steuern jeglicher Art, GEZ-Gebühren usw. usf. sind private Forderungen, haben also keinerlei hoheitsrechtliche Rechtsgrundlage und müssen demnach auch nicht bezahlt werden.

Eine Finanzierung von Kriegsgebahren über Kontopfändungen, Zahlungen wegen Ordnungswidrigkeiten, Strafbefehlen, Grundbesitzabgaben, Zwangsvollstreckungen,

Steuerabgaben, Abgabe der eidesstattlichen Versicherung, Zwangsversteigerungen erfüllt den Straftatbestand des Betruges, des Landes- und Hochverrats, des Menschen- und Völkerrechtsbruchs und somit auch der offenkundigen Volksverhetzung.

Ganz besonders wichtig sind die §§ 46 und 47 der HLKO:

46: Das Privateigentum darf nicht eingezogen werden. 47: Die Plünderung ist ausdrücklich untersagt.

Historie der Rechtslagen – Anhang F.

88

Damit war und ist jede Pfändung, jede Steuer, jede Zwangsabgabe ein Verstoß gegen das Völkerrecht.

Nur als Info: Dieses Video ist gespeichert, durch den Verfasser in alle Himmelsrichtungen verteilt und kann nie wieder gelöscht werden!

Urteil des **IGH / EGMR** 08. Juni 2006 (**Az.: EGMR 75529/01**)

Unter anderem verkündete der IGH, EGMR,

die Bundesrepublik Deutschland ist kein Staat,
die Bundesrepublik Deutschland verfügt über kein Staatsgebiet, die
Bundesrepublik Deutschland verfügt über kein Staatsvolk.

Eine Staats- Simulation, wie schon aus unzähligen Gerichtsurteilen bekannt ist.

Mit dem zweiten Gesetz zur Bereinigung von Bundesrecht v. 23.11.2007
Bundesgesetzblatt, Seite
2614 haben sich die Besatzungsmächte mit Art. 4 § 3 zu ihren Rechten
und Pflichten bekannt.

Dies war notwendig, weil die Besatzungsmächte einschneidende
Gesetzesänderungen durchgeführt haben.

Diese Gesetzesänderungen wurden quasi vom Europäischen Gerichtshof
für Menschenrechte erzwungen.

Dieser Internationale Gerichtshof hat festgestellt, dass die BRD kein
effektiver Rechtsstaat mehr ist

(**Az.: EGMR 75529/01 v. 08.06.2006**). Dafür sind die Besatzungsmächte
zumindest mitverantwortlich.

Um sich dieser Verantwortung für den Unrechtsstaat zu entziehen, wurde
die Verwaltungsbefugnis der BRD mittels 1. und 2.

Bundesbereinigungsgesetz als gesetzliche Aufgabe der BRD entzogen.

Urteil **ISTGH** Den Haag (Internationaler Strafgerichtshof) vom
03.02.2012

Das Urteil bestätigt die Zuständigkeit des Deutschen Reichs (**Kaiserreich**) (**1985 reaktiviert von den Alliierten**) und nicht die Zuständigkeit der Bundesrepublik Deutschland mit ihrer Finanzagentur GmbH (HRB 51411) deren „Behörden, Ämter und Dienststellen“ sowie „Gerichte, Verwaltungen usw.“ als Wirtschaftsunternehmen mit

Umsatz- Steuernummern angemeldet sind.

Sie betreiben ein Gewerbe – Geschäftsmodell, - Vortäuschung von Staatlichkeit, Raub, Plünderung, Erpressung, Nötigung, Terrorismus u. v. m.

Dazu das Urteil des Bundes- Verfassungs- Gerichts vom 25.07.2012

BVerfG. – 2 BvF 3/11 -2 BvR 2670/11 -2 BvE 9/11

Nach Offenkundigkeit dürfen Gesetze von nicht staatlichen BRD- GmbH Ausnahme und Sondergerichten (vgl. § 15 GVG) die auf alten Nazi- Gesetzen basieren und gegen das gültige Besatzungsrecht sowie die Völker- und Menschenrechte verstoßen überhaupt keine Anwendung finden.

Alle BRD- Forderungen sind somit rein private Forderungen ohne Gesetzeskraft, ohne staatshoheitliche Berechtigungen und Befugnisse.

Anmerkung:

Begründet wurde das, durch das BVerfG. am 25.07.2012 mit dem ungültigen Wahlgesetz.

Historie der Rechtslagen – Anhang F.

89

Seit 1956 war aufgrund des ungültigen Wahlgesetzes noch keine legitime Regierung am Werk, alle Gesetze und Verordnungen der BRD sind somit null und nichtig.

Was völliger Unsinn ist!

Das BVerfG. ist selbst auch nur ein gewerbliches Unternehmen unter Aufsicht der Alliierten. Damit die Deutschen nicht auf die Idee kommen könnten, das alles zu hinterfragen wurde es in dieser Form begründet.

Tatsache ist, die BRD wurde 1949 als Nachfolger und zur Weiterführung des 3. Reiches gegründet.

Nur so konnte eine Besetzung des Kaiserreiches nach Völkerrecht weiter aufrechterhalten werden.

Die BRD war nie ein Staat, hatte niemals irgendwelche hoheitlichen Rechte und Befugnisse, die BRD hatte lediglich den Auftrag zur Verwaltung, war gleichzeitig aber Kriegsbesetzt und somit handlungsunfähig.

Am 17.07.1990 wurde das Besatzungskonstrukt beendet, der BRD wurde der Verwaltungsauftrag entzogen durch Löschung des Geltungsbereiches Artikel 23 Grundgesetz.

Ab dem 03.10.1990 waren alle Ämter, Behörden, Dienststellen, Gerichte, Verwaltungen usw. nur noch **privatrechtliche, gewerbetreibende Unternehmen**, ohne jegliche Staatshoheitlichen Rechte und Befugnisse. Die BRD hatte noch niemals, zu keiner Zeit irgendwelche staatshoheitlichen Rechte und Befugnisse.

Das Ganze Theater mit den Parteien, Kanzler, Ministern, Bundestag, Bundesrat usw. usw. diente ausschließlich immer nur der Täuschung und dem Betrug.

Es war niemals, zu keiner Zeit seit 1949 möglich, irgendwen oder irgendwas zu wählen, alles war immer nur Theater und Volksbetrug. Es ging immer nur um die Zustimmung, durch einen Handelskonzern weiter regiert zu werden.

Mit jeder Wahl wurde der Handelskonzern 3. Reich erneut bestätigt, mit jeder Wahl wurden die kriminellen Machenschaften der vergangenen 4. Jahre dieses Konzerns abgesegnet.

Wurde die Wahlbeteiligung schwächer, wurden einfach neue Parteien gegründet, die das Volk in deren Sinne täuscht um sie an die Wahlurnen zu locken. Zuletzt die AfD / Pegida usw.

Beim **Potsdamer Abkommen** vom 17 Juli bis 2 August 1945 wurde dann beschlossen eine **Verwaltungsfirma** mit der Bezeichnung

Bundesrepublik Deutschland zu gründen!

Ebenso die UNO.

Historie der Rechtslagen – Anhang F.

Selbst im Rechtswörterbuch für die USA findet man: *Die US-Regierung ist eine fremde Körperschaft mit dem Ansehen eines Staates*
(19 Corpus Juris Secundum, Corporation, §883 (2003))

162

Die Firma USA im Rechtswörterbuch

Die UN-Charta ist geltendes, angewandtes Völkerrecht zwischen Ländern
= Firmen die

keine Staaten sind.

Alle UNO- Mitglieder sind nur Firmen, die einen Staat vortäuschen!

Der **Internal Revenue Service** behauptet, ein Büro des Finanzministeriums zu sein. Titel 31, Kapitel 3, Unterkapitel I und II des offiziellen Kodex der Vereinigten Staaten erkennen den IRS jedoch nicht als offizielles Büro an. Der Kongress hat nie Gesetzesentwürfe, Gesetze oder Gesetze verabschiedet, die den IRS offiziell als juristische Person anerkennen, die im föderalen System der Vereinigten Staaten tätig ist.

Der IRS wurde am 13.07.1933 in Delaware als „For Profit Corporations“ gegründet.

Der IRS verwaltet mehrere Treuhandfonds in Zusammenarbeit mit den Finanzministerien der Philippinen und Puerto Ricos.

Der IRS hat keine rechtliche Zuständigkeit für einen der 50 Staaten.

Sie bezahlen die Regierung nicht direkt.

Sie bezahlen ein internationales Verbrechersyndikat, das wiederum einen Teil der Einnahmen an die Regierung zahlt.

Gegründet 1913 von Rothschild und der Khasarischen Bankenmafia!!!

1933 dann, als die Banken alle pleite waren, wurde im künstlichen Staat Delaware, Eigentümer ist die Familie DuPont (Khasaren-Juden) die For Profit Corporation als

Mutter aller Finanzämter gegründet!

Es gibt kein Firmenrecht ohne Staat und somit auch, da es keine völkerrechtlich kompletten aktive Staaten gibt, auch keine Firmenrechte. Alles ist nur auf Lug und Trug aufgebaut und die Matrix ist nur über die energetische komplette Unterwanderung und Steuerung, der Verblendung und Vernebelung, sowie über die Züchtigungen (Ramstein) und die

hinterhältige Ausnutzung von beseeltem Leben, aufrecht zu erhalten gewesen.

Sonst hätte das nie funktionieren können.

Mit dem vor wenigen Monaten geänderten Staatsbürgerschaftsgesetz vom Historie der Rechtslagen – Anhang F.

91

Die Konsequenz des Mißbrauchs Mensch zur PERSON!

20. Februar 2018

... und keiner weiß das? Wie und was ist ein Sklavenverhältnis und wie kommt es dazu?

1. Alles ist ein absolut emotionsfreies Geschäft auf Gegenseitigkeit. Es bestehen harte Geschäftsbedingungen, aber die Abwicklung sollte fair sein.
2. Jeder Mensch besitzt mindestens zwei Personen. Eine juristische Person (nachfolgend JP genannt) und eine natürliche Person (nachfolgend NP genannt)
3. Eine Person ist immer eine Sache, die im Sachrecht (in Sachen) verwaltet wird.
4. Eine Person hat nichts mit einem lebenden Wesen zu tun. Ein Gericht in der fiktiven Sachverwaltung von GERMANY kann keine lebenden Wesen verwalten/verurteilen. Dafür ist ein Gericht gar nicht hoch genug versichert.
5. Eine Person ist immer eine Obligation (=Wertpapier) auf Gegenseitigkeit. D. h. der Herausgeber sichert eine Leistung zu – also was man mit der Obligation im Kartellgebiet machen kann –. Der Empfänger sichert eine Gegenleistung zu – z.B. Wertschöpfung im Kartellgebiet unter Nutzung der Obligation.
6. Es entsteht automatisch ein Vertrag zwischen dem Herausgeber und dem Nutzer der Obligation ... durch Nutzung der Obligation.

8. Dezember 2010 hat der Bundesgesetzgeber diesen fundamentalen Rechtsbereich nunmehr auf die Basis eines Gesetzes aus der Zeit des Nationalsozialismus gestellt.

Die deutsche Staatsbürgerschaft wird nunmehr nicht wie bisher auf das entsprechende Gesetz aus dem **Jahr 1913** zurückgeführt, sondern auf den Sockel eines von den Nationalsozialisten verabschiedeten Gesetzes vom **5. Februar 1934** gesetzt.

Damit werden Bürger, die dies nicht ausdrücklich von sich weisen, automatisch einem NS-Gesetz unterworfen.

Damit der skandalöse Schwenk keine öffentlichen Wellen schlägt, wurde er stillschweigend vollzogen und ist nur im nichtamtlichen Teil der Bundesdrucksachen zu finden.

Des Weiteren

Da die BRD nachweislich kein Friedensvertrag und keine Verfassung hat (**siehe Art. 146 GG (Grundgesetz)**) und nach wie vor unter Alliierten Besatzungsmächte steht (**siehe Art. 120 GG**), gilt nach wie vor die Haager Landkriegsordnung (HLKO), somit sind die Artikeln 46 und 47 der HLKO immer noch in Kraft:

Artikel 46: Das Privateigentum darf nicht eingezogen werden.

Artikel 47: Die Plünderung ist ausdrücklich untersagt.

„Ignorantia legis non excusat“

Der Handel mit den illegal ausgefertigten Geburtsurkunden unserer Kinder, die einzige vom Vatikan ab 1990 erlaubte Handlung für die BRD. Der BRD wurden mit dem 03.10.1990 bzw. mit dem 29.09.1990 sämtliche Verwaltungsaufgaben nach Art. 133 GG, im Deutschen Reich von 1871, (als Deutschland bezeichnet), völlig entzogen.

Die Firma BUND (NGO) bekam nur noch eine Lizenz der IRS und der UNO, zur Verwaltung der jur. PERSONEN auf deutschem Boden. Alles andere war Simulation, Lug und Betrug!

Seit 2003 verlangt die amerikanische Bundesregierung, dass für sie tätige Unternehmen eine D-U-N-S-Nummer aufweisen müssen.

Feindliche Übernahme.

Extrem alle Unternehmen des öffentlichen Rechtes in Deutschland besitzen bereits diese D.U.N.S Nummern.

Schenken Sie diesen Unternehmen keinen Glauben und somit auch keine Aufmerksamkeit mehr, denn Firmen-Strukturen im öffentlichen Recht sind verboten.

Historie der Rechtslagen – Anhang F.

